

Schatz | Petersen | Schmidt

BRICHT DIE MAUER DES SCHWEIGENS?

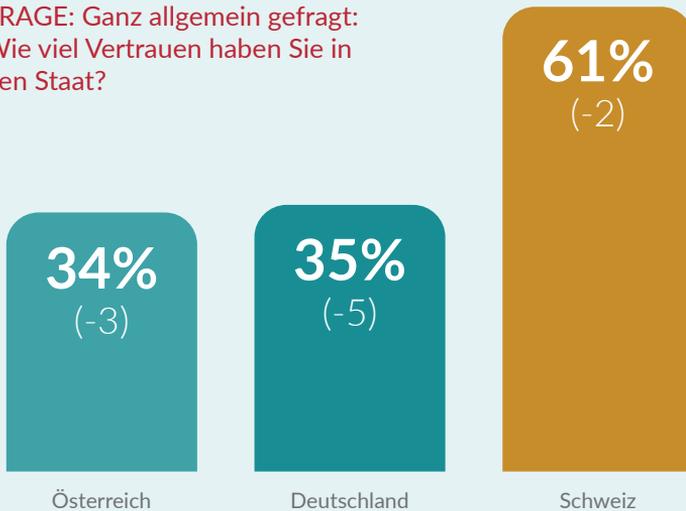
Freiheitsindex 2023 – das Forschungsprojekt
des Instituts für Demoskopie Allensbach und
Media Tenor International



NUR EIN DRITTEL DER DEUTSCHEN VERTRAUT DEM STAAT

*Österreich zeigt ähnliches Bild –
Schweiz schneidet deutlich besser ab*

FRAGE: Ganz allgemein gefragt:
Wie viel Vertrauen haben Sie in
den Staat?



BASIS: Alle Befragten – DE (n = 8.034); AT (n = 1.003); CH (n = 1.001); Top2 (sehr) großes Vertrauen; Abweichungen zum Vorjahr in Prozentpunkten

QUELLE: Initiative D21 und Technische Universität München (Befragung 2023, durchgeführt von KANTAR)

«Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines andern zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.»

Immanuel Kant, „Was ist Aufklärung?“

NR. 50 7.12.2023 € 5,80



WENN MÄDCHEN TÖTEN
So versuchen die Menschen in
Freudenberg, das Unfassbare
zu verstehen

„MERZ IST DER FAVORIT“
Markus Söder über seine
Rolle als Nummer zwei

**SCHLEMMEN
UND SCHENKEN**
Das große Weihnachts-
Extra zum Fest

WAS DARF ICH HEUTE NOCH SAGEN?

Gendern, Flüchtlinge, Israel: warum wir nicht
mehr vernünftig miteinander reden



Österreich: € 6,50 / Schweiz: SFR 9,30 / Frankreich, Italien, Spanien, Slowenien, Portugal (cont.): € 7,60 / Benelux: € 6,90 / Dänemark: DKK 69,95 / Finnland: € 8,- / Griechenland, Malta: € 8,30 / Großbritannien: GBP 6,20 / Kanada: € 7,90 / Tschechien: CZK 235,- / Ungarn: FT 3.900,-



**Nur 33 Prozent der Menschen
in Deutschland sagen:
„Ich spreche so, wie ich
möchte, und lasse mir dabei
nichts vorschreiben“ ***

*Die Frage wird jährlich von Media-Tenor/ITD Allensbach erhoben, im Jahr 2019 stimmten noch 50 Prozent der Aussage zu



Karen: schmägender Sammelbegriff für weiße Mittelschichtsfrauen, die andere belehren

Kulturelle Aneignung: Weiße, die Frisuren, Musik, Kleidungsstil oder andere Kulturen marginalisierter Gruppen übernehmen

LGBTQIA*: Sammelbegriff für alle queeren Richtungen, also lesbisch, schwul, bi, trans, queer, intersexuell und asexuell. Das Sternchen steht stellvertretend für weitere Varianten

Pronomen: neue Fürwörter für Nonbinäre, etwa they/them, deutsche Variante: „ens“

Safe Space: Schutzraum für marginalisierte Personen, aus denen alle Vertreter der Mehrheitsgesellschaft jederzeit ausgeschlossen werden können

TERF: abwertender Begriff für Feministinnen, die Transfrauen von biologischen Frauen unterscheiden

Token: Schwarze oder BIPOC, die engagiert werden (zum Beispiel in Filmen), um so über grundlegenden Rassismus hinwegzutäuschen

Triggerwarnung: Hinweis auf Inhalte, die sensible Menschen verstören könnten

Woke: Sammelbezeichnung für jene, die sich als besonders wach gegenüber Diskriminierung empfinden

56 Prozent der Deutschen sagen: „Mir fehlen Politiker, die Dinge beim Namen nennen“*

*Umfrage von Media-Tenor/IFD Allensbach aus diesem Jahr

Roland Schatz DER FREIHEITSINDEX IST MEHR ALS NUR EIN RÖNTGENBLICK	9
Thomas Petersen Ralph Erich Schmidt EROSION DER SUBJEKTIVEN MEINUNGSFREIHEIT	17
Roland Schatz ALLE, NICHT JEDER	25
Thomas Petersen DIE EINSTELLUNG ZUR MARKTWIRTSCHAFT	47
Roland Schatz ZWEI NULLEN SIND KEINE ACHT	55
Thomas Petersen DER FREIHEITSINDEX DEUTSCHLAND 2023	65
Roland Schatz UND WO BLEIBT DAS POSITIVE?	81
Roland Schatz AUSBlick: WORUM GEHT ES BEIM FREIHEITSINDEX?	87
LITERATUR	94
DIE AUTOREN	95

© InnoVatio Verlags AG, Zürich 2023
Originalausgabe
Alle Rechte vorbehalten

Roland Schatz

DER FREIHEITSINDEX IST MEHR ALS NUR EIN RÖNTGENBLICK

Der frühere Kanzleramtsminister Prof. Bodo Hombach lud in diesem Juni zur Diskussion über die aus seiner Sicht alarmierenden Resultate des Freiheitsindex in seine Lieblingszeche in Essen. Gut 500 Gäste folgten dem Gespräch mit dem jüngst zurückgetretenen Bundesverfassungsrichter und ehemaligen Ministerpräsidenten des Saarlandes, Peter Müller, sowie Dieter Nuhr. Eigentlich lag die Moderation in den Händen der neuen RBB-Intendantin Ulrike Demmer, aber da sie den Diskurs mit den Worten begann: «Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass in unserem freien Land Deutschland auch nur eine Person sich nicht traut, ihre Meinung zu sagen», verlief der Rest des Abends so wie zu viele «Gespräche»: Wir haben offensichtlich Mühe, miteinander nicht nur ins Gespräch zu kommen, sondern vor allem uns das zuzugestehen, was die Verfassung eigentlich sicherstellt: eine eigene Meinung. Und diese nicht nur zu besitzen, sondern im Land eines Martin Luthers auch frohen Herzens kundzutun. Die spätere RBB-Intendantin hatte noch aus ihrer Zeit als Regierungssprecherin die Erfahrung mitgebracht, dass es selten schadet, das Publikum nach seiner Meinung zu fragen, und war dann vollständig überrascht, als in Essen das gleiche Resultat herauskam wie auch im Rest der Republik: Frau Demmer konnte keine Mehrheit für ihr Empfinden feststellen. Weder zu Beginn der Diskussion noch am Ende, als sie die gleichen Menschen erneut um Handzeichen bat. Als würde sich Freiheitsempfinden innert Stunden korrigieren lassen.

Im Sommer 2023 publizierte dann D21 gemeinsam mit der Technischen Universität München ihre Resultate zur Frage: Wie zufrieden sind Deutsche, Österreicher und Schweizer mit der jeweils eigenen Regierung? Während in der Schweiz zwei Drittel angeben, mit Ver- und Zutrauen ihrer Führung in Bern zu begegnen, ist das Resultat für die gewählten Repräsentanten in Berlin und Wien genau umgedreht: Nur noch ein Drittel ist mit der Führung, die sie «bestellt hatten», einverstanden.¹ Damit war

¹ Der eGovernment MONITOR zeigt seit 2010, ob die digitale Transformation der Verwaltung bei den Bürger*innen in Deutschland, Österreich und der Schweiz ankommt und Erfolge erzielt. Das jährlich erscheinende Lagebild hilft Entscheider*innen, Fortschritte zu messen und Schwachstellen zu identifizieren. Die Frage zum Vertrauen zu den Regierungen ist nicht allein auf die digitale Transformation reduziert, sondern offen gestellt. Die Resultate des eGovernment MONITORs decken sich mit vergleichbaren Umfragen anderer Meinungsforschungsinstitute: Alle zeigen für Deutschland den gleichen Trend: Das Vertrauen schwindet von Jahr zu Jahr.

es für die Herausgeber des jährlichen Freiheitsindex klar, dass unser Forschungsdesign für 2023 deutlich ausgeweitet werden musste. Wir wollen nicht länger nur die Botschaft überbringen, dass in Deutschland immer weniger Menschen sich frei fühlen. Uns liegt es vor allem daran, Anstöße zu liefern, wie dem Abwärtstrend zu begegnen ist. Deshalb stellten wir weitere Fragen nach den Gründen, warum die Menschen ausgerechnet in der viertgrößten Industrienation sich mehr und mehr eingeengt fühlen, warum das Land der Dichter und Denker mit der weltweit stärkste Konzentration von sogenannten «Hidden-Champions» (die Hälfte der 3.300 Weltmarktführer ihrer Branchen sind unverändert zwischen Flensburg und Lindau angesiedelt), der größten Dichte von Aus- und Weiterbildungseinrichtungen, um die nicht wenige in der Welt das Land unverändert beneiden, mit seinem ausgesprochen vielfältigen Angebot an Publikations- und Diskussionsforen, Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk- und TV-Angeboten entweder die eigenen Leistungen nicht mehr zu würdigen vermag oder ob diese gar im Begriff sind zu verschwinden.

Egal, welche der beiden Optionen am Ende sich als die plausible Antwort herauskristallisiert: ein «Weiter so» ist ausgeschlossen. Die Anfang Dezember publizierte Umfrage, an der sich 900 Mitgliedsunternehmen der Gesamt-Metall beteiligten, bestätigt den seit Wochen zu verfolgenden Aufschrei seitens der Wirtschaft: Die Grenze des Tolerierbaren aus Sicht derjenigen, die für Millionen von Arbeitsplätzen verantwortlich sind, ist schon lange überschritten. Die gleichzeitig publizierten Resultate der PISA-Analyse zur weltweiten Positionierung Deutschlands als vertrauensvoller Partner der Eltern, dass sie unverändert guten Gewissens ihre Kinder an deutschen Schulen ausbilden lassen können, damit sie dank guter Fähigkeiten später selber ein Leben in Selbstverantwortung führen können, zeigen, dass dies wohl eher ein Mythos ist. Und zwar einer, der schon vor zwanzig Jahren von den Experten der OECD als solcher entlarvt worden ist. Länder wie Finnland sind vor 30 Jahren an Deutschland vorbeigezogen – zuerst beim Eishockey, dann in der Bildung, und seit gut zehn Jahren belegt ihr Abschneiden im jährlichen Ranking der Länder, in denen Menschen wohnen, die mit sich, ihren Mitmenschen und der jeweiligen Regierung ausgesprochen zufrieden sind, dass das eine mit dem anderen offensichtlich in Beziehung steht. Würde allerdings in Deutschland eine Umfrage unter Journalisten, Politikern, Wissenschaftlern durchgeführt mit der einfachen Frage: Wissen Sie, was Finnland anders macht als Deutschland, dürfte das Resultat im einstelligen Bereich liegen. Denn nicht nur die deutschen Leitmedien beschäftigen sich mit allem, nur nicht mit Finnland (oder Japan oder Botswana etc.), die herausragenden Leis-

tungen anderer – egal ob nah oder fern – sind zu wenig präsent. Nicht nur in den deutschen Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk- und TV-Sendungen, sondern auch auf Konferenzen und all den anderen Orten, an denen Menschen eine Chance haben, sich ein eigenes Urteil bilden können.

Deshalb ist im Design des Freiheitsindex für Deutschland nicht allein die repräsentative Befragung der Menschen angelegt, sondern auch die qualitative Analyse, welche Informationsqualität den Befragten Jahr für Jahr, Woche für Woche, Tag für Tag überhaupt zur Verfügung steht. Denn seitdem Max McCombs und seine Kollegen 1968 mit ihrer Chapel Hill Studie auf die wechselseitigen Einflüsse von öffentlicher und veröffentlichter Meinung hinweisen konnten, sind sozialwissenschaftliche Diagnosen entsprechend der Agenda-Setting- wie auch der Agenda-Cutting-Forschung zu hilfreichen «Röntgenbildern» geworden, die Hilfestellungen bieten können bei der Beantwortung der Frage: «Was und wer hat uns in die aktuelle Situation gebracht und was wäre zu tun, damit Beklagenswertes auch wieder zum Besseren geändert werden kann?»

Daher wurde zu der bekannten Fragebatterie zum Komplex Freiheit-Gleichheit 2023 erstmals auch vertieft ausgewertet, welche Informationsangebote von wem wie genutzt werden. Dass in diesem Jahr zum ersten Mal die Menschen in Ost und West, alt wie jung, Männer wie Frauen in allen drei unterschiedlichen Ausbildungswirklichkeiten so skeptisch wie noch nie auf die Frage antworteten: «Traust du dich, deine Meinung zu sagen» (sie wird von den Experten des Instituts für Demoskopie in Allensbach seit 1953 regelmäßig gestellt), ist keine Überraschung: Seit dem Fall der Mauer, als 1990 noch 78 Prozent der Deutschen diese Frage ausgesprochen zuversichtlich beantworteten, sind die Werte zunächst mit der Regierung Schröder, dann unter Merkel stetig gefallen, um nun zur Halbzeit der Ampel ihren historischen Tiefpunkt zu dokumentieren. Während der DAX wieder einmal ein All-Zeit-Hoch feiert, so viele Menschen wie noch nie in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen Monat für Monat ihr Gehalt beziehen und keine zehn Prozent sich Sorgen um ihre wirtschaftliche Zukunft machen – gemäß monatlicher Befragung der Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim.

Der langjährige Aufsichtsratschef der Deutschen Bank verwies schon auf der Agenda-Setting-Konferenz 2012 (!) auf die größte Gefährdung einer Institution mit einem Vergleich aus der Krisenbewältigung in der Luftfahrt hin: Piloten hätten immer noch eine Chance auf Reaktion, wenn das Fluggerät von einem Blitz getroffen oder ein Triebwerk ausfallen würde. Es gebe jedoch eine Situation, in der kein Pilot noch eine Chance auf Verhinderung des Crashes habe: der stete Sinkflug. Wer erst 100 oder 50 Meter

vor Aufschlag feststellt, dass der Pilot tot ist oder ein anderer Grund für das stete Absinken vorliegt, hat keine Option, die Katastrophe abzuwenden. Seit 1990 fallen die Werte der Zuversicht in Deutschland kontinuierlich. Nicht in großen Sprüngen, aber stetig. Sie korrelieren offensichtlich mit der Zahl derjenigen, die sich nicht mehr an Wahlen beteiligen. Sie korrelieren offensichtlich mit der wachsenden Gruppe der sogenannten Protestwähler. Aber noch immer wird so getan, als sei dieser Befund irgendein Resultat sozialwissenschaftlicher Analysen, mit denen man sich dann beschäftigen kann, wenn Zeit dafür ist. Also nie.

Als Elisabeth Noelle-Neumann und ihr Mann das Institut nach dem Ende des zweiten Weltkrieges aufbauten, wollten sie eines nicht: dass über die Befunde geschwiegen wird. Die Autorin der «Schweigespirale» hatte ausreichend Erfahrung mit einer Gesellschaft, in der nur eine Meinung erlaubt war. In der Beethovens zweiter Teil des Freiheits-Chorals der Gefangenen im Fidelio eindringlich warnt: «Sprecht leise! Haltet euch zurück! Wir sind belauscht mit Ohr und Blick».

Jede Person, die dem Warnenden zustimmt, ist eine Person zu viel. Dass im Winter 2023 in Deutschland nun mehr als die Hälfte so empfindet, ist Veranlassung, genauer hinzuschauen, warum ausgerechnet im Jahr 33 nach dem Fall der Mauer diese Sorge zu einem Mehrheitsempfinden geworden ist. An Universitäten. In Betrieben. In Schulen. In Krankenhäusern.

Deutschland verfügt in jedem Bereich über ausreichend Exzellenz-Cluster, um auf jede noch so große Herausforderung eine solide Antwort zu finden. Aber das gelingt allein in einem Klima, in dem Kritik als das wahrgenommen wird, was sie ist: ein Ringen um und für Besseres.

Zürich und Allensbach, Dezember 2023

«Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung freigesprochen (naturaliter maiores), dennoch gerne zeitlebens unmündig bleiben; und warum es anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen. Es ist so bequem, unmündig zu sein. Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat, einen Seelsorger, der für mich Gewissen hat, einen Arzt, der für mich die Diät beurteilt usw., so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen. Ich habe nicht nötig zu denken, wenn ich nur bezahlen kann; andere werden das verdrießliche Geschäft schon für mich übernehmen.»

Immanuel Kant, „Was ist Aufklärung?“

Thomas Petersen, Ralph Erich Schmidt

**EROSION DER SUBJEKTIVEN
MEINUNGSFREIHEIT:
TIEFSTER STAND SEIT
ERHEBUNGSBEGINN VOR
70 JAHREN**

Das schwerwiegendste Ergebnis der Umfrage zum Freiheitsindex 2023 ist ohne Zweifel der Befund, dass der Anteil derjenigen an der Bevölkerung, die der Ansicht sind, man könne in Deutschland seine politische Meinung frei äußern, auf 40 Prozent und damit auf den tiefsten Stand seit dem Jahr 1953 gesunken ist, in dem die Frage zum ersten Mal gestellt worden war. Von den 60er Jahren bis ins vergangene Jahrzehnt hinein hatten noch regelmäßig mehr als zwei Drittel der Befragten diese Ansicht vertreten. Es ist deswegen angezeigt, diesen Befund etwas näher zu betrachten.

Man kann annehmen, dass die allermeisten Menschen, die darüber klagen, man könne seine Meinung nicht frei äußern, durchaus wissen, dass es kein Gesetz gibt, das ihnen die Meinungsäußerung verbietet. Darum gehen in diesem Zusammenhang auch Verweise auf die im Grundgesetz festgeschriebene Meinungsfreiheit am Befund vorbei. Stattdessen bezieht sich die Klage auf die Sanktionen im sozialen Umfeld, die drohen, wenn man gegen die Regeln der „Political Correctness“ verstößt.

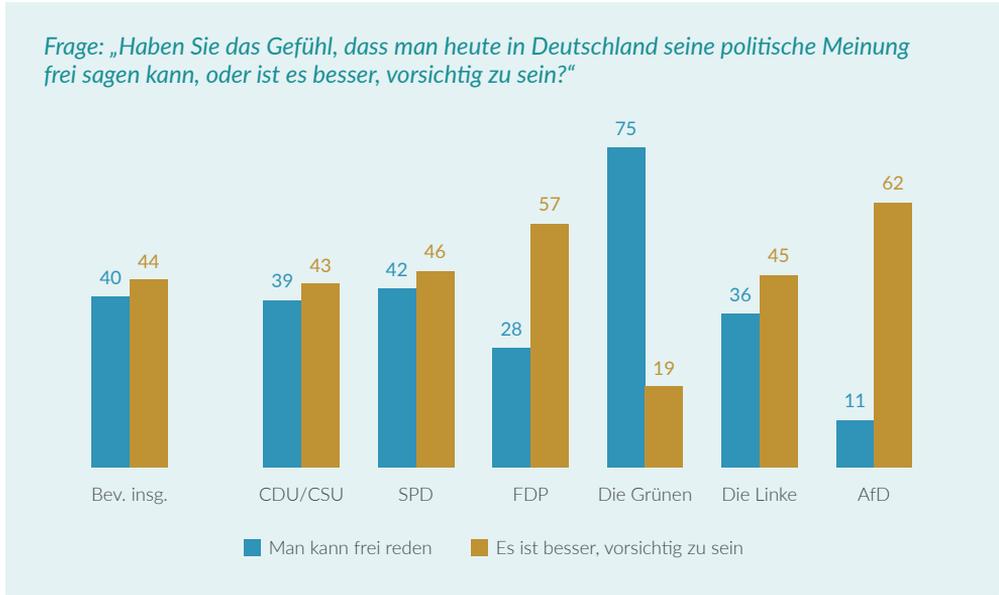
Betrachtet man die Details der aktuellen Umfrageergebnisse, fällt zunächst auf, wie unterschiedlich stark die Anhänger der verschiedenen Parteien den Eindruck hatten, sie könnten ihre Meinung nicht frei äußern. Unter den AfD-Anhängern waren im November 2023 62 Prozent dieser Ansicht, aber auch die Anhänger der anderen Parteien, mit Ausnahme der Grünen, meinten mehrheitlich, man müsse bei seinen Meinungsäußerungen vorsichtig sein. Umso deutlicher stechen die Grünen-Anhänger als Ausnahme hervor: Sie sagten nur zu 19 Prozent, man könne seine politische Meinung nicht frei äußern, weniger als halb so oft wie die Anhänger aller anderen Parteien (Grafik 1).

Zweitens ist bemerkenswert, wie sehr sich die Bildungsschichten in dieser Frage voneinander unterscheiden. Während Befragte mit einfacher und mittlerer Schulbildung mit klaren Mehrheiten sagten, sie hätten den Eindruck, man könne seine politische Meinung nicht frei äußern, machten nur 34 Prozent derer, die über das Abitur oder einen Studienabschluss verfügen, diese Angabe (Grafik 2). Zugespitzt ausgedrückt: Grüne und Intellektuelle haben mehrheitlich das Gefühl, man könne sich frei äußern, alle anderen Bevölkerungsgruppen nicht.

Wie sehr sich das Meinungsklima in den letzten zwei Jahrzehnten verändert hat, zeigt sich in den Antworten auf eine in den Jahren 1996 und 2021 gestellte Frage, bei der die Interviewer eine Liste mit gesellschaftspolitischen Themen vorlegten. Die Befragten wurden gebeten, anzugeben, welche davon heikle Themen seien, bei denen man sich leicht „den Mund verbrennen“ könne. Dass es heikel sei, über Muslime bzw. den Islam zu sprechen, meinten 1996 15 Prozent der Befragten, 2021 waren es

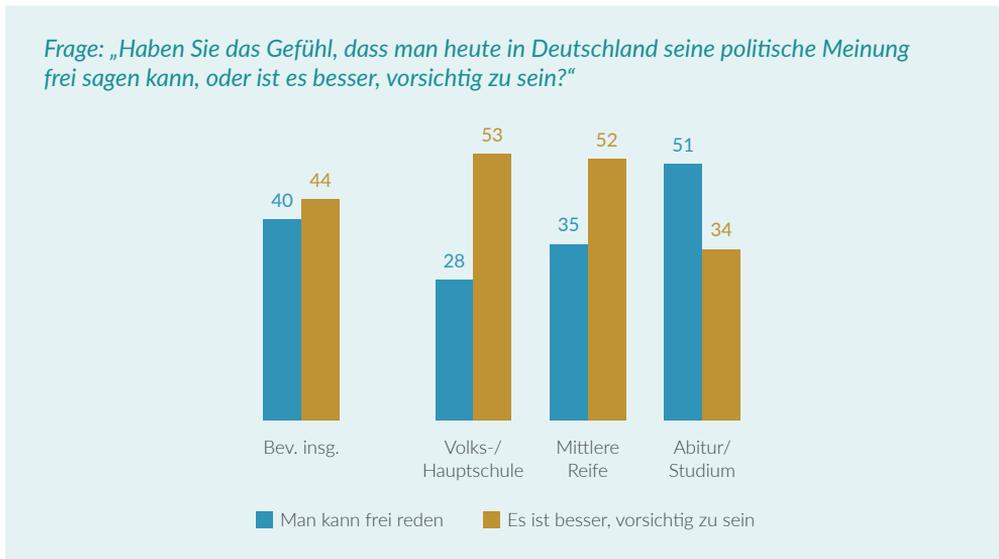
Grafik 1: Freie Meinungsäußerung – Analyse nach Parteianhängerchaft

(an 100 fehlende Prozent: „Mit Einschränkungen“ oder unentschieden)



Grafik 2: Freie Meinungsäußerung – Analyse nach Schulbildung

(an 100 fehlende Prozent: „Mit Einschränkungen“ oder unentschieden)



59 Prozent. Dass Vaterlandsliebe und Patriotismus heikel seien, glaubten 1996 16 Prozent, 2021 38 Prozent. Beim Thema Frauenbewegung bzw. Gleichberechtigung der Frauen war ein Anstieg von drei auf 19 Prozent zu verzeichnen.

Wie sehr der empfundene Druck, sich in der Öffentlichkeit zu bestimmten Themen nur in einer bestimmten Wortwahl zu äußern, den Vorstellungen der meisten Bürger entgegensteht, lässt sich gut am Beispiel der „gendergerechten Sprache“ illustrieren, die seit einiger Zeit an vielen Universitäten, öffentlichen Institutionen und auch in einigen Medien verwendet wird. Ebenfalls im Jahr 2021 wurde die Frage gestellt: „Wenn jemand sagt: ‚Man sollte in persönlichen Gesprächen immer darauf achten, dass man mit seinen Äußerungen niemanden diskriminiert oder beleidigt. Daher sollte man z. B. neben der männlichen auch immer die weibliche Form benutzen.‘ Sehen Sie das auch so, oder finden Sie das übertrieben?“ Die Antworten der Befragten auf diese Frage waren eindeutig: Nur 20 Prozent sagten, sie sähen das auch so, 71 Prozent hielten ein solches Verhalten für übertrieben. Frauen sprachen sich zu 65 Prozent gegen die „gendergerechte Sprache“ aus. Die Einstellung zum „Gendern“ ist auch keine Frage der Generation: Unter-30-Jährige waren zu 65 Prozent der Ansicht, ein solcher Sprachgebrauch sei übertrieben. Diese Haltung zog sich auch durch alle politischen Lager: Relativ am größten war der Anteil der Befürworter der „gendergerechten Sprache“ noch unter den Anhängern der Grünen – doch auch bei ihnen betrug er nur 25 Prozent. 65 Prozent der Grünen-Anhänger sprachen sich dagegen aus.

Das Beispiel steht nicht allein. Im Jahr 2020 hatte das Allensbacher Institut gefragt, ob man heute noch „Zigeunerschnitzel“ bestellen oder Schaumküsse „Negerkuss“ oder „Mohrenkopf“ nennen dürfe. Sehr deutliche Mehrheiten antworteten mit „Ja“. Mehr als zwei Drittel, 68 Prozent, meinten, man könne auch heute noch von „Mohrenköpfen“ sprechen, das „Zigeunerschnitzel“ fanden 77 Prozent noch zeitgemäß. Und im September 2023 fragte das Allensbacher Institut, ob man alte Sendungen mit Otto Waalkes oder Harald Schmidt mit Warnhinweisen versehen sollte, wie es die ARD in ihrer Mediathek seit kurzem tut. 77 Prozent fanden das übertrieben, lediglich 11 Prozent hielten die Hinweise für angebracht.

Die Diskrepanz zwischen den Sprach- und Verhaltensnormen der Bürger und der Wahrnehmung dessen, was gesellschaftlich geduldet wird und was nicht, lässt sich nur erklären, wenn man die Rolle der Massenmedien berücksichtigt. Ohne sie könnte solch ein öffentlicher Druck gegen die Einstellungen der Mehrheit nicht aufgebaut werden. Es spricht einiges dafür, dass sich die intellektuellen Diskussionen um solche Themen – ein-

schließlich der Diskussionen in maßgeblichen Massenmedien – weitgehend von der Lebenswirklichkeit der Bürger entkoppelt haben.

Dies aber birgt gesellschaftliches Konfliktpotential. Für die beteiligten Medien ist es problematisch, weil Zuspruch und Glaubwürdigkeit in Gefahr sind. Und die Bereitschaft der Bevölkerung, sich sprachlich gängeln zu lassen, ist auch nicht grenzenlos. Es mag ein gewisses Maß an Selbsttäuschung dahinterstecken, dennoch ist es bemerkenswert, dass im Sommer 2021 55 Prozent der Befragten der Aussage zustimmten: „Ich weigere mich mit Absicht, meine Ausdrucksweise anzupassen und mich politisch korrekt auszudrücken, weil es mich nervt, wenn andere versuchen, mir ihre Sprachregelungen aufzudrängen.“ Nur 19 Prozent stimmten der Aussage ausdrücklich nicht zu. Und auch hier zog sich diese Haltung durch das gesamte gesellschaftspolitische Spektrum. Lediglich die Grünen-Anhänger zeigten sich in dieser Frage gespalten.

In der aktuellen Umfrage zum Freiheitsindex 2023 zeigten sich ähnliche Tendenzen: Bei einer Frage wurde eine Liste mit neun Aussagen zum gesellschaftlichen Klima vorgelegt mit der Bitte an die Befragten, anzugeben, welchen der Aussagen sie zustimmen. Jeder Zweite stimmte daraufhin der Aussage zu „Mir geht es auf die Nerven, dass einem immer mehr vorgegeschrieben wird, was man sagen darf und wie man sich zu verhalten hat.“ Damit stand dieser Punkt an dritter Stelle in der Rangliste hinter „Mir fehlen Politiker, die eine deutliche Sprache sprechen und Dinge beim Namen nennen“ (56 Prozent) und „Ich habe den Eindruck, dass heute viel mehr darauf geachtet wird, wie man sich in der Öffentlichkeit verhält und was man sagt“ (52 Prozent) (Grafik 3).

Wie sehr sich die Menschen durch dieses öffentliche Klima einschüchtern lassen, wird daran erkennbar, dass nur 33 Prozent der Aussage „Ich spreche so, wie ich möchte, und lasse mir dabei nichts vorschreiben“ zustimmten. Noch vor vier Jahren, im Jahr 2019, hatten 50 Prozent diese Antwort gegeben (Grafik 4). Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass wachsende Teile der Bevölkerung das Gefühl entwickeln, man könne seine Meinung nicht mehr frei äußern.

Die Umfrageergebnisse aus den letzten Jahren zu diesem Thema zeigen übereinstimmend, dass sich bei wesentlichen Teilen der Bevölkerung ein latenter Unmut entwickelt hat – das Gefühl, es mit einer zunehmend abgehobenen politischen und medial-kulturellen Elite zu tun zu haben, die die Sorgen der Bürger nicht mehr versteht und auch nicht willens oder in der Lage ist, sich mit ihnen zu verständigen. Daraus erwächst offensichtlich bei vielen das Bedürfnis nach Protest und der Wunsch, es „denen“ einmal richtig zu zeigen. Dies hat bei der Bundestagswahl 2021 höchst-

Grafik 3: Aussagen über das Meinungsklima

Frage: „Hier auf der Liste stehen einige Aussagen. Was davon würden Sie auch sagen?“
(Listenvorlage)



wahrscheinlich zum erneut recht guten Abschneiden der AfD beigetragen, und auch zwei Jahre später zeigen die Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach deutlich, dass dies einer der wichtigsten Gründe für viele Bürger ist, sich dieser Partei zuzuwenden.

Es wäre jedoch falsch, die Erosion der subjektiven Meinungsfreiheit nur bei AfD-Anhängern zu verorten, weil sie dort besonders ausgeprägt ist. Wie bereits erwähnt, fand auch jeweils eine Mehrheit der Anhänger der CDU/CSU, der FDP, der SPD und der Linken, es sei besser, bei seinen Meinungsäußerungen vorsichtig zu sein. Ebenso falsch wäre, die Furcht vor sozialen Sanktionen bei politisch kontroversen Meinungsäußerungen als illusorisch abzutun. Die im November 2023 gestellte Frage, ob es einem in den letzten Jahren passiert sei, dass man seine Meinung zu einem

Grafik 4: Verlust der Sorglosigkeit



politischen Thema geäußert habe und deswegen angegriffen worden sei, bejahten immerhin 32 Prozent. Und auf die Frage, ob man in den letzten Jahren im Freundes- oder Bekanntenkreis mitbekommen habe, dass jemand anderes seine Meinung zu einem politischen Thema geäußert habe und deswegen angegriffen worden sei, antworten 42 Prozent mit „Ja“. Diese Ergebnisse sind umso bemerkenswerter, als in der Frage mit dem Wort „angegriffen“ eine rechte starke Form von sozialer Sanktion erhoben wurde. Dass zwei Fünftel der Bevölkerung in ihrem Umfeld Zeuge von solchen Sanktionen geworden sind, lässt vermuten, dass es in Deutschland ähnlich wie in den USA zu einer „affektiven Polarisierung“ gekommen ist, die immer wieder als „Spaltung“ beklagt wird und politische Diskussionen emotional so sehr aufladen kann, dass der rationale Austausch von Argumenten auf der Strecke bleibt.

Roland Schatz

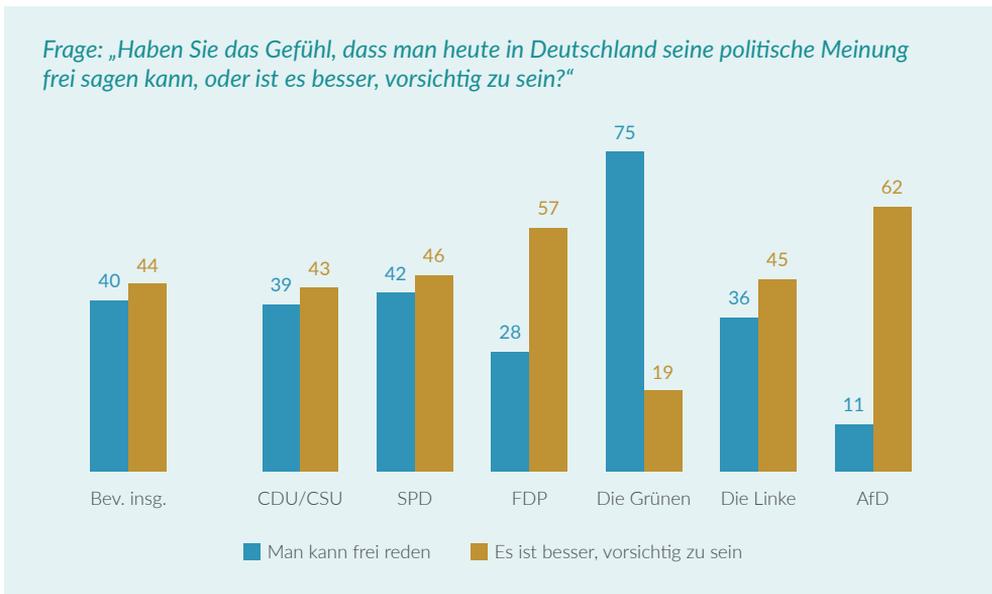
ALLE, NICHT JEDER

Die Resultate des diesjährigen Freiheitsindex bieten insbesondere denen konkrete Anhaltspunkte, die sich schon allein mit der Fragestellung schwertun: «Wieso sollte in Deutschland überhaupt jemand zögerlich sein, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen? Die Mauer ist doch 1989 gefallen! Seit dem ist auch für die Menschen von Rügen bis Görlitz alles wunderbar. Und im Westen musste doch sowieso niemand sich Sorgen machen».

Diese Ansicht ist stark vertreten – aber seit einigen Jahren eher eine Minderheitserfahrung. Warum fühlen sich dann diese Minderheiten so stark, ihr Unverständnis laut zu artikulieren? Weil diese Minderheit insbesondere bei ARD, DLF und ZDF über starke Mehrheiten zu verfügen scheint. Was könnte damit gemeint sein? Der Blick auf die nachfolgende Übersicht, wie die Deutschen die Frage beantworten – allerdings dieses Mal nicht nach Altersgruppen, Bildungsstand oder dem Ost-West Vergleich, sondern aufgelistet nach eigener Parteipräferenz, zeigt einen signifikanten Befund: Die Vertreter aller im Bundestag vertretenen Parteien teilen – mit Unterschieden in der Ausprägung – Übereinstimmung die Sorgen der Deutschen, dass eher Vorsicht geboten ist, wer seine Meinung in der Öffentlichkeit kund tut:

Grafik 1: Freie Meinungsäußerung – Analyse nach Parteianhängerschaft

(an 100 fehlende Prozent: „Mit Einschränkungen“ oder unentschieden)



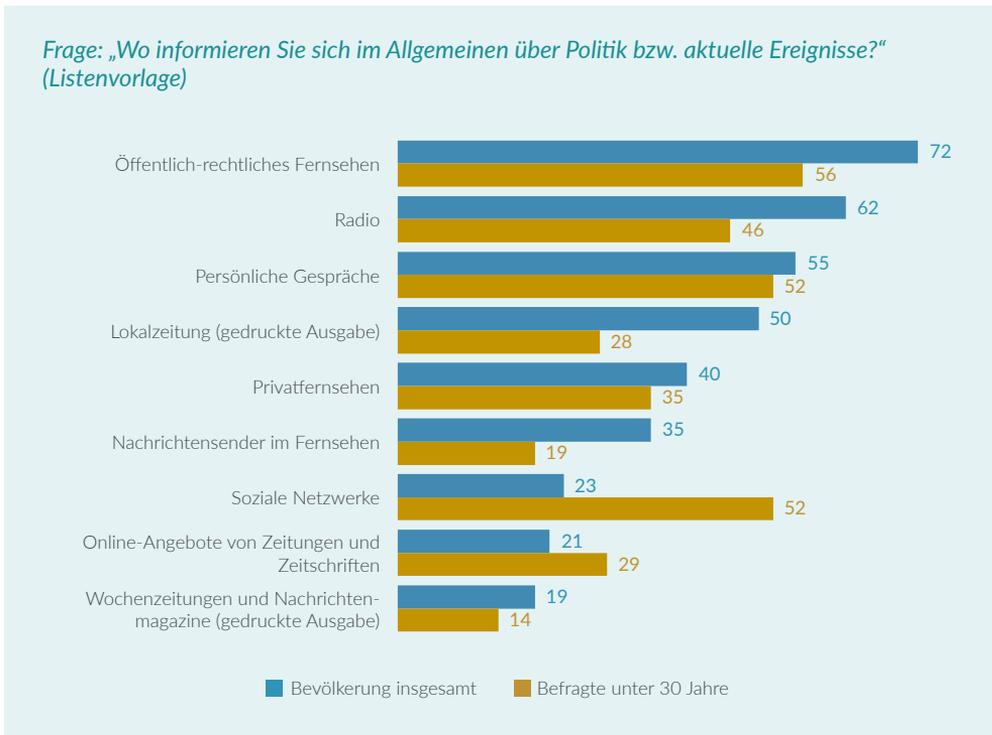
Fans von Asterix und Obelix könnten beim Blick auf diese Sentiment-«Karte» frohlocken: Wie im Cartoon lassen sich die Werte nach dem Motto lesen: «Ganz Deutschland ein einzig Volk von Leise-Tretern? NEIN, eine kleine Gruppe Standfester steht zu den Idealen Martin Luthers und erlebt in großer Übereinstimmung: Ihresgleichen kann frei von allen Sorgen nahezu überall die Erkenntnis der gemeinsamen Überzeugungen frei verkünden (die Werte von 75 Prozent vs. 19 Prozent sind in der Tat in dieser Deutlichkeit besonders).

Die Mitglieder aller anderen Parteien dagegen empfinden ihre Wirklichkeit in Deutschland diametral anders. Besorgnis erregend die Selbsteinschätzung bei den Liberalen. Dort sind es noch nicht einmal ein Drittel, die frei von Sorge ihre Inhalte öffentlich zum Ausdruck bringen. Was bedeutet das für den öffentlichen und vor allem den veröffentlichten Diskurs? Insbesondere, wenn auch bei allen anderen Fragen dieses Resultat sich wie ein Cantus Firmus durch den diesjährigen Freiheitsindex zieht. Es wäre ein verdienstvolles weiteres Forschungsprojekt, allein diesem Aspekt größere Aufmerksamkeit zu widmen: wie lange können unterschiedliche Positionen in einer offenen Gesellschaft überhaupt noch in Form einer Partei artikuliert werden, wenn deren naturgemäß «kleine» Gefolgschaft mehr und mehr das Gefühl vermittelt wird, allein schon beim Aussprechen ihrer Überzeugungen mit negativen Konsequenzen rechnen zu müssen? Welchen Anteil daran haben die ständigen Umfragen zur Sonntagsfrage, bei denen die kleinen Parteien system-immanent mit den Schwankungen von 0,5–1,5 Prozent immer wieder dann überdurchschnittlich viel mediale Aufmerksamkeit nach sich ziehen, ob sie überhaupt in den Bundestag einziehen können?

Ein zweites Resultat gibt einen ersten Erklärungsansatz – in Kombination zu lesen mit den schon länger publizierten Befunden hinsichtlich der parteipolitischen Nähe derjenigen, die bei ARD, DLF und dem ZDF in den Redaktionen dafür zuständig sind, wessen Ansichten oberhalb oder eben unterhalb der Wahrnehmungsschwelle Aufmerksamkeit finden: Seit gut 30 Jahren kommen die Selbsteinschätzungen unter den frisch eingestellten Berufsanfängern wie auch die Aussagen der mit der Personalauswahl Befassten in den öffentlich-rechtlichen Sendern zu dem Ergebnis, dass eher selten Journalisten in den Sendern tätig werden dürfen, die sich bei den Liberalen oder den Unionsparteien «zu Hause» fühlen. Auf die extremen Werte insbesondere zugunsten Bündnis 90/Die Grünen angesprochen lautet die Antwort: «Was sollen wir denn tun, wenn sich bevorzugt diese Klientel bei uns bewirbt?»

Jeder Personalverantwortliche in der Wirtschaft oder Wissenschaft wüsste die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, sollten dort – aus welchen Gründen auch immer – mit einem Mal nur noch aus einer Denkschule Bewerbungen eintreffen. Warum bei ARD, DLF und ZDF ein Trend als ausreichender Grund für ein «Weiter so» ausreicht, wäre nur eine Frage an die verantwortlichen Aufsichtsgremien – doch ein anderes Resultat aus dem diesjährigen Freiheitsindex zeigt: Unverändert bezieht die überwältigende Mehrheit der Deutschen ihre Informationen zur Entwicklung in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft zunächst über die Angebote der öffentlich-rechtlichen Formate:

Grafik 2: Informationsquellen



Dies ist selbst der Fall bei den Befragten unter 30 Jahren. Womit den auf ARD, DLF und ZDF ausgestrahlten Inhalten eine noch größere Bedeutung zukommt. Allerdings zeigen die seit dem 3.10.23 veröffentlichten wöchentlichen ARD-DLF-ZDF Gremien-Tischvorlagen, die vom Forschungsinstitut Media Tenor International auf Grundlage ihrer Services,

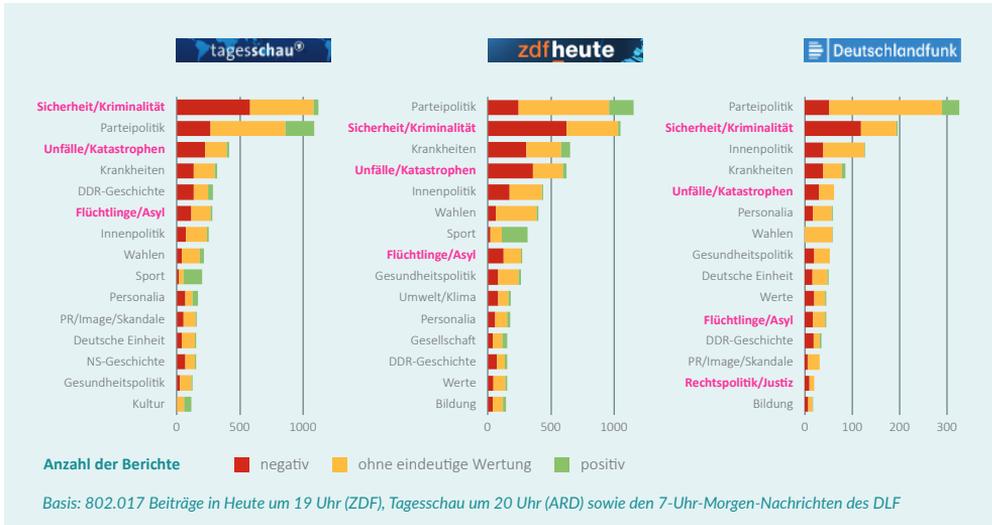
die sie mit anderen Public-Service Formaten wie der BBC in Großbritannien, der SABC in Südafrika oder dem öffentlich-rechtlichen Anbieter in Tschechien zur Erfüllung deren Transparenz-Auflagen in den letzten 30 Jahren erfolgreich zur Verteidigung des selbstständigen Journalistischen Formates in den jeweiligen Ländern entwickelt haben, dass ausgerechnet in Deutschland die Funktionsaufträge zu Vielfalt, Integration, Konvergenz und Vorbild eher kaum bis gar nicht erfüllt werden.¹

Prof. Dirk Oschmann hatte in diesem Jahr mit seinem Buch «Der Osten: eine westdeutsche Erfindung» in ungeschminkter Offenheit zum Ausdruck gebracht, warum auch drei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer eine wachsende Zahl der Menschen das Gefühl hat, immer nur über Stereotype im landesweiten Dialog wahrgenommen zu werden -wenn überhaupt. Genau diese Klischees werden besonders von den Sendern bedient, die von der Verfassung vollständig ohne jeglichen wirtschaftlichen Druck recherchieren können, um zu dem zu werden, was der aktuelle Vorsitzende der ARD-Intendanten Kai Gniffke gerne von ihrem Nachrichten Flaggschiff behauptet: Das «Lagerfeuer» der Nation zu sein, um das sich täglich alle Bundesbürger versammeln, damit sie von vertrauensvoller Quelle erfahren, wie sich das eigene Land im Guten wie im Schlechten entwickelt hat. Wer jedoch allein in den letzten 10 Jahren alle 802.017 Beiträge angeschaut hat, die vom 1.1.2012 bis 31.8.2023 in der Tagesschau der ARD um 20 Uhr, im Heute-Format des ZDF um 19 Uhr sowie in den Morgen- nachrichten vom DLF um 19.00 den Bürgern angeboten wurden, konnte keine Vielfalt erkennen – weder inhaltlich noch im Vergleich der drei Sender untereinander (Grafik 3).

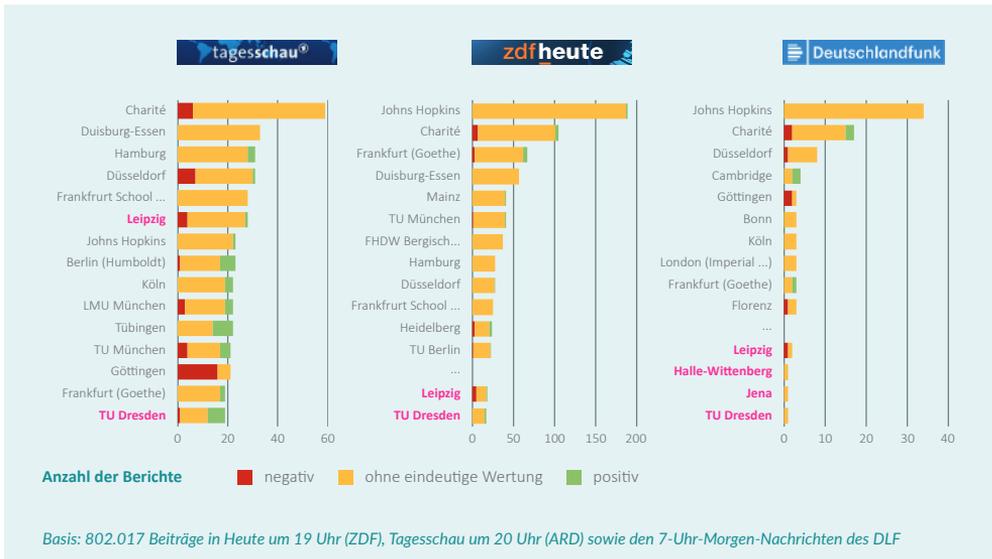
Der nicht nur von Oschmann vorgebrachte Vorwurf, dass in all den Jahrzehnten die Verantwortlichen in den Sendern unverändert ihre bevorzugten Informations-Quellen nutzen, die schon vor 1989 die Nachrichten-Auswahl bestimmten, wird beim Blick auf das Resultat der von ARD, DLF und ZDF bevorzugt genutzten Ansprechpartner aus der Wissenschaft aufs Schlimmste bestätigt (Grafik 4).

In der Wissenschaft wie für Redaktionen gibt es einen Gradmesser, der präzise Auskunft darüber gibt, ob die dargestellten Inhalte tatsächlich relevant sind: das Zitiert-Werden. Wessen Inhalte von anderen (egal ob Wissenschaftler in akademischen Journals oder eben durch die Redaktionen anderer Leitmedien) aufgegriffen werden, auf welche Sachverhalte damit auch noch in weiteren Informationskanälen hingewiesen wird, der oder die hat offensichtlich eine besonders wertvolle Auswahl seiner Inhalte getroffen. Doch insbesondere hier können die Angebote von ARD, DLF als auch ZDF in keiner Weise rechtfertigen, warum sie die Inhalte, die Experten für

Grafik 3: Themen der Berichterstattung über Ostdeutschland (Top 15), 2012–2023



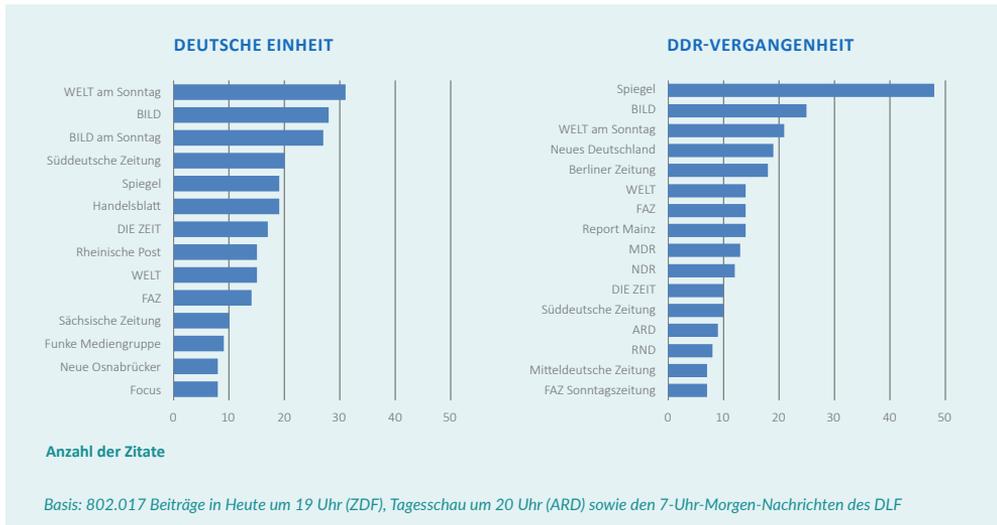
Grafik 4: Stellenwert von Universitäten/FH an der Berichterstattung (Top 15), 2012–2023



ihr Publikum – egal ob in den verschiedenen Nachrichten-Angeboten, den Magazin-Formaten oder gar den Talkshows – so ausgewählt haben. Denn trotz enormen jährlichen Mittelzufluss (inzwischen dürfte die 10 Milliar-

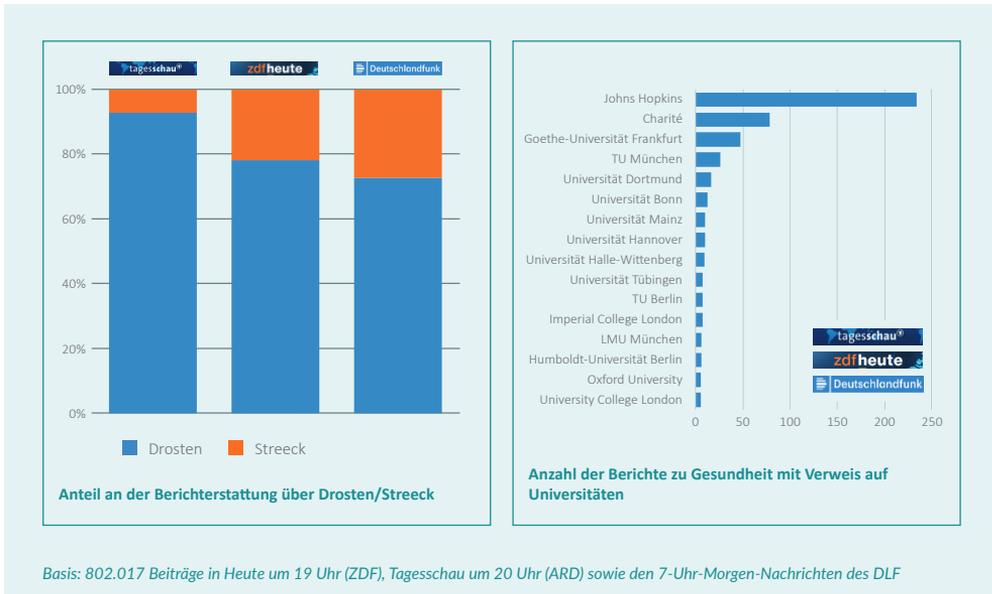
den Euro Marke durchbrochen sein – von denen allerdings weniger als 5 Prozent in tatsächliche Inhaltsangebote fließen)² liegen weder ARD, noch DLF oder das ZDF vorn, wenn die 40 deutschen Leitmedien gegenseitig auf ihre Inhalte verweisen: hier als Beispiel deren Berichterstattung zur Deutschen Einheit bzw. zu Ost-Deutschland:

Grafik 5: Meistzitierte Medien zur Deutschen Einheit und DDR-Vergangenheit, 2012–2023



Das Gefühl, seine Meinung auch im öffentlichen Raum äußern zu können, ist unter anderem davon abhängig, ob die eigene Meinung in der einen oder anderen Form von den Leitmedien repräsentiert wird: wessen Ansichten durch relevante Forscher, Gewerkschaftler, Politiker z.B. in den Abendnachrichten auftaucht, für den wird es leichter, am nächsten Morgen mit Kollegen sich über die eigenen Erfahrungen auszutauschen. Wessen Ansichten dagegen gar nicht, oder nur im negativen Kontext durch die Leitmedien transportiert wird, der hält sich im Zweifel eher zurück. Auch hier bieten die Öffentlich-rechtlichen in den letzten drei Jahrzehnten, in denen kontinuierliche Daten der Medien-Inhalts-Analyse zum journalistischen Leistungsangebot von ARD, DLF und ZDF vorliegen, wenig Inhalte, die dem Integrationsauftrag nachkommen würden. Das Thema, das die Lage des Landes seit Gründung wohl in einem Ausmaß bestimmte, wie kein anderes, war der Umgang mit Corona. Die nachfolgende Darstellung zeigt, welchen Experten mit welcher Interpretation von Covid welcher Raum bei ARD-DLF und ZDF zur Verfügung gestellt wurde:

Grafik 6: Stellenwert von ausgewählten Experten, 2020–2023



Basis: 802.017 Beiträge in Heute um 19 Uhr (ZDF), Tagesschau um 20 Uhr (ARD) sowie den 7-Uhr-Morgen-Nachrichten des DLF

Es sollte dringend erforscht werden, wie sich das Freiheitsempfinden in Ost wie West, der verschiedenen Altersgruppen und Bildungshintergründe entwickelt hätte, wenn die öffentlich-rechtlichen Sender in der Phase des höchsten Bedarfs an unabhängiger Informations-Qualität nicht das gemacht hätten, was Claus Kleber (leider nicht vor laufender Kamera in seinem Heute-Journal, sondern quasi hinter den verschlossenen Türen der Heraeus Bildungs-Akademie) zu Protokoll gab:³

«Wir haben praktisch die Rolle eines Pressesprechers oder Ministers eingenommen, der seiner Bevölkerung erklärt, warum diese Maßnahmen jetzt sein müssen. Das ist einfach nicht unser Job.»

Claus Kleber (ZDF Heute-Journal) im Juni 2020

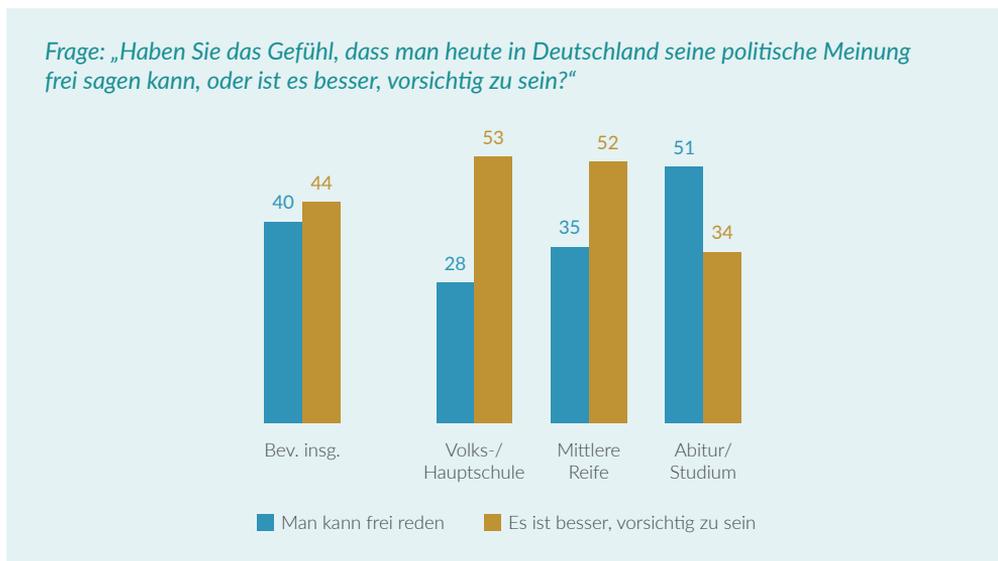
Mehr als 500 Professoren haben im Frühjahr 2022 einen Aufruf an den deutschen Bundestag unterzeichnet: mit der Bitte, dass im Rahmen einer Enquete-Kommission wissenschaftlich präzise aufgearbeitet wird, was von 2019 bis 2022 umgesetzten Maßnahmen im Kontext mit Covid für die Zu-

kunft weiter empfohlen werden kann und wovon bei einem erneuten oder vergleichbaren Ausbrechen einer Krankheit oder anderen Krise Abstand zu nehmen wäre.⁴ Nicht nur die Wissenschaftler warten auch im Dezember 2023 auf eine Antwort aus Berlin.

Diese Mischung aus Schweigen statt Antworten, aus sich weder in Berlin, noch auf Landesebene (ganz zu Schweigen von Brüssel) bei Themen und Herausforderungen größter Bedeutung tatsächlich repräsentiert zu fühlen, wird wahrscheinlich einer der Gründe sein, warum insbesondere die Personen mit geringerem Bildungsgrad sich derart klar zu einer Mehrheit zusammengefunden haben, die im Zweifel ihre Ansichten nur noch im geschützten Raum der Familie oder von Freunden zum Ausdruck bringen:

Grafik 7: Freie Meinungsäußerung – Analyse nach Schulbildung

(an 100 fehlende Prozent: „Mit Einschränkungen“ oder unentschieden)



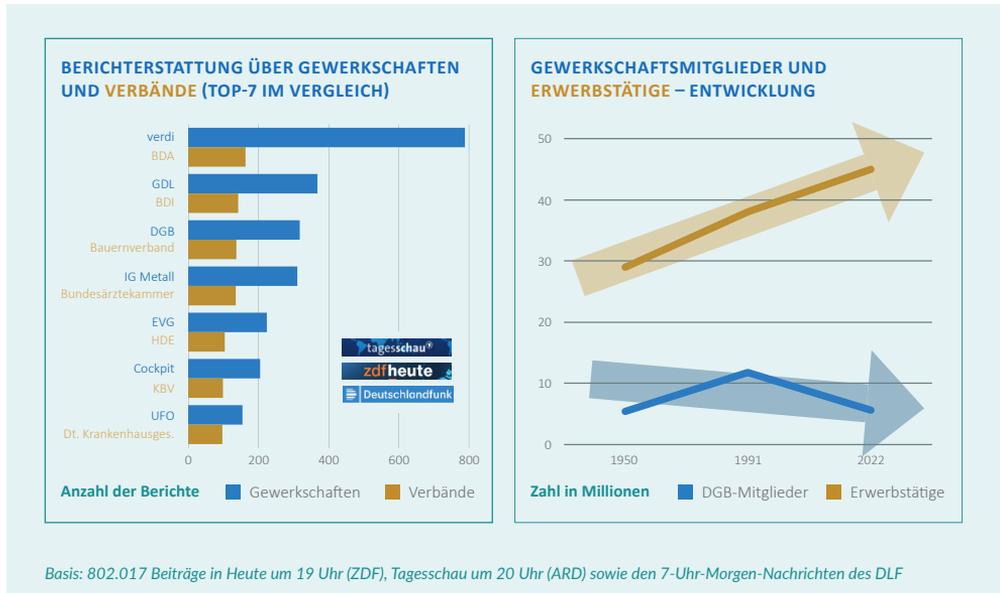
Die Grafik vermittelt den Eindruck, als ginge es hier um drei zahlenmäßig eher gleich ausgeprägte Gruppen. Aber dem ist nicht so. In keinem Land Europas. Aber die Leitmedien werden wahrscheinlich eher zu 95 Prozent als nur zu 90 Prozent von Menschen mit Inhalten gefüllt und gemanagt, die sowohl während ihrer Zeit am Gymnasium und dann vor allem während des Studiums ausreichend Zeit hatten, sich mit ihren Positionen im Pro und Contra zu bewähren. Das entspricht aber nicht der Lebenswirklichkeit der großen Mehrheit des Landes. Sie waren keine Mit-

glieder in Debattierclubs herausragender Schulen oder Universitäten, ehe sie den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien verdienen mussten und müssen. Sie sind um 19 oder 20 Uhr, wenn sie der Auswahl der verantwortlichen von ZDF und ARD vertrauen, darauf angewiesen, dass allein «Das, was ist» präsentiert wird und nicht «Das, was sein sollte». Und noch wichtiger: dass kein Agenda-Cutting betrieben wird – also, relevanten Perspektiven oder Personen gar nicht auftauchen, oder unterhalb der Wahrnehmungsschwelle gehalten werden.

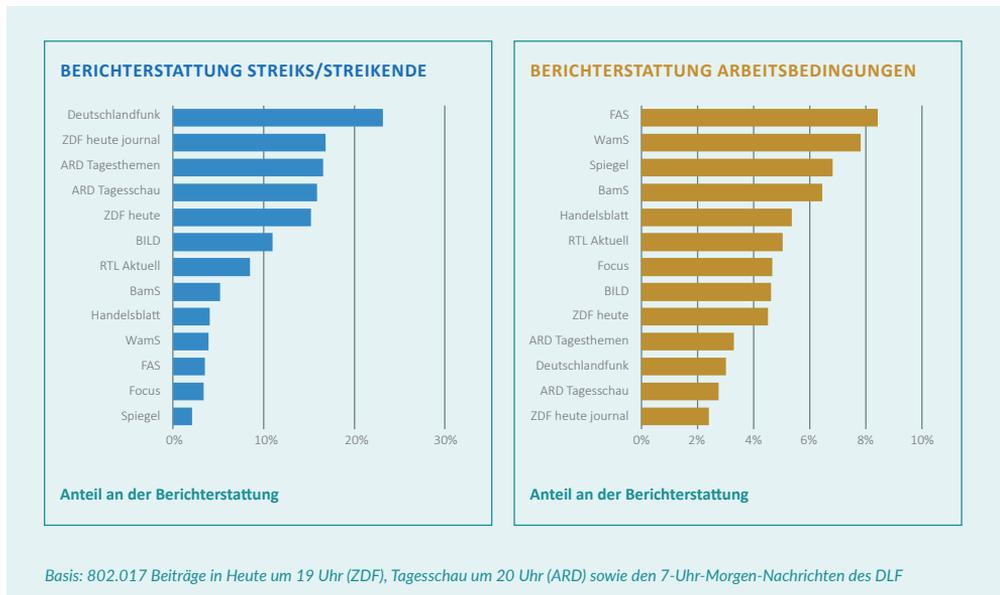
Darauf kann sich insbesondere das Publikum von ARD, DLF und ZDF seit Jahrzehnten nicht mehr verlassen. Aus diesem Grund hatte der damalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Ernst Gottfried Mahrenholz, 1999 gemeinsam mit den Forschern des Instituts Media Tenor eine Sammelpetition in monatelanger Kleinarbeit konzipiert, umgesetzt und dann mit ausreichend Unterschriften mit gutem Grund bei der Bundestagsabgeordneten Christa Nickels abgegeben.⁵ Wer dem damaligen Richter in Karlsruhe entgegnete: «Warum beim Petitions-Ausschuss des Bundestages und nicht bei den dafür zuständigen Landesparlamenten» erhielt die 35 Jahre später wie eine Ohrfeige klingende Antwort: «Die Länder (er sprach damit bewusst nicht nur die Ministerpräsidenten und ihre Chefs der Staatskanzleien an, sondern auch die Fraktionsvorsitzenden aller Parteien in den Länderparlamenten) sind mittlerweile (also in den 90er Jahren) schon derart mit den Sendeanstalten verwoben, dass wir nicht auf eine neutrale, sachgerechte Analyse unserer Petition hoffen können.» 1999 hätten mit deutlich weniger Aufwand und Schmerzen bei ARD, DLF und ZDF die Transparenz-Vorschläge umgesetzt werden können, die auf Druck des Parlaments in Prag für Tschechien insbesondere den Redaktionen der dortigen öffentlich-rechtlichen Anstalten die notwendige journalistische Beinfreiheit als auch Anerkennung in der Bevölkerung sichern, die ARD, DLF und ZDF heute so dringend benötigen.

Schon damals wurde anhand einer Vollanalyse – also von 0.00 bis 24.00 Uhr – ausgewertet, wie die öffentlich-rechtlichen Sender die Deutschen zu Themen wie Arbeitsplätze, Gesundheit, Religion etc. informieren. Jetzt, 30 Jahre später, gleichen die Befunde der ARD-DLF-ZDF Gremien-Tischvorlagen den Analysen aus dem Zeitraum 1994–1998: Obwohl immer weniger Arbeitnehmer in Deutschland sich von Gewerkschaften vertreten lassen bzw. sich von diesen vertreten fühlen – insbesondere in Zeiten von Streiks – zeigen diese Grafiken das extreme Missverhältnis in der Darstellung der jeweiligen Interessengruppen sowie ausgewählter Themen:

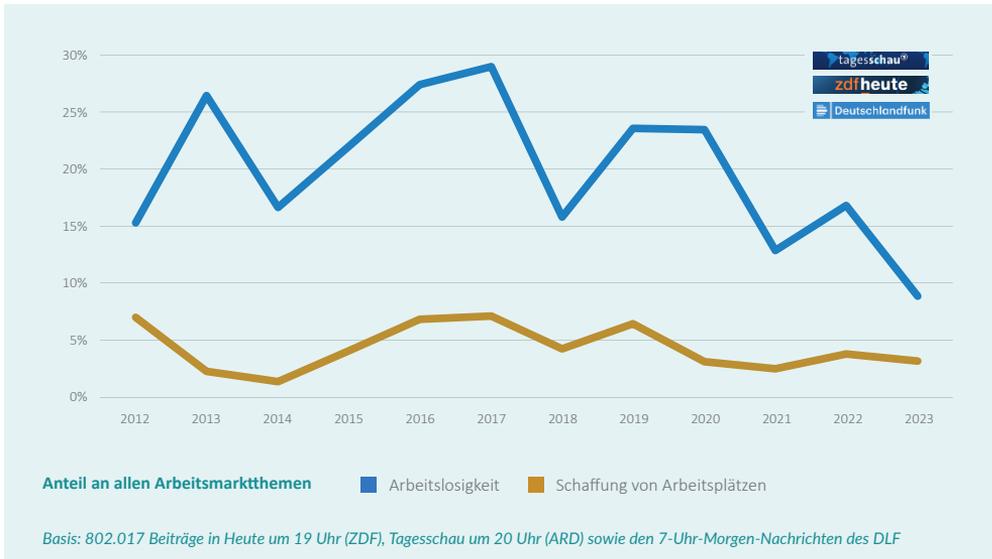
Grafik 8: Berichterstattung über Gewerkschaften und Verbände, 2012–2023



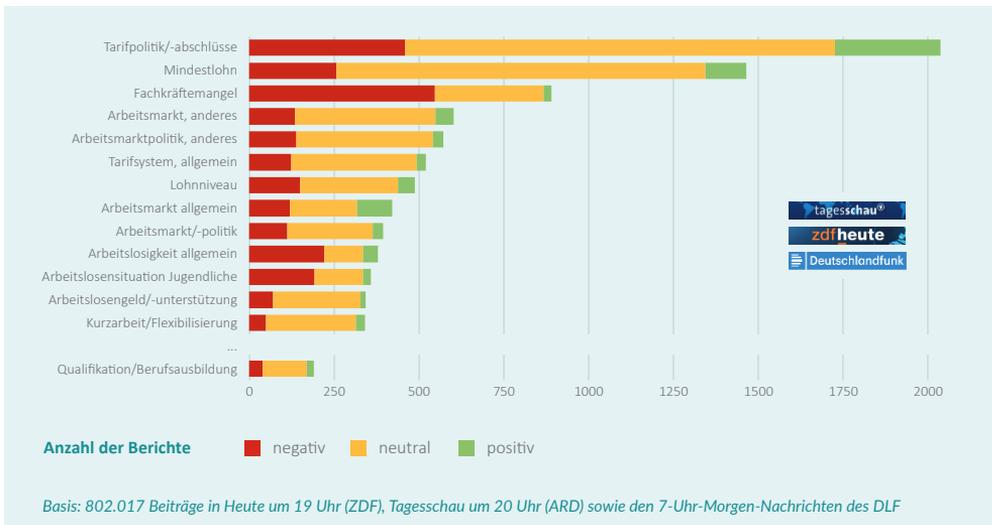
Grafik 9: Berichterstattung über Arbeitsmarkt, Gewerkschaften und Verbände, 2012–2023



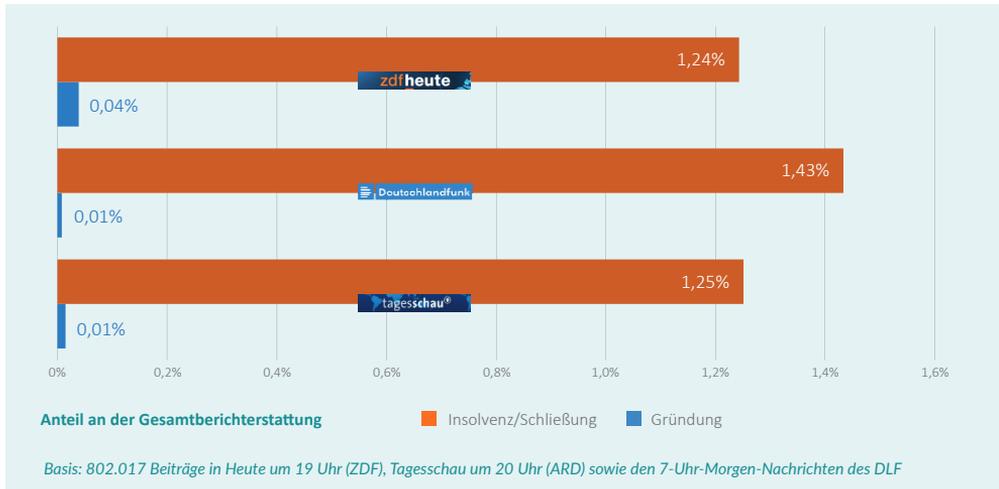
Grafik 10: Stellenwert der Themen Arbeitslosigkeit/Entlassungen und Schaffung von Arbeitsplätzen/Einstellungen im Zeitverlauf, 2012–2023



Grafik 11: Stellenwert und Bewertung der einzelnen Themen zum Arbeitsmarkt, 2012–2023

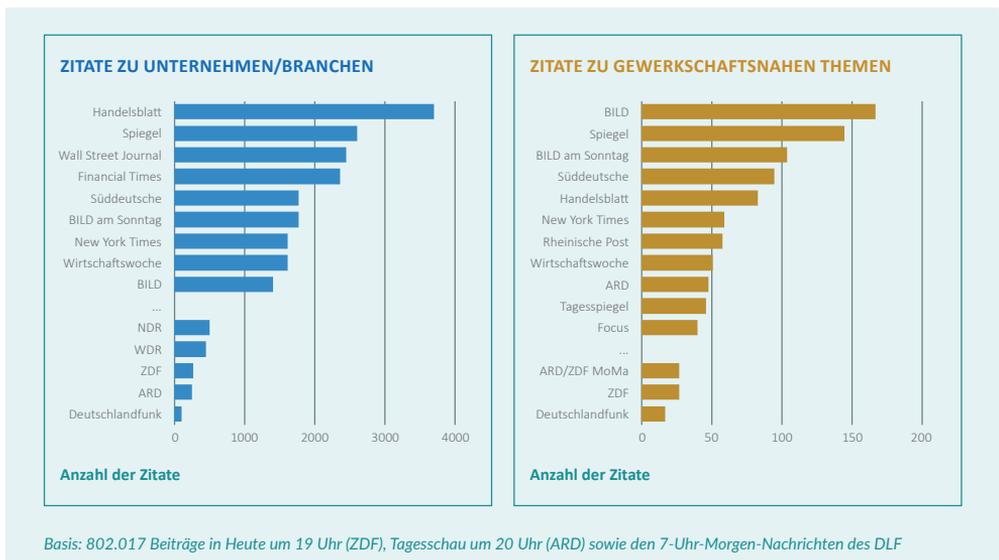


Grafik 12: Insolvenz bzw. Gründung in der Unternehmens-Berichterstattung, 2012–2023



Und auch hier wieder der Blick auf die Relevanz der zum Thema Arbeitsmarkt, Gewerkschaften, Verbände in den letzten 10 Jahren ausgestrahlten Inhalte von ARD, DLF und ZDF: Handelsblatt und BILD liegen vorn, nicht die Angebote der unzähligen ARD-, DLF- und ZDF-Formate:

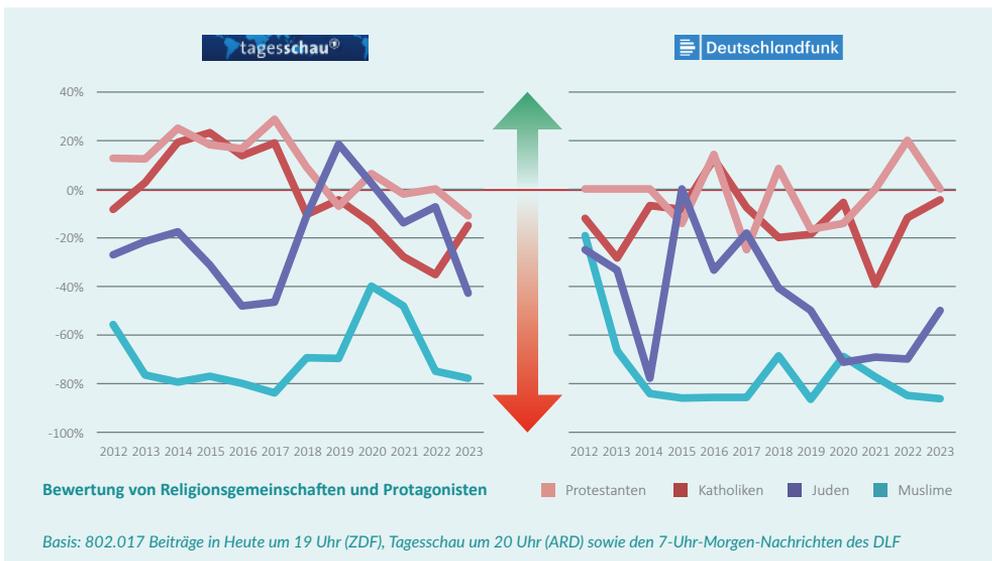
Grafik 13: Meistzitierte Medien zu Unternehmen und Gewerkschaftsthemen, 2012–2023



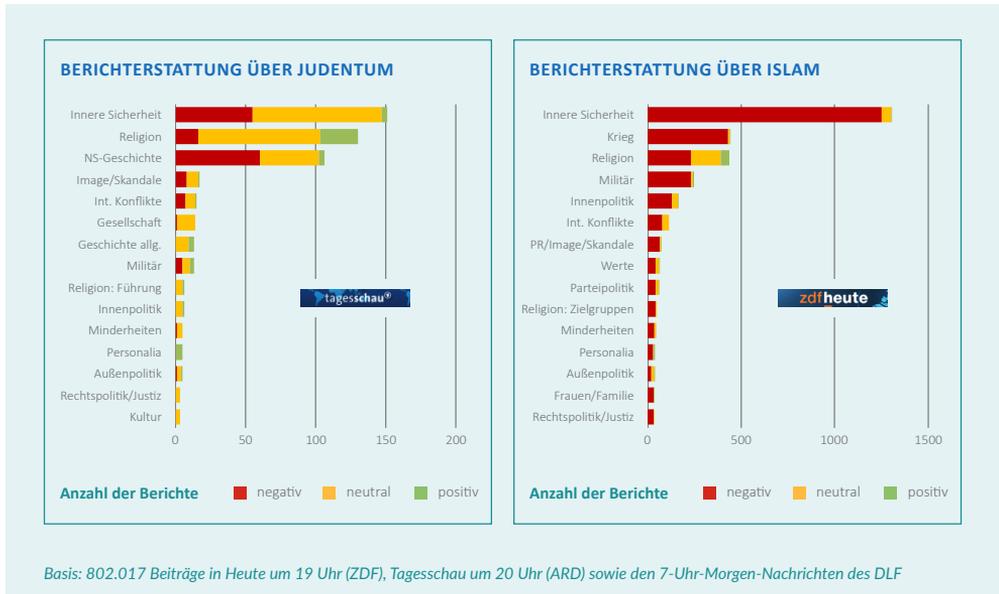
Womit wir zur eingangs gestellten Frage zurückkehren: «Wieso sollte in Deutschland überhaupt jemand zögern, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen?». Weil die Sender, denen insbesondere die Menschen mit Volksschul- bzw. Realschulabschluss am stärksten vertrauen, deren Sorgen und Ansichten nicht mehr in dem Ausmaß repräsentieren, dass sie sich nicht nur verstanden, sondern auch repräsentiert fühlen. Solange am vermeintlichen Lagerfeuer der Nation zum Thema Arbeit bevorzugt die Interessengruppen zu sehen sind, die zwar in den Fernseh- und Rundfunkkräften gut vertreten sind, aber denen nur noch 5 Prozent der inzwischen mehr als 44 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten vertrauen, solange werden nur sie sich wundern, warum «die anderen» sich nicht mehr trauen, ihre Meinung im öffentlichen Raum zu äußern.

Was in dieser Einseitigkeit für den Bereich Arbeit gilt, so ähneln sich die Befunde, wenn es um das Private geht: Religion oder im aktuellen Kontext Israel: Seit Monaten droht Deutschland anhand der Diskussion über das Anwachsen des Antisemitismus, der Frage, ob sich Muslime in Deutschland wahrgenommen fühlen und wer sich wie zu Israel bzw. Palästina stellt, zu zerreißen. Wie ARD, DLF und ZDF ihr Publikum über ihre Hauptnachrichtenformate zu Fragen des Judentums, Islams, Israel und Palästina informieren, zeigen die folgenden Daten, die eben nicht eine Momentaufnahme sind, sondern das Informationsangebot der letzten zehn Jahre:

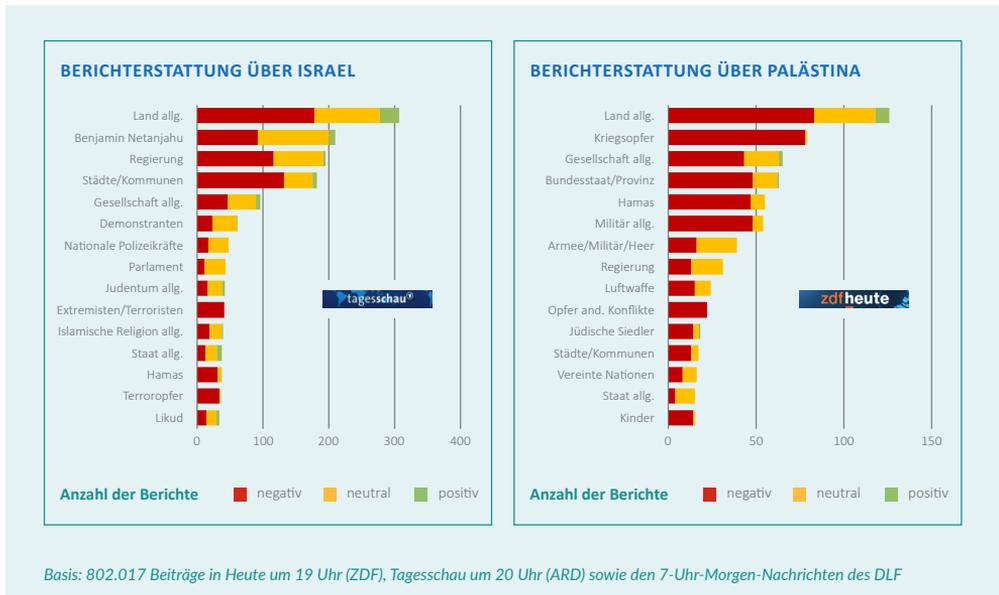
Grafik 14: Bewertung von Religionsgemeinschaften und deren Protagonisten, 2012–2023



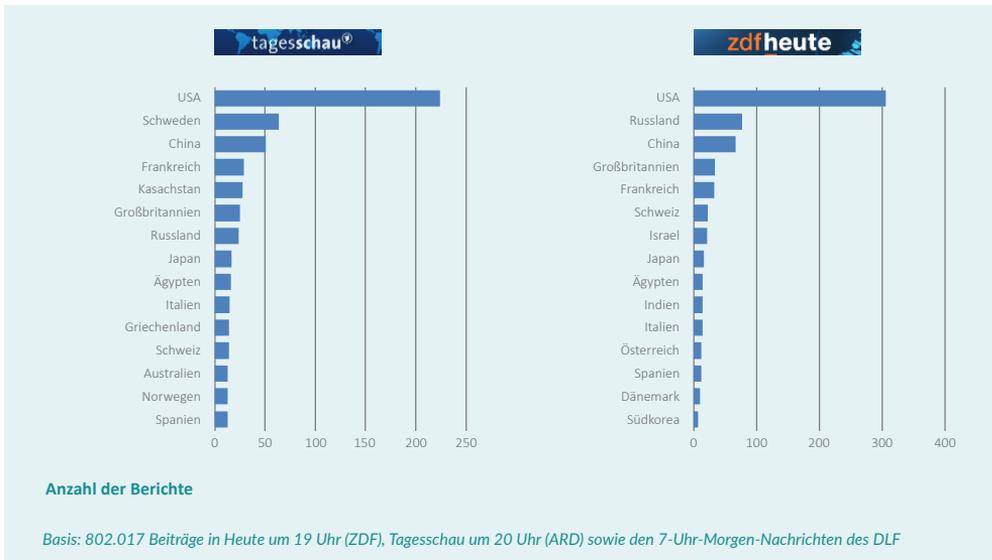
Grafik 15: Berichterstattung über Judentum und Islam, 2012–2023



Grafik 16: Bewertung von Protagonisten mit Bezugsgebiet Israel oder Palästina, 2012–2023



Grafik 17: Meistgenannte Länder bei Technologie-Themen 2012–2023



Angesichts dieser inhaltlichen Engführung, die seit Jahrzehnten von ARD, DLF und ZDF in ihren Nachrichtenformaten angeboten wird, ist selbst an Hochschulen keine vielfältige Diskussion in Respekt des jeweils anderen zu erwarten – sofern die Menschen ihre Informationen allein auf Basis des öffentlich-rechtlichen Angebotes beziehen. Jeder, der selber in Israel, dem Gaza-Streifen, Jordanien, Ägypten etc. war und ist, weiß um die Komplexität der Herausforderungen, denen sich die Menschen dort Tag für Tag zu stellen haben und auch stellen. Die Erfolge und Misserfolge, die die muslimischen Geistlichen allein in ihren jährlichen Versammlungen der Global Fatwa Authorities unter Leitung des früheren Großmuftis Dr. Ali Gooma und jetzt seinem Nachfolger Dr. Shawky Allam sind allen bekannt, die sich schon vor 9/11 2001, aber insbesondere seither der Aufgabe des Inter-Faith Dialoges stellen. Die «Unlearning Intolerance Masterclasses» der UN in New York haben viele kleine Verbesserungen ermöglicht – aber welchem Publikum von ARD, DLF und ZDF ist dies bewusst? Wer nicht sichtbar ist oder derart verzerrt dargestellt wird, fühlt sich nicht zur Gruppe der 75 Prozent zugehörig, die mit den Grünen sympathisieren und stolz von sich behaupten, sie könnten überall ihre Meinung äußern, ohne Risiken einzugehen.

Aber selbst das scheint sich zu wandeln: Thomas Gerlach berichtete am 25.11.23 in der «taz», dass zumindest im Osten immer mehr Parteibüros

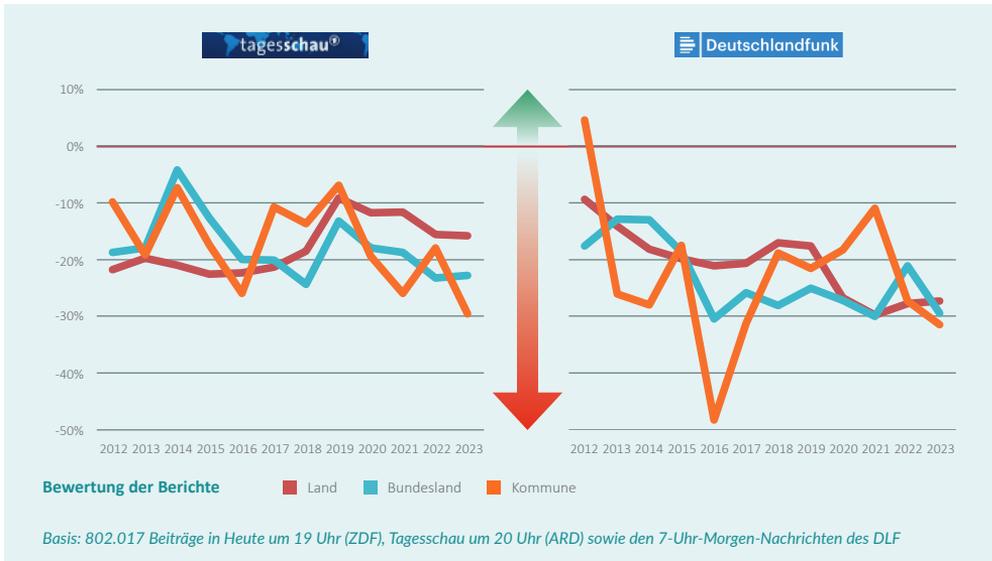
der Grünen von aufgebrauchten Menschen aufgesucht werden, die einfach nur die Tür aufreißen, um sich unflätig zu äußern: «Ich wollte nur sagen, dass Ihr Scheiße seid» oder «Ich komme, und hole mir mein Geld zurück». Das könnte Ausdruck der letzten Grafiken (18 und 19) sein, die wir hier in diesem Kapitel teilen wollen: Wie wird insgesamt über die Politik bzw. die Parteien berichtet, wenn die Deutschen sich bei ARD, DLF und ZDF über deren Leistungen bzw. „Nicht-Leistungen informieren wollen? Auch hier herrscht der gleiche abfällige Tenor: Egal ob über die Repräsentanten auf kommunaler, Landes- oder Bundespolitik «informiert» wird, der Grund für die Beiträge scheint immer der Gleiche zu sein: Unfähigkeit.

Wenn jedoch unterm Strich für die Redaktionen der Hauptnachrichten-Formate von ARD, DLF und ZDF Politiker und Politik derart negativ geframt wird: Wer will sich da noch äußern? Wer will sich da noch einsetzen?

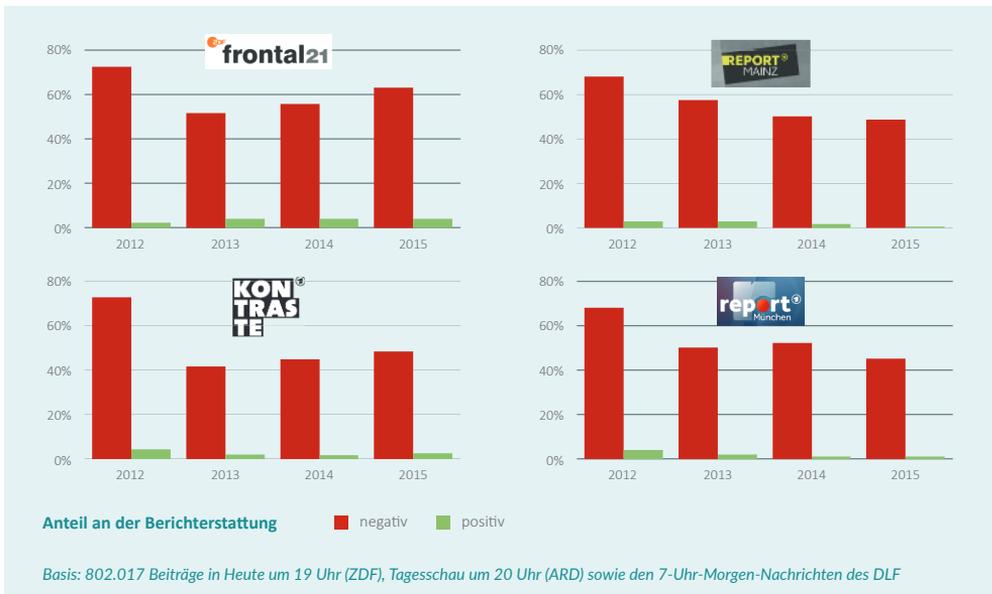
Womit wir zum Titel dieses Kapitels kommen: «Alle, nicht jeder» lautet das Buch, mit dem Elisabeth Noelle Neumann und Thomas Petersen seit 1996 in die Methoden der Demoskopie einführen. Die Wissenschaft zur Erforschung der «Volks-Seele». Der Titel allein bietet alle Komponenten, um die Vorsicht zu begreifen, mit der Politiker, aber vor allem Journalisten, ihren Beruf und hoffentlich ihre Berufung ausführen. Eine Partei ist in der Demokratie westlicher Ausprägung nie Ausdruck des gesamten Willens und Hoffens der Gesellschaft – der Begriff verdeutlicht schon den Fakt, dass immer nur eine Gruppe, ein Teil der Gesellschaft gemeint sein kann. Welchen Sinn macht es dann, den Parteivorsitzenden der FDP mit der Frage zu konfrontieren: «Wie kann Ihr Vorschlag denn je umgesetzt werden - «die Mehrheit» ist doch dagegen?». Diese eine repräsentative Demokratie zersetzende Fragestellung lässt im Kern bei nicht wenigen im Publikum den Eindruck entstehen: nur die Person, die sich sicher sein kann, dass mindestens 50,1 Prozent des Landes ihrem Denken und Handeln zustimmen, darf in Deutschland noch Vorschläge machen.

Zu diesem Ohnmachtsgefühl kommt der Eindruck, dass der Kern der repräsentativen Demokratie – das Ringen um Kompromisse, damit Mehrheiten überhaupt möglich werden – im veröffentlichten Diskurs in Frage gestellt wird: Kritik, das Streiten um das bessere Konzept, wird als etwas Negatives vermittelt. Auf dieser Basis kann aber nichts Neues, nichts Besseres entstehen. «Alle, nicht jeder» wirbt ausdrücklich für die Offenheit, die Gedanken derjenigen, die in dieser Fragestellung, in dieser Legislaturperiode nicht die Mehrheit haben, nicht nur ernst zu nehmen, sondern ihnen auch einen fairen Raum zu sichern, in dem diese Konzepte, Gedanken und Projekte der «Nicht-Mehrheit» dennoch Repräsentation erfahren. Die Daten des Freiheitsindex bieten umfangreiche Perspektiven, sich mit

Grafik 18: Berichterstattung über Land, Bundesland und Kommune/Stadt, 2012–2023



Grafik 19: Bewertung der Akteure in ausgewählten TV-Magazinen, 2012–2015



diesem Kern der Demokratie, nach der nicht nur Politik in Deutschland organisiert ist, sondern die meisten Unternehmen, Universitäten, Krankenhäuser, wieder vordringlich zu beschäftigen. Ohne Partizipation ist alles nichts – früher oder später. Nicht nur in der Politik. Auch im Journalismus. Auch an den Schulen und Universitäten. Auch in den Betrieben.

¹ Alle bislang erschienenen ARD-DLF-ZDF Gremien-Tischvorlagen sowie ein Interview mit dem DLF-Journalisten Peter Welchering zu Hintergrund und Methode können unter <http://de.mediatenor.com/de/bibliothek/berichte> vollständig kostenfrei eingesehen werden.

² Lipp, Thorolf: <https://www.planet-interview.de/interviews/thorolf-lipp/52082>

³ Schatz, Roland: Bericht zur Lage der Informationsqualität in Deutschland. Analysen und Vorschläge für die Zeit nach Corona, Innovatio, 2021

⁴ <https://pandemieaufarbeitung.net/>

⁵ Hallermann, Kristiane/Hufnagel, Ariance/Schatz, Kurt/Schatz, Roland: Grundversorgung – Pflichten und Rechte. Eine Langzeit-Inhaltsanalyse zum Informationsangebot von ARD und ZDF. Mit einer Stellungnahme von Prof. Dr. Ernst Gottfried Mahrenholz, Innovatio, 1999

«Zu dieser Aufklärung aber wird nichts erfordert als Freiheit; und zwar die unschädlichste unter allem, was nur Freiheit heißen mag, nämlich die: von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen. Nun höre ich aber von allen Seiten rufen: Räsioniert nicht! Der Offizier sagt: Räsioniert nicht, sondern exerziert! Der Finanzrat: Räsioniert nicht, sondern bezahlt! Der Geistliche: Räsioniert nicht, sondern glaubt! (Nur ein einziger Herr in der Welt sagt: Räsioniert, soviel ihr wollt und worüber ihr wollt, aber gehorcht!) Hier ist überall Einschränkung der Freiheit. Welche Einschränkung aber ist der Aufklärung hinderlich, welche nicht, sondern ihr wohl gar beförderlich? – Ich antworte: Der öffentliche Gebrauch seiner Vernunft muß jederzeit frei sein, und der allein kann Aufklärung unter Menschen zustande bringen.»

Immanuel Kant, „Was ist Aufklärung?“

Thomas Petersen

DIE EINSTELLUNG ZUR MARKTWIRTSCHAFT

Neben den zur Berechnung des Freiheitsindex notwendigen Fragen enthalten die Fragebogen zum Freiheitsindex Deutschland stets auch einige Fragen zu einem weiteren Themenschwerpunkt, der im Zusammenhang mit dem Thema Freiheit von Interesse ist. In der diesjährigen Untersuchung lag dabei der Fokus auf der Einstellung der Bevölkerung zur Marktwirtschaft.

Die Freiheit der Wirtschaft ist nicht einfach ein beliebiger Aspekt eines Staatswesens, der folgenlos je nach herrschender politischer Weltanschauung, mal mehr oder mal weniger vom Staat gewährt werden kann, sondern ein konstituierendes Element einer freien Gesellschaft. Nur wenn die Menschen die Möglichkeit haben, Eigentum zu besitzen und zu mehren und nach eigenem Ermessen Waren und Dienstleistungen zu produzieren bzw. anzubieten, werden sie den Wohlstand erwirtschaften können, der den Sozialstaat erst möglich macht. Darüber hinaus ist die wirtschaftliche Freiheit nicht von anderen Aspekten der Freiheit zu trennen. Zwar gibt es – vereinzelt – auf der Welt Länder, in denen die Wirtschaft vergleichsweise frei ist, die aber dennoch keine Demokratien sind, doch man wird umgekehrt kaum ein Land finden, in denen die Freiheit der Wirtschaft dauerhaft massiv eingeschränkt oder gar abgeschafft wurde, ohne dass früher oder später auch die sonstigen bürgerlichen Rechte massiv eingeschränkt oder gar abgeschafft wurden.

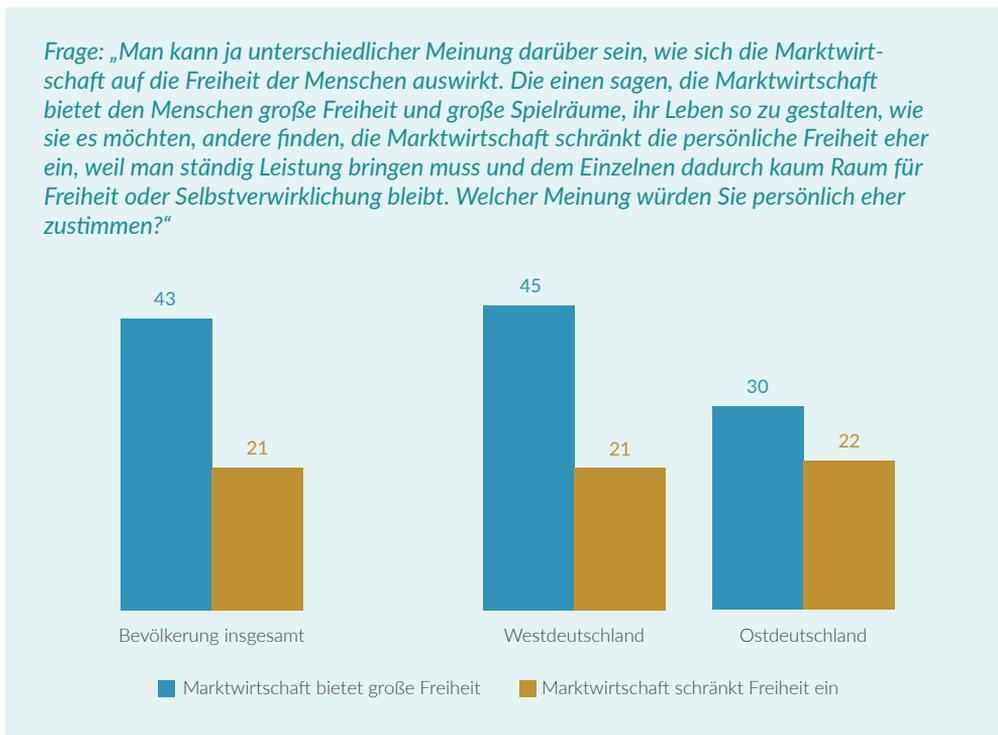
Wie eng wirtschaftliche Freiheit und Demokratie miteinander zusammenhängen, zeigt regelmäßig der vom kanadischen Fraser Institute herausgegebene Bericht über die Freiheit der Wirtschaft weltweit. Unter den 20 Ländern mit der größten wirtschaftlichen Freiheit waren im Jahr 2021 18 Demokratien. Lediglich die Stadtstaaten Hongkong und Singapur bildeten Ausnahmen. Unter den 20 Ländern mit der geringsten wirtschaftlichen Freiheit befand sich nur eine unzweifelhafte Demokratie, nämlich Argentinien. Mit etwas gutem Willen kann man auch noch ein weiteres Land auf dieser Liste, Guyana, als politisch einigermaßen frei bezeichnen. Die übrigen 18 waren Autokratien oder Diktaturen.

Der Zusammenhang zwischen der Freiheit der Wirtschaft und der Freiheit der Gesellschaft insgesamt ist vielen Bürgern nicht bewusst. Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang die Antworten auf die Frage „Man kann ja unterschiedlicher Meinung darüber sein, wie sich die Marktwirtschaft auf die Freiheit der Menschen auswirkt. Die einen sagen, die Marktwirtschaft bietet den Menschen große Freiheit, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es möchten, andere finden, die Marktwirtschaft schränkt die persönliche Freiheit eher ein, weil man ständig Leistung bringen muss und dem Einzelnen dadurch kaum Raum für Freiheit oder Selbstverwirkli-

chung bleibt. Welcher Meinung würden Sie persönlich eher zustimmen?“ Eine klare relative Mehrheit von 42 Prozent der Befragten antwortete in der Umfrage zum Freiheitsindex Deutschland 2023 auf die Frage, ihrer Ansicht nach biete die Marktwirtschaft große Freiheit. Nur 21 Prozent widersprachen. Das sieht auf den ersten Blick eindeutig aus, doch auf den zweiten Blick wird deutlich, dass auffallend viele Befragte, 36 Prozent, auf die Antwortmöglichkeit „Unentschieden“ auswichen. Damit zeigen diese Zahlen alles andere als ein eindeutiges Bekenntnis zur Marktwirtschaft. Dabei fielen die Antworten in Ostdeutschland ganz besonders verhalten aus: Hier sagte weniger als ein Drittel, die Marktwirtschaft brächte große Freiheit mit sich (Grafik 1).

Grafik 1: Marktwirtschaft und Freiheit

(an 100 fehlende Prozent: unentschieden)



Die Skepsis gegenüber der Marktwirtschaft hat in Deutschland Tradition. Vermutlich ist heute nur noch wenigen Menschen bewusst, wie mühsam es für Ludwig Erhard war, als Leiter der Wirtschaftsverwaltung

in den westlichen Besatzungszonen und später als Wirtschaftsminister in den Gründerjahren der Bundesrepublik Deutschland das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft durchzusetzen. Nicht nur in der SPD und der KPD, sondern auch in weiten Teilen der Unionsparteien herrschte zunächst die Überzeugung vor, es sei notwendig, wesentliche Teile des Wirtschaftslebens staatlicher Kontrolle und Lenkung zu unterwerfen. Und auch der Bevölkerung war der Gedanke, dass das freie Spiel von Angebot und Nachfrage letztlich mehr Wohlstand schaffen könnte als eine zentral gesteuerte Wirtschaft, offensichtlich fremd. Im Dezember 1948, ein knappes halbes Jahr nach der Währungsreform, stellte das Institut für Demoskopie Allensbach in einer seiner ersten Repräsentativumfragen die Frage „Sollen Ihrer Ansicht nach die Behörden die Preise wieder kontrollieren?“ 70 Prozent sprachen sich daraufhin für eine Rückkehr zu staatlichen Preiskontrollen aus. Von diesen Befragten sagten wiederum 71 Prozent, dass sie dies auch dann befürworten würden, wenn dadurch das Angebot in den Geschäften schlechter würde.

Mit großem Aufwand wurde in den folgenden Jahren versucht, den Bürgern das Prinzip der Marktwirtschaft näher zu bringen. Ein Beispiel sind die aufwendigen Werbekampagnen der Organisation „Die Waage“, die Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften schaltete, in denen die Arbeiter „Fritz“ und „Otto“ den Lesern mit heute etwas hölzern wirkenden Dialogen die Grundregeln eines freien Wirtschaftssystems erläuterten. Der Erfolg hielt sich in Grenzen. Als das Allensbacher Institut im Jahr 1969 die Frage „Sollen Ihrer Ansicht nach die Behörden die Preise wieder kontrollieren?“ wiederholte, sprachen sich immer noch 60 Prozent der Westdeutschen für staatliche Preiskontrollen aus.

Heute dagegen ist man geneigt anzunehmen, das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft stünde als solches nicht mehr zur Disposition, der politische Streit drehe sich nur noch um Detailfragen ihrer konkreten Ausgestaltung. Doch die Umfrageergebnisse des Instituts für Demoskopie Allensbach bestätigen diese Vermutung nicht. Sie deuten eher darauf hin, dass weder das Wirtschaftswunder noch das Scheitern der sozialistischen Ökonomien in Ost-Mitteuropa der Zuneigung der Deutschen zur Wirtschaftsplanung etwas anhaben konnten.

Seit etwa drei Jahrzehnten wächst die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der sozialen Lage im Land. Das wird erkennbar an den Antworten auf die Frage „Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in Deutschland - ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen - im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?“ Vom Jahr 1964 bis Anfang der 90er Jahre hielten sich die Anteile derjenigen, die sagten, die Verhältnisse

seien gerecht, und die Zahl derer, die sie für nicht gerecht ansahen, ungefähr die Waage. Seitdem aber steigt - von kurzfristigen Schwankungen abgesehen - der Anteil der Befragten, die die Verhältnisse für nicht gerecht halten, fast kontinuierlich an. Heute liegt er bei 66 Prozent. Nur noch 14 Prozent widersprechen ausdrücklich.

Die Annahme, dass die soziale Gerechtigkeit in Deutschland in den letzten drei, vier Jahren abgenommen habe, ist beinahe Konsens in der Bevölkerung. 62 Prozent vertraten im März 2021 diese Ansicht, 16 Prozent meinen, die soziale Gerechtigkeit sei gleich geblieben, nur 12 Prozent glauben, sie habe zugenommen.

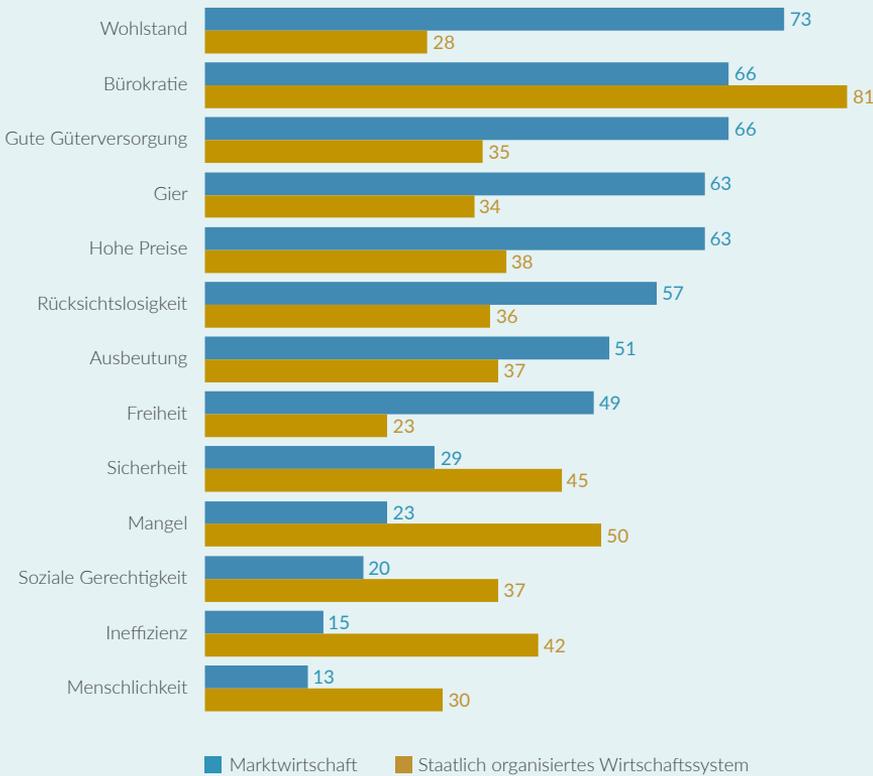
Der Eindruck, es gebe immer mehr soziale Ungerechtigkeit, geht einher mit einem erheblichen Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der freien Wirtschaft. Dies zeigen die Reaktionen auf einen in die Umfrage zum Freiheitsindex Deutschland eingebauten Assoziationstest, bei dem die Interviewer verschiedene Begriffe vorlasen und die Befragten baten, zu jedem Begriff anzugeben, ob sie beim Stichwort „Marktwirtschaft“ an ihn dächten. Zwar erwiesen sich „Wohlstand“ und „Gute Güterversorgung“ mit 73 bzw. 66 Prozent als die am häufigsten genannten Assoziationen zum Begriff „Marktwirtschaft“, doch gleichauf mit „Gute Güterversorgung“ rangierte, ebenfalls von 66 Prozent genannt, das Stichwort „Bürokratie“. Dann folgten „Gier“ (63 Prozent), „Hohe Preise“ (63 Prozent), „Rücksichtslosigkeit“ (57 Prozent) und „Ausbeutung“ (51 Prozent). Mit dem Begriff „soziale Gerechtigkeit“ verbanden die Marktwirtschaft gerade 20 Prozent der Befragten, Menschlichkeit ordneten ihr nur 13 Prozent zu.

Deutlich anders waren die Reaktionen auf den Begriff „staatlich organisiertes Wirtschaftssystem.“ Hier stand zwar „Bürokratie“, genannt von 81 Prozent der Befragten, mit weitem Abstand an der Spitze der Assoziationen, und an zweiter Stelle rangierte die Assoziation „Mangel“, genannt von 50 Prozent. Doch kaum weniger häufig als den Mangel – und deutlich häufiger als der Marktwirtschaft – ordneten die Befragten der staatlich organisierten Wirtschaft auch die Assoziation „Sicherheit“ zu (43 Prozent). Den Begriff „Soziale Gerechtigkeit“ verbanden immerhin 37 Prozent mit der staatlich organisierten Wirtschaft, bei „Menschlichkeit“ waren es 30 Prozent (Grafik 2). Betrachtet man die Ergebnisse zusammengenommen, erkennt man, dass die Marktwirtschaft zwar als das System wahrgenommen wird, das mehr Wohlstand, Freiheit und gute Güterversorgung mit sich bringt als eine Staatswirtschaft, letztere wird aber als sicherer, gerechter und menschlicher empfunden. Ganz vereinfacht gesagt steht für die Bevölkerung beim Thema Wirtschaft – in vielen Fällen vermutlich unbewusst – Freiheit im Gegensatz zu Menschlichkeit.

Grafik 2: Assoziationen zu Wirtschaftssystemen

Frage: „Wenn Sie jetzt einmal an das Wort ‚Marktwirtschaft‘ / ein staatlich organisiertes Wirtschaftssystem denken – es kann einem dazu ja alles Mögliche einfallen. Darf ich Ihnen mal Einiges vorlesen? Sie sagen mir dann bitte, ob Sie bei ‚Marktwirtschaft‘ / einem staatlich organisierten Wirtschaftssystem daran denken“

Antwort: „Daran könnte man denken.“

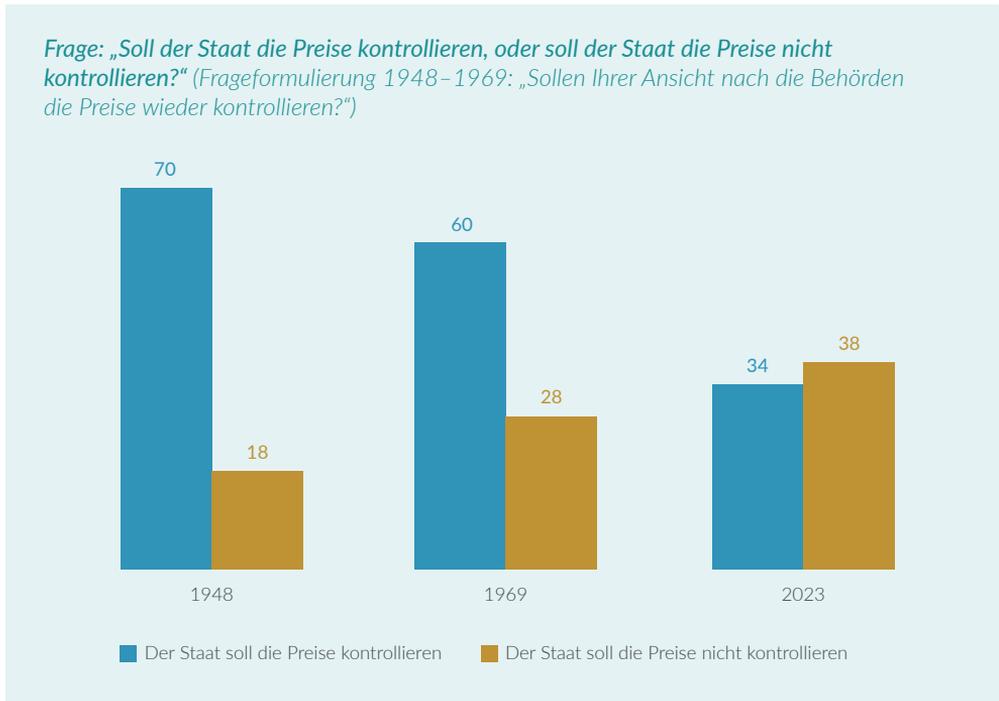


So ist es nur folgerichtig, dass sich wesentliche Teile der Bevölkerung eine enge staatliche Kontrolle, ein intensiveres Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben wünschen. Das zeigt sich auch, wenn man nach den staatlichen Preiskontrollen fragt, die in den Jahren 1948 und 1969 so populär waren. Auf die direkte Frage, ob der Staat die Preise kontrollieren sollte, antworteten im November 2023 34 Prozent der Befragten mit „Ja“, also immerhin deutlich weniger als noch 1948 und 1969. Doch der Anteil

derjenigen, die ausdrücklich die Ansicht vertraten, der Staat solle die Preise nicht kontrollieren, lag mit 38 Prozent nicht wesentlich höher (Grafik 3). Ein eindeutiges Bekenntnis zur freien Wirtschaft ist auch in den aktuellen Zahlen nicht zu erkennen.

Grafik 3: Soll der Staat die Preise kontrollieren?

(an 100 fehlende Prozent: unentschieden)



Wenn man das Thema konkretisiert, wird die Zustimmung zu staatlichen Preiskontrollen noch stärker: Bei einer Frage legten die Interviewer zwei Argumente zur Auswahl vor. Das erste lautete: „Ich fände es gut, wenn der Staat Obergrenzen für die Preise von Grundnahrungsmitteln festlegen würde. Durch solche Höchstpreise könnte man sicherstellen, dass die Preise für Grundnahrungsmittel nicht so stark steigen und sich jeder diese weiterhin leisten kann.“ Die Gegenposition lautete: „Ich glaube, dass es nicht gut wäre, wenn der Staat die Obergrenze für die Preise von Grundnahrungsmitteln festsetzen würde. Dann könnte es passieren, dass einige Grundnahrungsmittel knapp werden oder gar nicht mehr angeboten werden, weil den Unternehmen die Gewinne zu klein erscheinen.“

Eine relative Mehrheit von 46 Prozent der Befragten schloss sich dem ersten Argument an, nur 34 Prozent dem zweiten. Die Zahlen unterscheiden sich praktisch nicht von denen aus dem Jahr 2013, als die Frage schon einmal gestellt wurde (Grafik 4). Bei einer analog formulierten Frage, bei der nicht von Lebensmittel- sondern von Mietpreisen die Rede war, entschieden sich sogar 64 Prozent für eine staatlich verordnete Preisgrenze.

Grafik 4: Sollte der Staat die Preise für Grundnahrungsmittel regeln?

(an 100 fehlende Prozent: unentschieden, keine Angabe)



Viele politisch Verantwortliche scheinen zu glauben, die Vorteile eines freiheitlichen Wirtschaftssystems seien so offensichtlich, dass es unnötig sei, dafür zu werben. Doch das ist ein Irrtum. Das Prinzip der freien Wirtschaft leuchtet den meisten Menschen spontan nicht ein. Für die Stabilität der Demokratie ist dies wahrscheinlich eine mindestens ebenso große Gefahr wie das in einem anderen Kapitel dieses Bandes beschriebene Klima in der öffentlichen Diskussion, das vielen Menschen das Gefühl gibt, sie könnten ihre Meinung nicht mehr frei äußern.

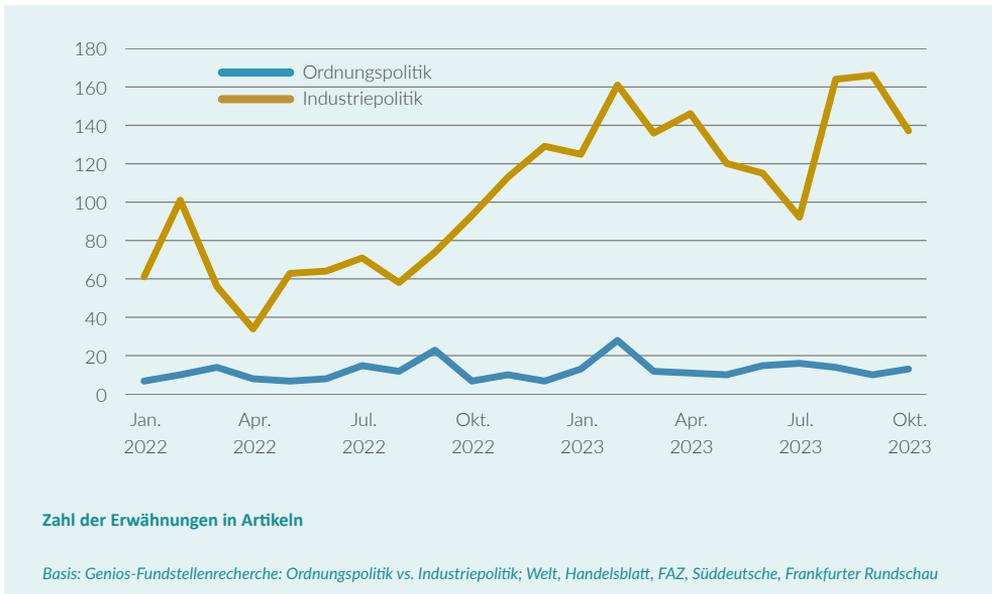
Roland Schatz

ZWEI NULLEN SIND KEINE ACHT

Weil noch immer das Gros der Menschen in Deutschland unverändert für seinen Lebensunterhalt selber aufkommen muss, wurden für den diesjährigen Freiheitsindex auch die Fragen nach der Zufriedenheit mit dem Deutschland prägenden Wirtschaftssystem gestellt. In welcher der drei Optionen Marktwirtschaft – Soziale Marktwirtschaft – Sozialismus/Kommunismus haben die Deutschen den Eindruck, dass nicht nur ihre Freiheitsgrade am besten bedient werden, sondern auch alle anderen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Während Thomas Petersen in seinem Kapitel die Resultate der Umfragen darlegt, geht es hier um die Fragestellung: Welche Wirtschaft, welches Verständnis von Wirtschaft wird den Deutschen in ihren Leitmedien vermittelt?

Einer der Gründe, warum insbesondere die Grünen sich aktuell in der Situation des Witzes über Geisterfahrer befinden («Wieso warnt der Verkehrsfunk vor EINEM Geisterfahrer auf meiner Autobahn, ich sehe doch TAUSENDE») könnte an dem Eindruck liegen, der beim Konsum der Leitmedien entsteht: Dort wird seit Jahren Wirtschaftspolitik bevorzugt aus Sicht der Industriepolitik vermittelt, während die Anhänger der Ordnungspolitik Mühe haben, ihre Positionen überhaupt vertreten zu sehen – wie diese Langzeit-Analyse seit Start der Ampel-Koalition deutlich macht:

Grafik 1: Konzepte der Wirtschaftspolitik (Genios-Datenbank-Recherche)



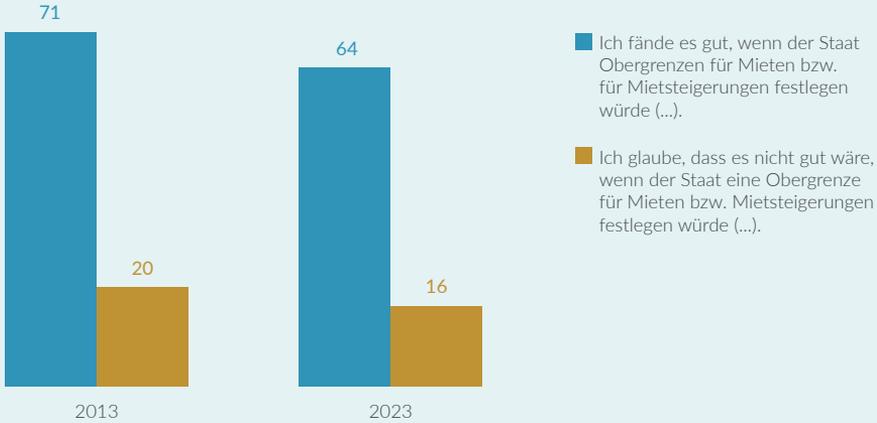
Die Position, dass mit ausreichend Steuergeldern Arbeitsplätze geschaffen werden können, Menschen aus Armut finden und selbst der Haushalt der Bundesregierung sich nicht mehr an die Verfassung zu halten hat, war die dominierende Sichtweise, die den Deutschen in ihren Wohnzimmern durch ihre Leitmedien immer eindringlicher vermittelt wurden. Die andere Position: Für Arbeitsplätze sind zunächst und nahezu ausschließlich Unternehmen verantwortlich, deren Ursprung Menschen auszeichnen, die ihr eigenes Geld riskieren, damit aus einer Idee vielleicht eine Firma mit Mitarbeitern werden kann, über dieses Konzept wurde nur unterhalb der Wahrnehmungsschwelle von den gleichen Medien berichtet. Die Wahrnehmungsschwelle definiert die kritische Masse an Beiträgen, die angesichts einer Gesamtmenge von Informations-Einheiten notwendig ist, damit die Menschen sie beim Lesen der Zeitungen/Zeitschriften bzw. dem Verfolgen von Nachrichten im Radio oder TV überhaupt zur Kenntnis nehmen können. Grob gesprochen basiert dieser Forschungsansatz auf der Lebens-Regel: Einmal ist kein Mal, sprich: gelegentliche Artikel in wichtigen Medien führen nicht dazu, dass ein Buch, eine Aktie, der Urlaub in einer bestimmten Feriendestination gekauft werden – erst wenn die Mindest-Menge von ca. 1,5 Prozent aller Beiträge erreicht ist, kann mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden. Die Prognose Qualität zum Beispiel des monatlich erfassten Ifo Barometers liegt seit fast 30 Jahren bei 0,92 Prozent.

Mit Blick auf Grafik 1 zur bevorzugten Sichtweise der Industriepolitik vs. Ordnungspolitik konnte der Eindruck entstehen, dass zumindest wirtschaftspolitisch nahezu alles möglich ist: auch das Verheiraten von Sozialer Marktwirtschaft mit dem Sozialismus. Anders ist nicht zu erklären, warum eine Mehrheit der Deutschen sich nicht nur für die Mietpreisbindung einsetzt (Grafik 2) oder dem Markt nicht vertrauen, wenn es um ihre Lebensmittel geht (Grafik 3).

Welches Vertrauen haben die Deutschen tatsächlich in die der Verfassung zugrunde liegende Soziale Marktwirtschaft, wenn sie das dem Gravitationsgesetz gleichkommenden Prinzip (der Staat mischt sich nicht in die Bereiche des Marktes ein) bei der erstbesten Gelegenheit in Frage stellen? Von der Tendenz ist zu beobachten, dass seit Ludwig Erhard eine gewisse Lernkurve zu erkennen ist, aber nach echten Überzeugungen pro Soziale Marktschaft sehen diese Daten der Langfrist-Analyse nicht aus (Grafik 4).

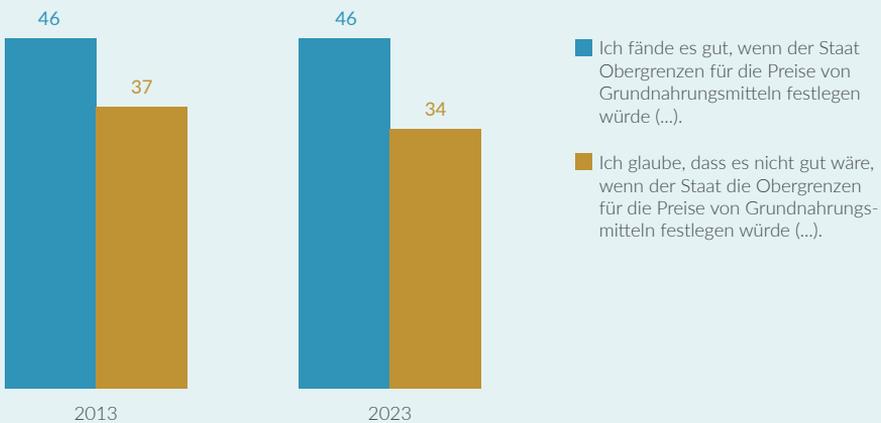
Grafik 2: Sollte der Staat die Mietpreise regeln?

Frage: „Hier unterhalten sich zwei über Mietpreise. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“ (Vorlage eines Dialogbildblatts)

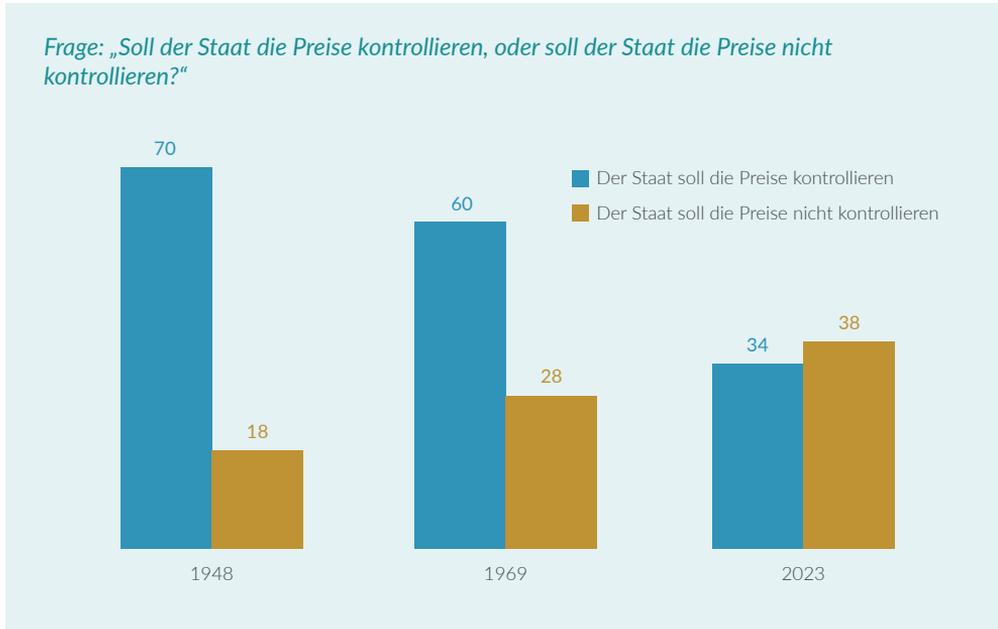


Grafik 3: Sollte der Staat die Preise für Grundnahrungsmittel regeln?

Frage: „Hier unterhalten sich zwei über Mietpreise. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“ (Vorlage eines Dialogbildblatts)



Grafik 4: Soll der Staat die Preise kontrollieren?

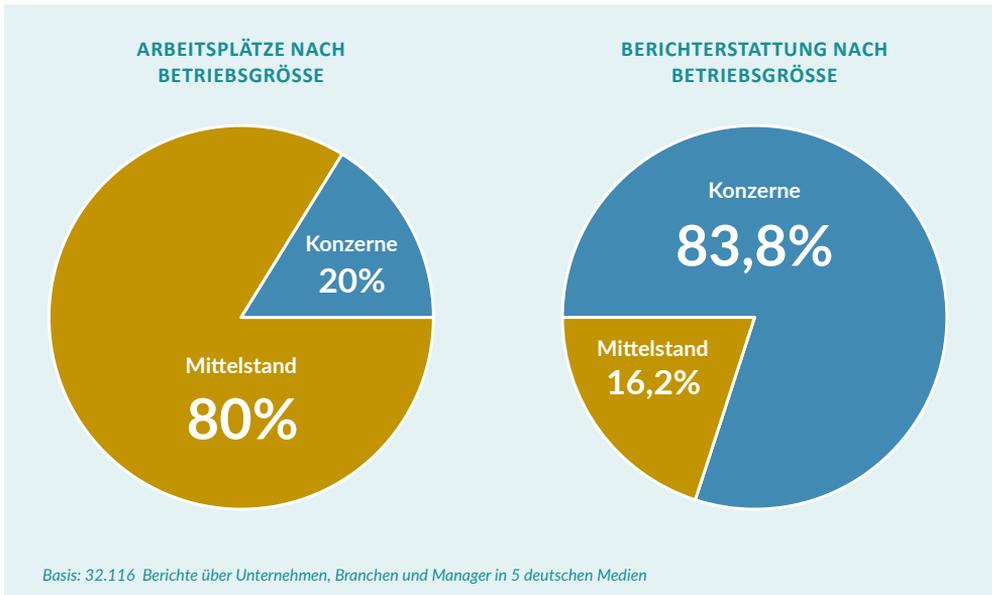


Im vorigen Kapitel «Alle, nicht jeder» wurden schon erste Erklärungsansätze anhand des Informations-Angebotes zur Berichterstattung bei ARD, DLF und ZDF mit Blick auf die Darstellung des Arbeitsmarktes und der zuständigen Player Gewerkschaften/Arbeitgeber geboten: Wer zur Fragen der Arbeitsplatzsicherheit im Verhältnis 5:1 die Positionen einer Seite vermittelt bekommt, wird im Zweifel nicht noch einmal bei der nahezu unsichtbaren Interessenvertretung nachfragen.

Seit 30 Jahren gibt es insbesondere bei ARD, DLF und ZDF Wirtschaft bevorzugt aus der Perspektive börsennotierter Unternehmen: Der Ursprung für diese Verzerrung lag im Bestreben von Ron Sommer, für die Telekom-Aktien möglichst viele Käufer zu finden. Dies glaubte er dadurch zu erreichen, in dem er mit einem bis dahin selten gesehenen Werbeetat u.a. Sendezeit in den TV-Anstalten kaufte. Der Etat umfasste nicht allein die klassische Werbung: jeder erinnert sich noch an die Erfolge des Telekom-Teams bei der Tour de France. Dies hatte nicht nur Einfluss auf die Sportarten, die in den Sport-Sendungen der TV-Anstalten gezeigt wurden. Dies führte vor allem dazu, dass sowohl bei der ARD als auch beim ZDF in den Tagesthemen bzw. im Heute-Journal Wirtschaft «aus der Börse»

vermittelt wurde. Und das bei einem Volk, von dem sich vor Einführung der T-Aktie nur acht Prozent für Wertpapiere als Teil des Vermögensmanagements entschieden hatten – und bei dieser Einschätzung auch 30 Jahre danach geblieben sind. Dies entspricht auch ungefähr der Lebenswirklichkeit in Deutschland hinsichtlich der Beschäftigungsverhältnisse: 80 Prozent verdienen ihren Lebensunterhalt im Mittelstand oder in Kleinbetrieben, 20 Prozent sind bei börsennotierten Firmen in Lohn und Brot. Doch die Grafik zeigt, dass die deutschen Leitmedien den Bürgern eine andere Sicht auf das Wirtschaftsleben vermitteln: Das Gros der Berichte kreist um die Börse – eher selten wird der deutsche Mittelstand und seine erfolgreichen «Hidden Champions» – von den 3.300 Weltmarktführern einzelner Branchen haben 1.700 ihren Ursprung und Stammsitz (noch) in Deutschland – sichtbar.

Grafik 5: 80 Prozent der Arbeitsbevölkerung bleiben im Dunkeln

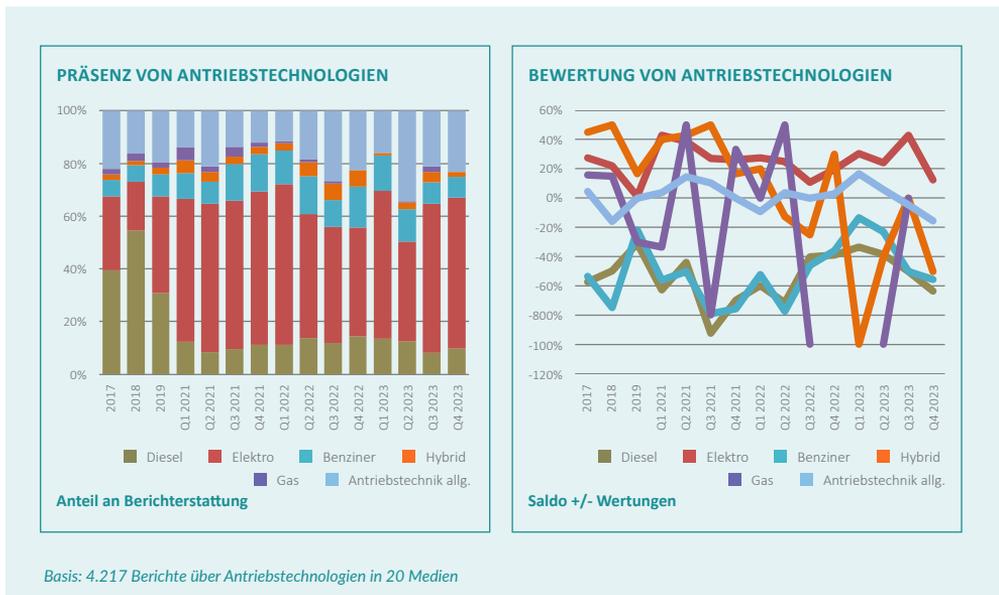


Jeder Journalist wie auch jedes Medium ist in einem frei verfassten Staat frei in seiner Nachrichten-Auswahl. Aber könnte es sein, dass der Schwund unter den Konsumenten auch damit begründet werden kann, dass die Konsumenten ihre Lebenswirklichkeit zumindest in den Wirtschaftsressorts der deutschen Leitmedien zu selten wieder finden, sich also auch hier immer weniger «repräsentiert» fühlen?

Dieses Kapitel trägt nicht umsonst den Titel: Zwei Nullen sind keine Acht. Unter diesem Titel hatte Guardian Ketteler schon in den 70er Jahren ein Buch mit erstaunlichen «Enten» publiziert. Berichte (vor allem in Wirtschaftsressorts) mit grotesken Fehlern, weil das Lesen von Bilanzen offensichtlich manche Redaktionen vor schier unüberwindbare Schwierigkeiten stellte, weil zu wenige, die über die Wirtschaft, Wirtschaftspolitik und das Unternehmensleben berichten, sich dort auskannten.

Das nachfolgende Beispiel über die Berichterstattung zu Antriebsformen macht das Dilemma deutlich: Seit Jahren verstoßen die deutschen Leitmedien bei der Fragen Benzin, Diesel oder Elektro-Motoren gegen Rudolf Augsteins Leitmotiv: «Berichten, was ist». Die Deutschen bekommen zu diesem Thema ein Bild vermittelt, als hätte die breite Mehrheit der Autofahrer daheim ihren Tesla stehen:

Grafik 6: Präsenz und Bewertung von Antriebstechnologien, 2017–2023



Auch nach Jahren dieser einseitigen, dem Marktverhalten der Deutschen nicht entsprechenden pro-elektro Motor getriebenen Berichterstattung – die im übrigen einher ging mit einer schier religiösen Darstellung all dessen, was Elon Musk betraf – muss festgehalten werden: Immer da, wo der Mensch die Chance besitzt, das ihm über Medien vermittelte Thema anhand seiner eigenen Alltagserfahrung den Realitäts-Check selber durch-

zuföhren, bekommt er den Eindruck, dass ihm insbesondere die Leitmedi-
en ein X für ein U vormachen. Oder zwei Nullen als Acht verkaufen wollen.

Das geht auf Dauer nicht nur an das Grundvertrauen gegenüber der
Menschen gegenüber denen, die für sie «Augen und Ohren» zur Welt,
gegenüber «den Mächtigen» sein sollen. Das führt in der aktuellen Dis-
kussion zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über den Haushalt der
Bundesregierung zu folgenden Überlegungen:

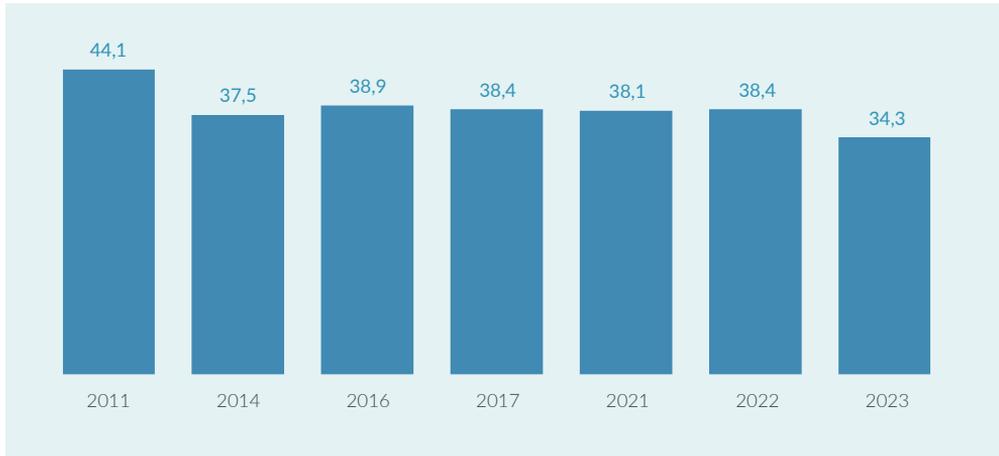
Welche Familie, die beim großen Weihnachtseinkauf an der Kasse er-
staunt feststellt, dass für die im Gesamtwert von 450 Euro im Warenkorb
liegenden gewünschten Produkte im Portemonnaie knapp 4 Prozent feh-
len, würde alles stehen und liegen lassen und bis nach Silvester warten,
um eine Lösung für die fehlenden 17 Euro zu finden? Keine. Die Kinder
würden still und heimlich zwei Schokoriegel zurücklegen, der Vater auf
ein Pils verzichten und die Mutter auf die kleine Aufmerksamkeit für die
Nachbarskinder. Dies wäre – sicherlich mit rotem Kopf – im übrigen stante
pede innert fünf Minuten gelöst worden. Allein vor dem Hintergrund, dass
die Schlange an der Kasse angesichts des peinlichen Rechenfehlers nicht
kleiner wurde.

Welcher Mittelständler würde seine geplanten Investitionen über 450
Mio für das kommende Jahr nur deshalb herauszögern, weil der Finanz-
vorstand mit der Information in die Vorstandssitzung kommt, dass vier
Prozent der Summe aufgrund schlechterer Verkaufserfolge nun doch feh-
len? Auch hier würde in 99 von 100 Firmen die Entscheidung spätestens
innerhalb der nächsten Sitzung gefällt.

Zwei vollkommen aus der Luft gegriffene Beispiele. Aber sind sie des-
halb komplett fern der Lebenswirklichkeit derer, die sich 2023 am Frei-
heitsindex beteiligt haben? Wohl kaum. Aber die seit Wochen andauernde
Berichterstattung zur Haushaltslücke im speziellen und zu den Manage-
ment-Qualitäten der Bundesregierung im allgemeinen dürfte der einer der
zentralen Gründe dafür sein, dass insgesamt die Menschen zwei Dinge
wünschen: weniger Vorschriften und ein deutlich klareres Aussprechen
von Realitäten:

Grafik 7: Der Ruf nach Verboten

Durchschnittlicher Anteil derjenigen, die bei 16 Listenpunkten ein Verbot fordern (in Prozent)



Grafik 8: Aussagen über das Meinungsklima

Frage: „Hier auf der Liste stehen einige Aussagen. Was davon würden Sie auch sagen?“



Thomas Petersen

DER FREIHEITSINDEX DEUTSCHLAND 2023

„Der Freiheitsindex Deutschland“, der seit dem Jahr 2011 ermittelt wird, setzt sich aus zwei Komponenten zusammen: Einer Inhaltsanalyse der führenden Massenmedien, durchgeführt von Media Tenor International, und einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, durchgeführt vom Institut für Demoskopie Allensbach. Für die Umfrage wurden im November 2023 insgesamt 1047 Personen mündlich-persönlich („face-to-face“) befragt. Die Auswahl der Befragten erfolgte nach dem Quotenverfahren, die Umfrage ist für die Bevölkerung ab 16 Jahren repräsentativ, ihre Ergebnisse können also – abgesehen von einer unvermeidlichen statistischen Unschärfe von etwa drei Prozentpunkten – auf die Gesamtbevölkerung verallgemeinert werden. Aus beiden Komponenten wird der Index berechnet, der wiederum aus drei Teilindices besteht. Dabei wird wie folgt vorgegangen:

In den ersten Teilindex gehen drei Fragen aus der Umfrage ein. Die erste lautet: „Zwei Männer unterhalten sich über das Leben. Der eine sagt: ‚Jeder ist seines Glückes Schmied. Wer sich heute wirklich anstrengt, der kann es auch zu etwas bringen.‘ Der andere sagt: ‚Tatsächlich ist es so, dass die einen oben sind, und die anderen sind unten und kommen bei den heutigen Verhältnissen auch nicht hoch, so sehr sie sich auch anstrengen.‘ Was würden Sie persönlich sagen, wer von beiden hat eher Recht, der erste oder der zweite?“ Diese Frage ist für die Untersuchung des Stellenwerts der Freiheit in einer Gesellschaft von besonderer Bedeutung, weil sie eine grundsätzliche Lebenseinstellung erfasst, die die Voraussetzung für eine hohe Wertschätzung der individuellen Freiheit ist: Nur wer der Ansicht ist, dass die meisten Menschen in der Lage sind, ihr Leben erfolgreich selbst in die Hand zu nehmen, wird sich auch für eine größtmögliche Handlungs- und Entscheidungsfreiheit des Einzelnen einschließlich der damit verbundenen Risiken einsetzen.

In den vergangenen Jahren hat es bei den Antworten auf diese Frage nur wenige Schwankungen gegeben. Im Jahr 2023 lag der Anteil derjenigen, die sagten, jeder sei seines Glückes Schmied, bei 47 Prozent der Bevölkerung und damit etwa auf dem gleichen Niveau wie in den Vorjahren (Grafik 1).

Stärkere Schwankungen zeigen sich dagegen bei der zweiten Frage für den ersten Teilindex, mit der der Stellenwert der Freiheit im Wettbewerb mit dem gesellschaftlichen Ziel der sozialen Gleichheit ermittelt wird. Bei dieser Frage überreichen die Interviewer ein Dialogbildblatt, das zwei Personen im Schattenriss zeigt. Beiden Figuren ist, wie in einem Comic, eine Sprechblase zugeordnet. Die erste Person sagt: „Ich finde Freiheit und möglichst große Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, eigentlich beide wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, wäre mir die

Grafik 1: „Jeder ist seines Glückes Schmied“

(Zustimmung in Prozent)

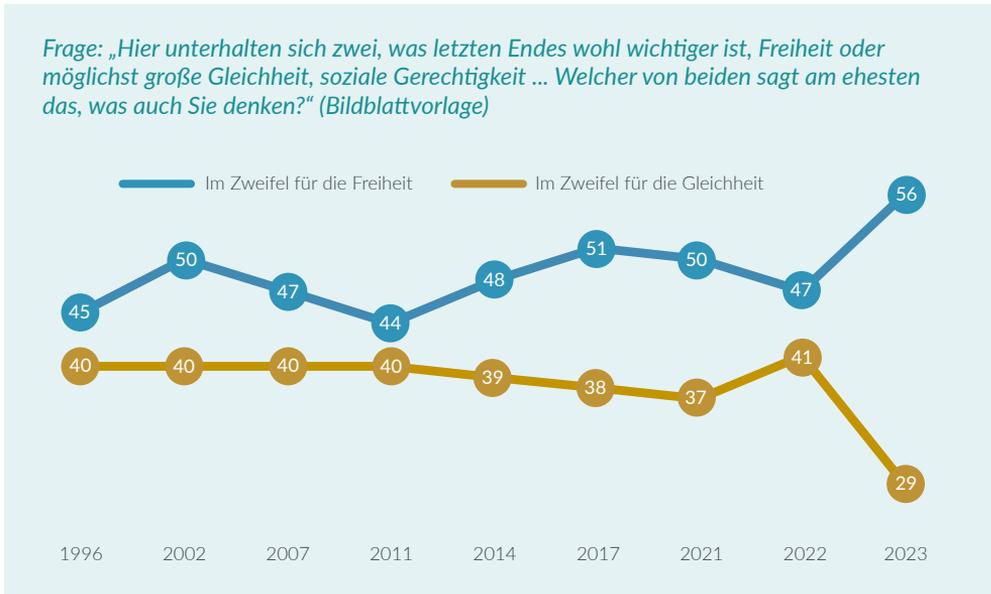


persönliche Freiheit am liebsten, dass also jeder in Freiheit leben und sich ungehindert entfalten kann.“ Die Gegenposition lautet: „Sicher sind Freiheit und Gleichheit, soziale Gerechtigkeit wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, fände ich eine möglichst große Gleichheit am wichtigsten, dass also niemand benachteiligt ist und die sozialen Unterschiede nicht so groß sind.“ Die Frage zu diesem Dialogblatt lautet: „Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“

Bei dieser Frage schwankten die Anteile derjenigen, die antworten, für sie sei im Zweifel die Freiheit wichtiger als die Gleichheit, in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten zwischen etwas mehr als 40 und rund 50 Prozent. In der aktuellen Umfrage ist er nun auf 56 Prozent und damit auf den höchsten Wert seit dem Jahr 1998 gestiegen. Nur noch 29 Prozent sagten im November 2023 umgekehrt, für sie sei die Gleichheit, soziale Gerechtigkeit wichtiger. Im Dezember 2022 hatten noch 41 Prozent diese Antwort gegeben (Grafik 2). Ein solcher Sprung in den Ergebnissen in so kurzer Zeit ist in der Umfrageforschung ungewöhnlich. Es liegt nahe, anzunehmen, dass dieses Ergebnis eine Reaktion auf die Tatsache ist, dass die führenden Massenmedien im Vorjahr – vermutlich unter dem Eindruck

Grafik 2: Freiheit oder Gleichheit

(Zustimmung in Prozent)



des russischen Überfalls auf die Ukraine – dem Thema Freiheit viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt hatten als in den Jahren zuvor.

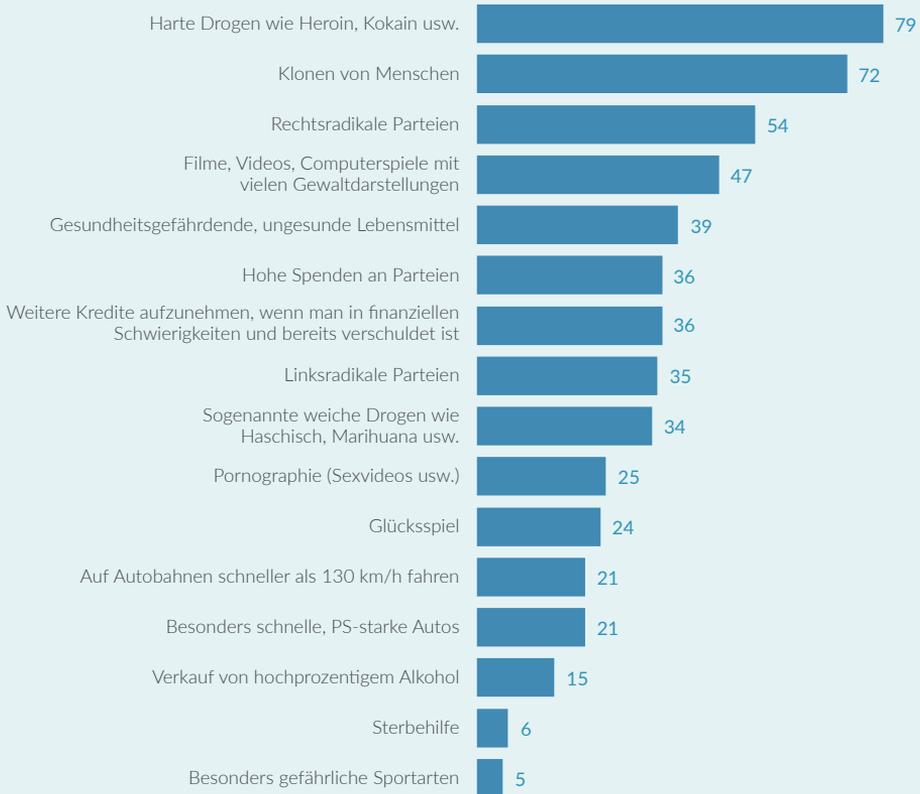
Mit der dritten Frage, die in den ersten Teilindex eingeht, wird das Ausmaß ermittelt, in dem die Bevölkerung staatliche Verbote in verschiedenen Lebensbereichen fordert. Bei dieser Frage wird eine Liste mit 16 Punkten zur Auswahl vorgelegt, die seit der ersten Erhebungswelle des „Freiheitsindex Deutschland“ unverändert sind, darunter „Harte Drogen wie Heroin, Kokain usw.“, „Gesundheitsgefährdende, ungesunde Lebensmittel“, „Rechtsradikale Parteien“ oder „Hohe Spenden an Parteien.“ 79 Prozent der Befragten antworteten im November 2023, ihrer Ansicht nach sollten harte Drogen wie Heroin oder Kokain verboten sein. An zweiter Stelle in der Rangliste steht, genannt von 72 Prozent, das Klonen von Menschen. 54 Prozent forderten ein Verbot von rechtsradikalen Parteien. Dagegen sprachen sich nur kleine Minderheiten für ein Verbot des Verkaufs von hochprozentigem Alkohol, der Sterbehilfe und besonders gefährlicher Sportarten aus. Grafik 3 zeigt das Ergebnis der Frage im Überblick.

Für die Berechnung des Freiheitsindex ist nicht entscheidend, bei welchen einzelnen Punkten die Befragten ein Verbot forderten, sondern das Gesamtniveau der Antworten steht im Mittelpunkt der Betrachtung:

Grafik 3: Der Ruf nach Verboten I

(Zustimmung in Prozent)

Frage: „Einmal unabhängig davon, ob das tatsächlich verboten ist oder nicht: Was meinen Sie, was sollte der Staat in jedem Fall verbieten, wo muss der Staat die Menschen vor sich selber schützen? Was von dieser Liste würden Sie nennen?“ (Listenvorlage)

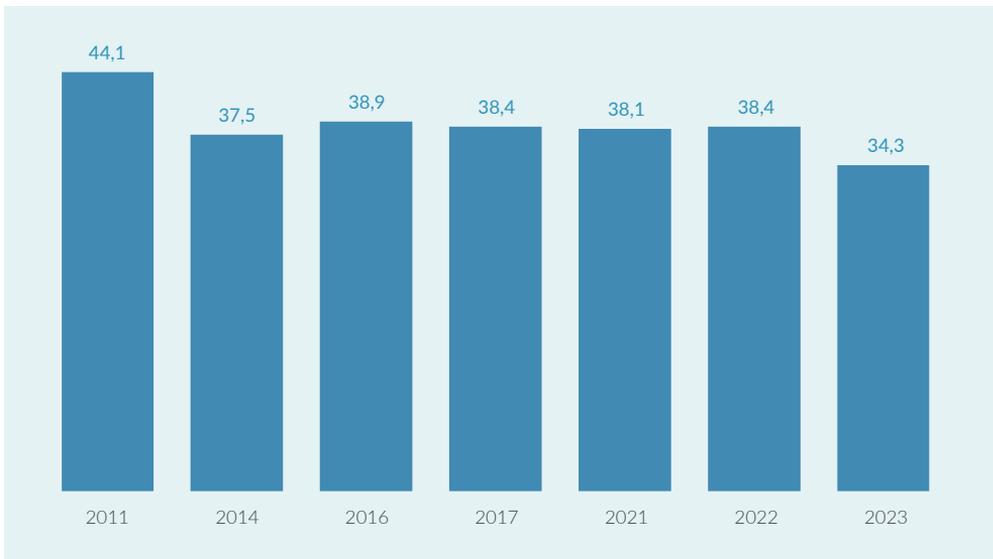


In welchem Maße ruft die Bevölkerung überhaupt nach Verboten? Bei der zweiten Ermittlung des Freiheitsindex 2012 hatte sich gezeigt, dass der durchschnittliche Anteil derjenigen, die bei den 16 identischen zur Auswahl gelegten Punkten ein Verbot forderten, deutlich gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen war, in dem allerdings auch eine bemerkenswert hohe Akzeptanz von Verboten festgestellt worden war. Danach waren über ein Jahrzehnt hinweg keine großen Änderungen mehr zu verzeich-

nen. In der jüngsten Umfrage vom November 2023 zeigt sich nun aber ein erneuter Rückgang gegenüber den Vorjahren: Der Durchschnittswert liegt aktuell bei 34,4 Prozent, 4,1 Prozentpunkte unter dem Wert vom Vorjahr und fast zehn Prozentpunkte unter dem Ausgangswert aus dem Jahr 2011. Der Wunsch, viele Dinge verbieten zu lassen, ist heute also deutlich weniger weit verbreitet als vor zwölf Jahren (Grafik 4).

Grafik 4: Der Ruf nach Verboten II

Durchschnittlicher Anteil derjenigen, die bei 16 Listenpunkten ein Verbot fordern (in Prozent)

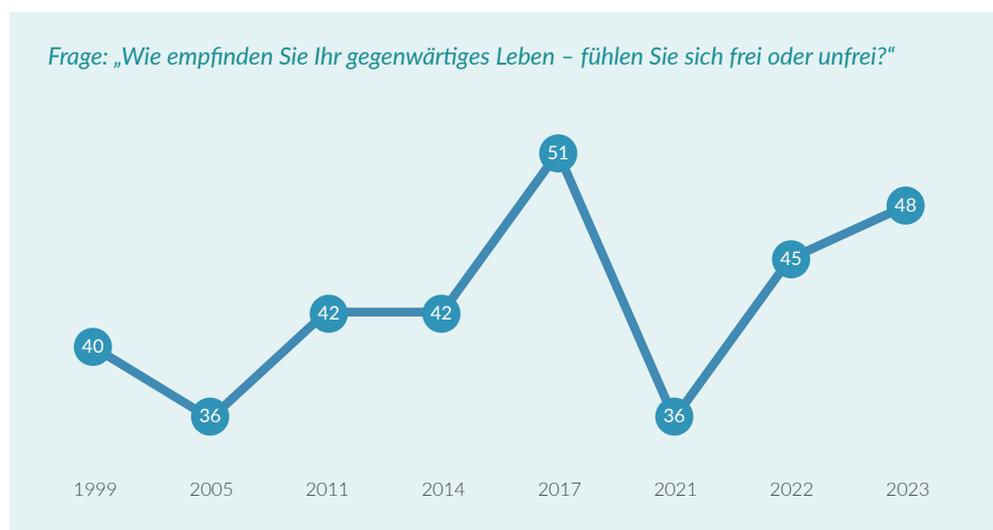


Die drei Fragen, ob jeder „seines Glückes Schmied“ sei, ob der Freiheit oder der Gleichheit der Vorrang einzuräumen sei und welche Dinge und Verhaltensweisen verboten werden sollten, erfassen verschiedene Aspekte der gesellschaftlichen Wertschätzung der Freiheit. Darüber hinaus enthält der Fragebogen zum „Freiheitsindex Deutschland“ auch zwei Fragen, mit denen das subjektive Freiheitsgefühl der Bevölkerung ermittelt wird. Sie bilden den zweiten Teilindex. Bei beiden Fragen hatten sich in den vergangenen Jahren bemerkenswerte Entwicklungen gezeigt. In der einen Frage wird den Befragten eine Skala von 0 bis 10 vorgelegt, mit der Bitte, anhand dieser Skala anzugeben, wie frei sie sich in ihrem Leben fühlen. Die Frageformulierung ist ganz allgemein gehalten, es werden keine Hinweise auf politische oder gesellschaftliche Aspekte gegeben, die die Antworten der Befragten lenken könnten.

Grafik 5 zeigt den Anteil derjenigen, die bei dieser Frage die Skalenstufen 8 bis 10 auswählten und damit zu Protokoll gaben, dass sie sich in ihrem Leben sehr frei fühlen. Dieser Anteil war von 2017 bis 2021 vom bisherigen Höchstwert von 51 Prozent auf 36 Prozent, dem tiefsten Wert seit dem Jahr 2005 zurückgefallen. Es lag nahe, diese Entwicklung auf die Belastungen der Bürger in der Corona-Krise zurückzuführen. Diese Vermutung bestätigte sich im folgenden Jahr, als sich der Wert wieder auf 45 Prozent und damit ungefähr auf das Niveau der Jahre vor der Corona-Pandemie erholte. In der aktuellen Umfrage hat sich die Tendenz fortgesetzt, wenn auch langsamer: Im November 2023 wählten 48 Prozent der Befragten einen Skalenpunkt zwischen 8 und 10.

Grafik 5: Subjektives Freiheitsempfinden

(Anteil derjenigen, die auf einer Skala von 0–10 die Punkte 8 bis 10 wählen, in Prozent)



Die zweite Frage zum subjektiven Freiheitsempfinden lautet: „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Haltung frei sagen kann, oder ist es besser vorsichtig zu sein?“ Diese Frage erbrachte im Jahr 2021 das bisher spektakulärste Ergebnis im Rahmen der Ermittlungen zum Freiheitsindex. Über Jahrzehnte hinweg hatten große Mehrheiten in der Bevölkerung – rund zwei Drittel bis drei Viertel – die Meinung vertreten, man könne in Deutschland seine politische Meinung frei äußern. 2021 fiel Anteil derjenigen, die diese Meinung vertraten, dagegen auf 45 Prozent zurück. Dies war ein deutlicher Hinweis auf ein zu-

nehmend gespanntes Klima in der öffentlichen Diskussion, das sich bereits in den Jahren zuvor angekündigt hatte. Schon in der Umfrage zum „Freiheitsindex Deutschland 2011“ hatte sich gezeigt, dass es gesellschaftspolitische Themen gab, bei denen erhebliche Teile der Bevölkerung den Eindruck hatten, dass man zu ihnen nicht offen seine Meinung sagen könne, wenn man sich nicht „den Mund verbrennen“ wolle. Das war besonders bei den Themen Einwanderung und Islam der Fall. Anscheinend hatte sich nun, zehn Jahre später, das Unbehagen vieler Bürger am Tonfall der öffentlichen Diskussion, die von vielen offensichtlich als intolerant empfunden wird, noch einmal deutlich verschärft.

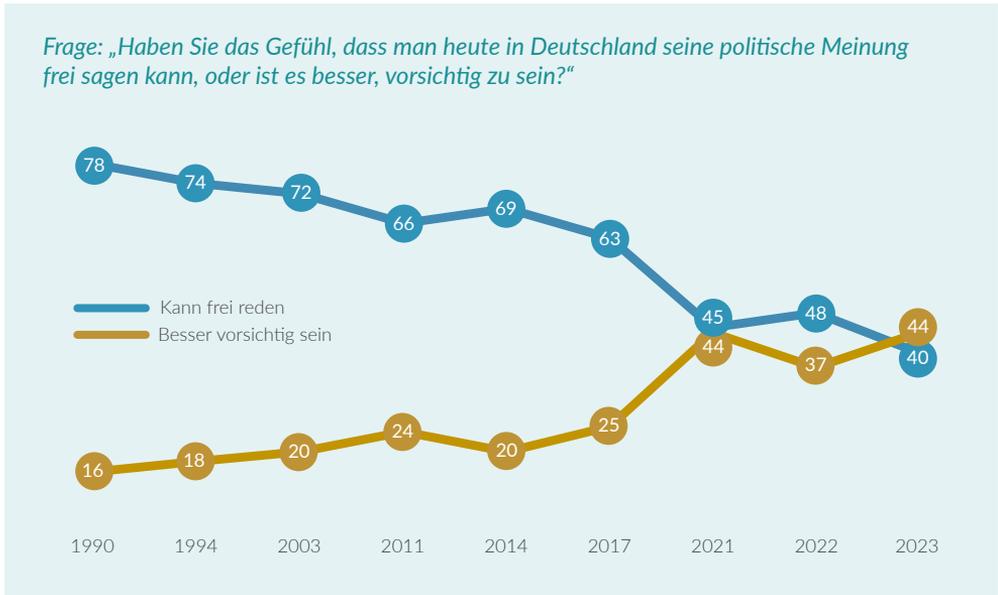
2022 war der Anteil derjenigen, die sagten, man könne seine politische Meinung frei äußern, gegenüber dem Vorjahr wieder leicht auf 48 Prozent gestiegen, doch auch dieser Wert lag noch weit unter dem Niveau der Antworten aus den vergangenen Jahrzehnten. 2023 ist nun die Zahl derer, die diese Antwort geben, auf ein neues Rekordtief von 40 Prozent gesunken. Zum ersten Mal überwiegt, wenn auch knapp, mit 44 Prozent der Anteil derjenigen, die sagen, man müsse bei seinen politischen Meinungsäußerungen vorsichtig sein. Damit ist nun endgültig deutlich geworden, dass das überraschende Ergebnis aus dem Jahr 2021 nicht, wie bei der oben beschriebenen Frage nach dem persönlichen Freiheitsgefühl, allein eine Folge der Sondersituation während der Corona-Pandemie war, wenn es auch durch diese mit ausgelöst worden sein kann, sondern Ausdruck eines grundsätzlichen Wandels im öffentlichen Klima. Es ist offensichtlich, dass der Tonfall der öffentlichen Diskussion gegenüber früheren Jahrzehnten zumindest auf bestimmten Themenfeldern schärfer, intoleranter geworden ist (Grafik 6).

Für den Freiheitsindex Deutschland werden nun die Ergebnisse der genannten Trendfragen und ausgewählte Resultate der Medieninhaltsanalyse des Instituts Media Tenor International zusammengeführt. Das bedeutet, die Ergebnisse werden rechnerisch zusammengefügt und aus ihnen eine einzige Kennzahl ermittelt, die auf einen Blick Auskunft über den Stellenwert der Freiheit in der deutschen Gesellschaft geben soll.

Die Auswahl der Fragen und die Methode, mit der ihre Ergebnisse zusammengerechnet werden, ist letztlich Ermessenssache. Umso wichtiger ist es, dass die Zusammensetzung des Indexes transparent gemacht wird und für Außenstehende nachvollziehbar bleibt. Ein guter Index ist robust, das heißt, dass der Austausch einer einzelnen Frage oder einer einzelnen Kategorie den Gesamtwert nur wenig und damit die Kernaussage des Indexes nicht verändern würde.

Grafik 6: Freie Meinungsäußerung

(Zustimmung in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „Mit Einschränkungen“ oder „Unentschieden“)



Festgelegt werden muss außerdem die Bandbreite, innerhalb welcher der Indexwert schwanken kann. Der Freiheitsindex kann zwischen -50 und +50 schwanken, wobei ein Wert über Null ein Übergewicht der Freiheit im Vergleich zu konkurrierenden Werten und gesellschaftlichen Zielen symbolisiert, ein Wert unter Null steht für eine vergleichsweise schwächere Position des Werts der Freiheit. Auf diese Weise ermöglicht es der Freiheitsindex, auf den ersten Blick zu erkennen, ob die Freiheit gesellschaftlich unter Druck steht oder umgekehrt dominiert.

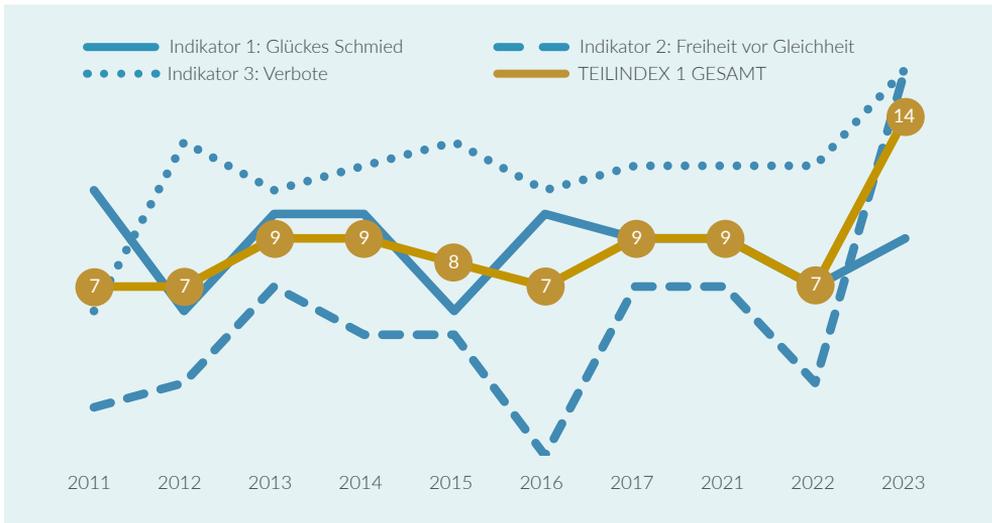
Der „Freiheitsindex Deutschland“ wird konkret wie folgt berechnet: Der erste Teilindex repräsentiert, wie beschrieben, die gesellschaftliche Wertschätzung der Freiheit. Hierfür werden die drei für diesen Aspekt relevanten Umfrageergebnisse herangezogen. Das erste ist der Anteil derjenigen, die die Meinung vertreten, jeder sei „seines Glückes Schmied.“ Dieser Anteil liegt bei 47 Prozent, während 33 Prozent die Gegenposition „Die einen sind oben, die anderen unten“ vertreten. 20 Prozent äußern sich unentschieden. Für den Index werden nun die 20 Prozent Unentschiedenen aus dem Ergebnis herausgerechnet, so dass allein der Konflikt zwischen den beiden gegensätzlichen Positionen übrigbleibt: 59 Prozent derer, die eine

eindeutige Meinung äußern, sagen, jeder sei seines Glückes Schmied, 41 Prozent sagen „Die einen sind oben, die anderen unten.“

Gäbe es ein Gleichgewicht zwischen den beiden gegensätzlichen Meinungen, müsste der Anteil derjenigen, die sagen, jeder sei seines Glückes Schmied, bei 50 Prozent liegen. Deswegen wird dieser Wert als Nullpunkt, als Bezugspunkt definiert. Das tatsächliche Ergebnis von 59 Prozent liegt neun Prozentpunkte darüber. Darum geht diese Frage mit dem Wert von +9 in den Teilindex ein.

Analog hierzu wird auch bei der Frage vorgegangen, ob im Konfliktfall die Freiheit oder die Gleichheit wichtiger sei (Ergebnis +16). Das dritte Element des ersten Teilindex bildet die Frage, in welchen Lebensbereichen Verbote eingeführt werden sollten. Hier wird der durchschnittliche Anteil derjenigen, die bei 16 zur Auswahl gestellten Bereichen kein Verbot fordern, mit dem Basiswert von 50 in Bezug gesetzt, was zu einem Teilwert von ebenfalls +16 führt. Aus diesen drei Teilwerten wird nun der Durchschnitt gebildet. Er liegt bei +14 und damit deutlich über dem Wert des Vorjahres, als er noch +7 betrug (Grafik 7).

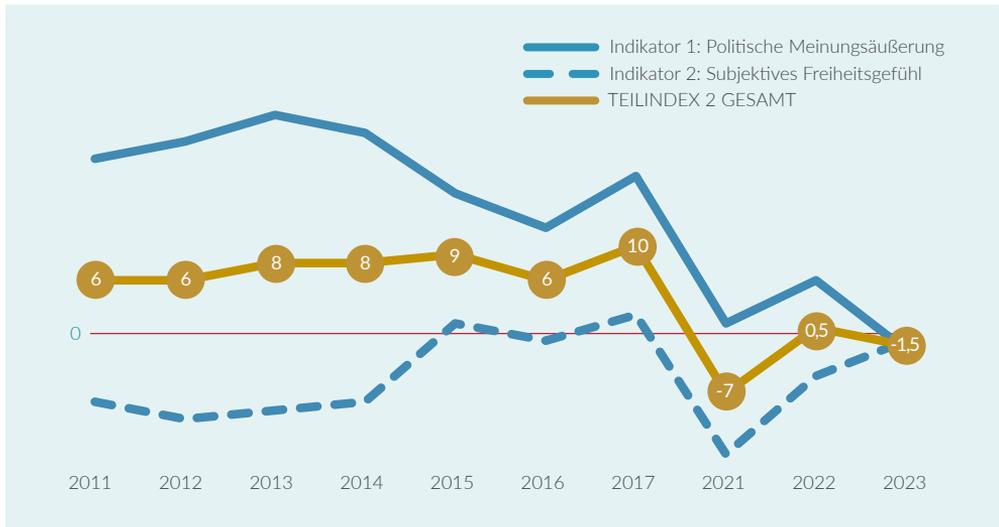
Grafik 7: TEILINDEX 1 – Gesellschaftlicher Stellenwert der Freiheit



Der zweite Teilindex umfasst die Umfrageergebnisse zur subjektiv empfundenen Freiheit. In ihn geht der Anteil derjenigen ein, die sagen, man könne seine politische Meinung in Deutschland frei äußern. Er lag bei 40 Prozent der Befragten insgesamt, 48 Prozent unter Ausschluss der Unent-

schiedenen. Gemessen am Basiswert 50 ergibt sich damit ein Teilindexwert von - 2. Außerdem geht in den Index der Anteil derer ein, die sich in ihrem persönlichen Leben sehr frei fühlen und dies dadurch dokumentieren, dass sie bei der entsprechenden Frage auf einer Skala von 0 bis 10 die Stufen 8, 9 oder 10 wählen. Dies trifft auf 48 Prozent der Deutschen zu, 49 Prozent unter Ausschluss der Unentschiedenen, was einem Wert von -1 entspricht. Der zweite Teilindex entspricht dem Durchschnitt aus den beiden Teilwerten, also - 1,5. Er liegt damit etwas niedriger als im Vorjahr. Insgesamt wurden in den letzten Jahren deutlich niedrigere Werte bei diesem Teilindex erreicht als in den Jahren 2011 bis 2017, was praktisch ausschließlich auf den erwähnten dramatischen Rückgang des Anteils derjenigen zurückzuführen ist, die sagen, man könne in Deutschland seine politische Meinung frei äußern (Grafik 8).

Grafik 8: TEILINDEX 2 – Subjektiv empfundene Freiheit

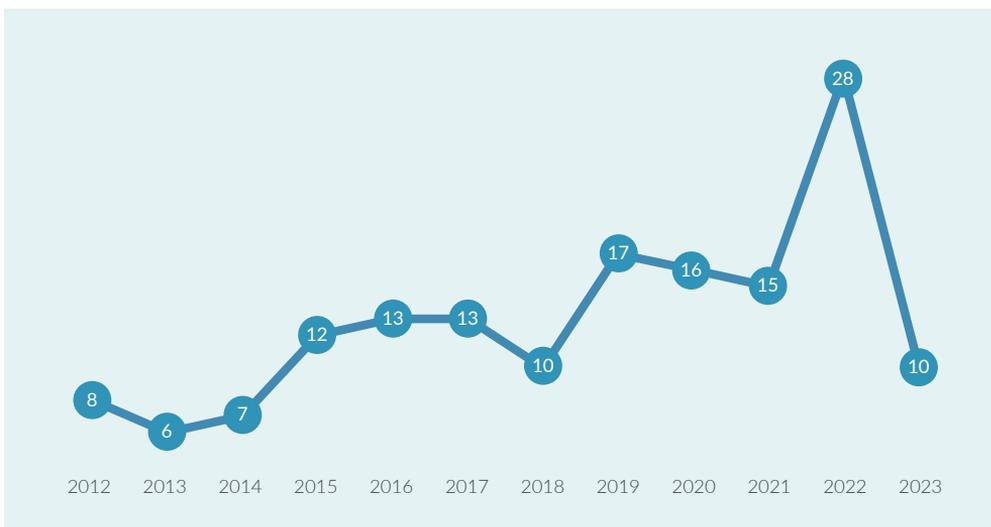


Der dritte Teilindex schließlich wird auf der Grundlage der Inhaltsanalyse errechnet. Er repräsentiert die Bedeutung der Freiheit in der Medienberichterstattung. Als Basis für die Berechnung wird der Anteil der Aussagen über Freiheit an allen Aussagen über Werte in der Berichterstattung der führenden Nachrichtenmedien verwendet. Er war in den Jahren 2012 bis 2021, von kurzfristigen leichten Schwankungen abgesehen, tendenziell leicht gestiegen, wenn auch auf einem niedrigen Niveau. 2022 sprang der Wert dann drastisch von 15 Prozent im Vorjahr auf 28 Prozent in die

Höhe. Man kann annehmen, dass der Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen hat, die ja in Deutschland zu intensiven öffentlichen Diskussionen darüber geführt hat, wie die Freiheit in Europa verteidigt werden kann. Nun wiederum, ein Jahr später, ist der Wert auf 10 Prozent und damit sogar noch unter das Niveau der Jahre 2019 und 2020 zurückgefallen (Grafik 9). Bei der intensiveren Beschäftigung der Massenmedien mit dem Thema Freiheit im Jahr 2022 handelte es sich offensichtlich nur um eine kurzfristige Reaktion auf die aktuelle geopolitische Lage. Eine über die Tagespolitik hinausgehende Tendenz, dem Wert der Freiheit, der ja immerhin der zentrale in einer Demokratie ist, mehr Aufmerksamkeit zu schenken als vor Beginn des Ukraine-Kriegs, ist nicht erkennbar.

GRAFIK 9: TEILINDEX 3 – Stellenwert der Freiheit in der Berichterstattung

(Anteil der Aussagen über Freiheit an allen Aussagen über Werte in Prozent)

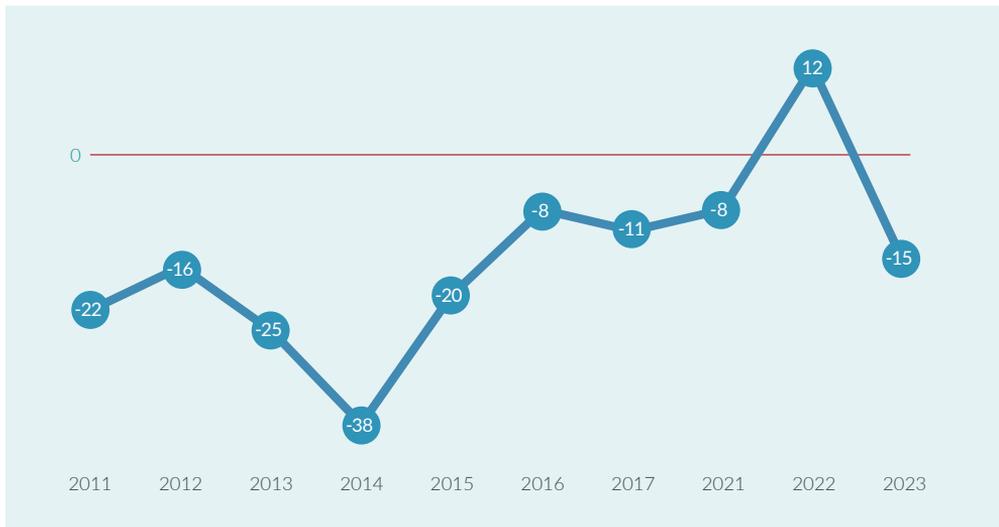


Dieses Ergebnis der Inhaltsanalyse geht nun in modifizierter Form als dritter Teilindex in den Freiheitsindex Deutschland ein. Der Grund für die Modifikation ist pragmatischer Natur: In den Jahren 2011 bis 2017 war der Freiheitsindex unter Zuhilfenahme anderer, mit anderen Methoden ermittelter, Inhaltsanalysen berechnet worden, als aktuell. Diese Inhaltsanalysen zeigten zwar die gleiche Trendentwicklung, wie sie auch an den Anteilen des Themas Freiheit an allen Aussagen über Werte zu erkennen ist, allerdings auf einem anderen Niveau und mit einer größeren Stärke der

Schwankungen. Um die aktuellen Werte mit denen aus den früheren Jahren vergleichbar zu machen, werden sie mithilfe eines einfachen Verrechnungsfaktors an die alte Trendlinie angepasst: Vom aktuellen Wert werden 20 Prozentpunkte abgezogen und das Ergebnis mit 1,5 multipliziert. Damit ergibt sich für das Jahr 2023 ein Ergebnis von -15 (Grafik 10).

GRAFIK 10: TEILINDEX 3 – Stellenwert der Freiheit in der Berichterstattung

(Anteil der Aussagen über Freiheit an allen Aussagen über Werte minus 20 mal 1,5)



Damit liegt der Wert des dritten Teilindex wieder, wie in den Jahren 2011 bis 2021, deutlich unter Null. Das Jahr 2022, in dem er zum ersten Mal mit +12 im positiven Bereich lag, erweist sich als Ausnahmefall. Das heißt, dass in der Medienberichterstattung dem Wert der Freiheit nach wie vor im Regelfall nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Im Zweifel wird eher gegen die Freiheit argumentiert als für sie. Die Ergebnisse der Bevölkerungsumfragen liegen dagegen, wie oben gezeigt, im positiven oder mindestens im neutralen Bereich. Das bedeutet, dass die Berichterstattung die Bürger tendenziell vom Wert der Freiheit wegzieht.

Erfahrungsgemäß hat eine Änderung im Tenor der Berichterstattung meist zur Folge, dass die Bevölkerung mit dem Abstand einiger Monate in die gleiche Richtung nachfolgt. Beim Freiheitsindex zeigte sich dies deutlich in den Teilindices 1 und 3: Dem drastischen Anstieg der Zahl der Berichte über das Thema Freiheit in den Medien im Jahr 2022 folgte 2023, wie oben beschrieben, ein auffallend deutlicher Anstieg der Zahl der Be-

fragten, die der Freiheit eine große Bedeutung zuschrieben. Der Rückgang des Umfangs der Berichterstattung über das Thema Freiheit auf das alte Niveau in diesem Jahr lässt erwarten, dass im kommenden Jahr auch die Zahl der Befragten, die die Freiheit der Gleichheit vorziehen, wieder sinken wird.

Der endgültige Freiheitsindex 2023 schließlich ist der Durchschnitt aus den drei Teilindices +14, -1,5 und -15. Er liegt damit bei -0,8. Dies ist ein im Trendvergleich mittlerer Wert, nachdem im vergangenen Jahr mit 6,5 der bisher mit Abstand höchste Wert gemessen worden war. Der Anstieg des Indexes im letzten Jahr war allein auf die Veränderung der Berichterstattung zurückzuführen, auch der aktuelle Rückgang auf ein mittleres Niveau hat seine Ursachen überwiegend darin, dass die Freiheit in den Medien 2023 wieder deutlich weniger thematisiert wurde als im Vorjahr. Hinzu kommt der beschriebene Rückgang im subjektiven Freiheitsempfinden. Diese beiden Tendenzen konnten durch den deutlichen Anstieg der Wertschätzung der Freiheit, der wahrscheinlich ein Echo auf die Medienberichterstattung im Jahr 2022 ist, nicht ausgeglichen werden.

Grafik 11: FREIHEITSINDEX DEUTSCHLAND 2011–2023



«Ein Mensch kann zwar für seine Person und auch alsdann nur auf einige Zeit in dem, was ihm zu wissen obliegt, die Aufklärung aufschieben; aber auf sie Verzicht zu tun, es sei für seine Person, mehr aber noch für die Nachkommenschaft, heißt die heiligen Rechte der Menschheit verletzen und mit Füßen treten. Was aber nicht einmal ein Volk über sich selbst beschließen darf, das darf noch weniger ein Monarch über das Volk beschließen; denn sein gesetzgebendes Ansehen beruht eben darauf, daß er den gesamten Volkswillen in dem seinigen vereinigt. Wenn er nur darauf sieht, daß alle wahre oder vermeinte Verbesserung mit der bürgerlichen Ordnung zusammenbestehe, so kann er seine Untertanen übrigens nur selbst machen lassen, was sie um ihres Seelenheils willen zu tun nötig finden; das geht ihn nichts an, wohl aber zu verhüten, daß nicht einer den andern gewalttätig hindere, an der Bestimmung und Beförderung desselben nach allem seinen Vermögen zu arbeiten.»

Immanuel Kant, „Was ist Aufklärung?“

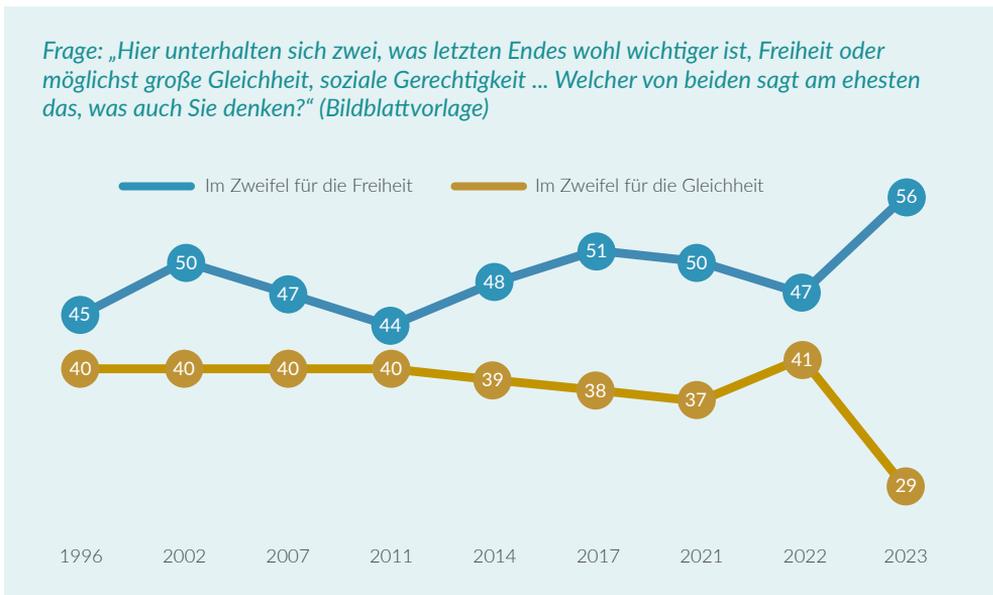
Roland Schatz

UND WO BLEIBT DAS POSITIVE?

Die Grafik auf der Titelseite ist nicht nur Ausdruck für die Zerrissenheit, die das Befinden vieler Deutsche im Winter 2023 kennzeichnet. Erstmals hat der Pfeil auch einen Teil, der klar nach oben weist. Weil erstmals mit 56 Prozent ein starker Anteil der Deutschen sich nicht nur für Freiheit ausspricht, sondern dem Gegenkonzept Gleichheit mit 29 Prozent zwar die notwendige Beachtung schenkt und allen, die eher Freiheitsoptionen präferieren klar ins Textbuch schreiben, dass diese nicht auf Kosten derjenigen auf Dauer zu bewahren ist, die sich nicht fair behandelt fühlen:

Grafik 1: Freiheit oder Gleichheit

(Zustimmung in Prozent)

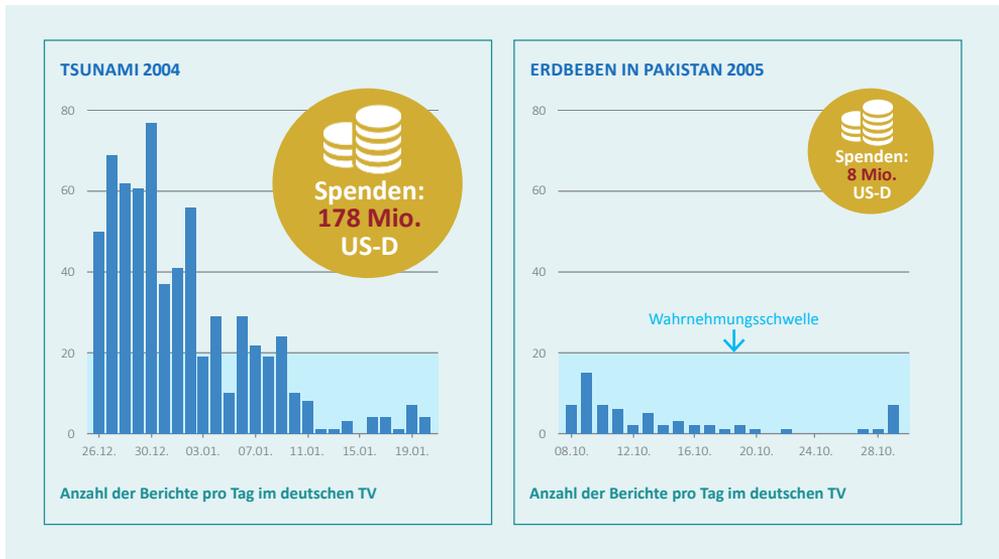


Innerhalb von nur zwölf Monaten ist dies für beide Optionen der jeweils größte gemessene Sprung seit 1998. Zwischen 2017 und 2021 hatte eine knappe Mehrheit sich für die Freiheit ausgesprochen, sowie wie auch kurz vor dem Regierungswechsel von Schröder zu Merkel erstmals mit 50 Prozent eine Hälfte der Deutschen sich doch eher wieder für die Lebensvariante entschloss, die dem Individuum eher mehr Gestaltungsoptionen zugesteht. Aber dass dann nun innerhalb von zwölf Monaten die Deutschen mit einem Sprung von fast zehn Prozent sich für das Gesellschaftsmodell entscheiden, das ohne Eigenverantwortung nicht denkbar ist und gleichzeitig mit einem noch höheren Anteil von zwölf Prozent

mit einem Mal sich in einer Art äußern, als hätten sie den Eindruck, dass Gleichheit im Allgemeinen und das Austarieren von potentiellen oder nur gefühlten Ungerechtigkeiten Deutschland zur Halbzeit der Ampelregierung eher keine Hoffnung bietet, ist eher ungewöhnlich.

Wer die ZDF-BILD Sendung «Ein Herz für Kinder» zum zweiten Advent verfolgte, konnte sich ein Bild von der Willensbereitschaft der Deutschen machen, den Schwächsten der Gesellschaft auf jeden Fall helfen zu wollen, sobald die Not konkret beschrieben und genauso konkret die Möglichkeit, zur Verbesserung einen eigenen Teil beitragen zu können, unmittelbar dank transparenter Spendenabläufe und prominentem Support gegeben ist. Die nachfolgende Grafik zeigt, wie hilfreich Medien sein können:

Grafik 2: Berichterstattung über Naturkatastrophen und Spendenbereitschaft



Wer allerdings die Resultate links mit denen in der rechten Grafik gezeigten vergleicht, erkennt sofort den Unterschied: Mal greifen die Deutschen tief in die eigene Tasche, um Leid zu lindern, mal fast gar nicht. Keiner wird die Interpretation bevorzugen, dass die Deutschen sich in ihrer Hilfsbereitschaft innert zehn Monaten im Grundsatz geändert hätten. Weiter kommen die, die der zugrunde liegenden Wahrnehmungsschwelle verstärkt ihre Aufmerksamkeit schenken: Dort wo die kritische Masse an Sichtbarkeit durch die Medien geleistet wird, dort kann sich das Publikum angesprochen fühlen. Wenn das Informations-Angebot seitens der Leit-

medien jedoch kaum wahrnehmbar ist: Woher soll das Wissen kommen, dass jemand in Not ist?

Dieser positive Einfluss durch die deutschen Leitmedien ist nicht allein auf das Thema «Not» reduziert. Selbst bei monatlich wiederkehrenden Ereignissen wie der Abfrage von 7000 Betrieben in Deutschland, ob deren Auftragslage in den vergangenen vier Wochen eher zugenommen oder abgenommen hat, lässt sich dank intensivem Nutzens des Wirtschaftsteils deutscher Leitmedien schon zwei Wochen im Voraus erahnen, ehe die Wissenschaftler vom ifo Institut in München den jeweiligen Monatstrend bekanntgeben:

Grafik 3: Wirtschaftstrend in deutschen Medien / ifo-Geschäftsklimaindex, 2016–2023

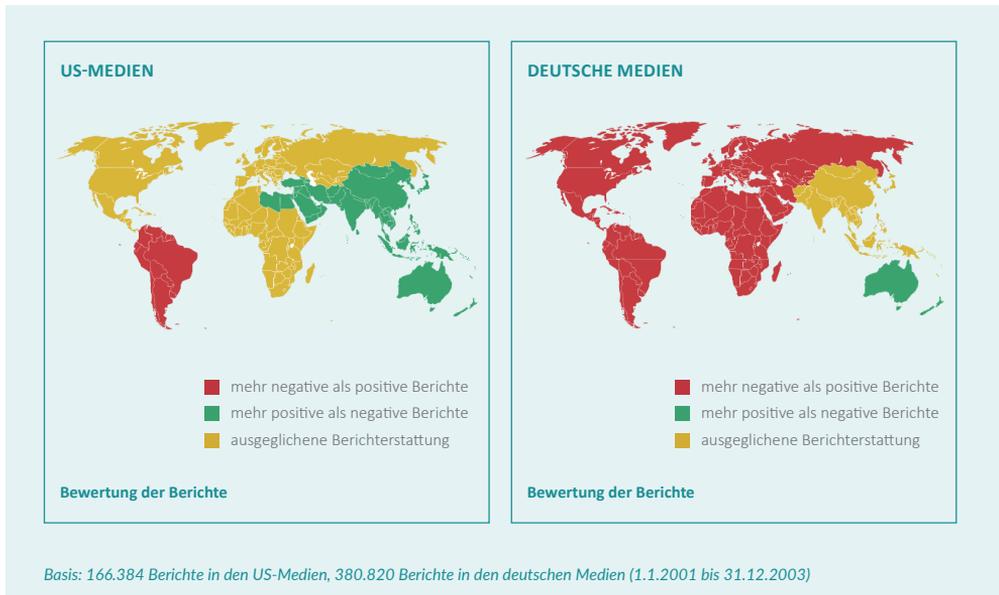


Seit mehr als 25 Jahren kann der Leiter Wirtschaftsanalyse beim Media Tenor, Dr. Matthias Vollbracht, mit der Präzision von 0.92 Prozent den Konjunktur-Index «prognostizieren». Bei einem Wert von 0 wäre seine Prognose in den letzten Jahrzehnten immer falsch gewesen, bei 1 immer richtig. Von daher lohnt sich die Lektüre mit Blick auf die Berichterstattung über Themen, denen Konjunktur-Aspekte zu Grunde liegen und es zeigt unverändert das Wirkungspotential der klassischen Leitmedien, egal ob sie im Printformat oder online genutzt werden.

Wer dann zudem noch berücksichtigt, dass – wie bei allen Menschen – auch in Redaktionen die Kultur und die nationalen Charakter-Eigen-

schaften sich nicht vollständig ausblenden lassen und diese Präferenzen nicht nur die Nachrichten-Auswahl, sondern auch ihre jeweilige Färbung naturgemäß einen Niederschlag findet, dem eröffnet sich eine bislang eher ungenutzte Option. Die hier vorgelegte Grafik veranschaulicht die These am Beispiel, wie über den Zeitraum von drei Jahren, US-amerikanische Wirtschaftsjournalisten die Fakten von überwiegend börsennotierten Unternehmen in ihrem weltweiten Agieren auf jedes einzelne Land herunter gebrochen, in dem sie aktiv sind – und wie die gleichen Fakten von ihren deutschen Kollegen in den Wirtschaftsressorts vom Handelsblatt, der FAZ oder ZEIT gewichtet wurden:

Grafik 4: Wirtschaftsberichterstattung in Bezug auf Weltregionen in US-amerikanischen und deutschen Medien



Die Kurzversion der Interpretation lautet: andere Länder, andere Sitten. Die etwas ausführlichere: Deutsche neigen nicht nur in ihrer Gesamtheit eher zur Vorsicht und Kritik. Diese Eigenschaft können diejenigen mit deutschem Pass auch nicht abstreifen, die ihren Lebensunterhalt der Vermittlung von Informationen verdanken.

Was bedeutet dies für die Freiheit im allgemeinen und der Wahrnehmung von Freiheit im besonderen? Die Beschäftigung mit der Freiheit steht in Abhängigkeit mit ihrer Sichtbarkeit bzw. dem Erleben. Zur Sichtbarkeit

können alle beitragen, denen Freiheit in ihren vielfältigen Ausprägungen wichtig ist. In den Freiheitsindex 2022 hatten wir mit Zitaten von John Stuart Mill an die Notwendigkeit erinnert, dass Freiheit wie ein Muskel ist, der ohne Anwendung erschlafft.

Der diesjährige Freiheitsindex erinnert an den Text von Immanuel Kant, mit dem er – ausnahmsweise einmal kurz und prägnant – den Zusammenhang herausarbeitet, der zwischen Freiheit und dem eigenen Denken besteht – aus dem dann natürlich das Handeln zu folgen hat. Den Schlusspunkt setzt dieses Jahr allerdings Dietrich Bonhoeffer. Niemand würde ihm unterstellen, dass er den Menschen abgewandt gedacht und gehandelt hat. Ganz im Gegenteil. Wenn er dennoch über die Dummheit mit einer derartigen Deutlichkeit schreibt, dann aus dem Bewusstsein heraus, dass Freiheit gegen Dummheit machtlos ist. Er hat als Folge den höchsten Preis zahlen müssen. Uns würde er mindestens «naiv» nennen, wenn wir glauben, die Ergebnisse des diesjährigen Freiheitsindex nicht wahrnehmen zu müssen.

Roland Schatz

AUSBLICK: WORUM GEHT ES BEIM FREIHEITSINDEX?

Fast genau vor 60 Jahren griff eine der beiden deutschen Regierungen zum letzten Mittel: Sie befahl den Mauerbau.

Den Machthabern in Ost-Berlin erschien die absolute Trennung des eigenen Volkes als alternativlos. Ab sofort wurde den Menschen in Ostdeutschland die Wahl der Systeme entzogen. Millionen hatten angesichts der Optionen, die ihnen das sozialistische System bot, sich für den Wechsel nach Westdeutschland entschieden.

Zu stark hatten sich die Angebote mit Blick auf die Selbstbestimmung in Sachen Bildung, Gesundheit, Justiz, Religion, Beruf, Familie zum Schlechten gewandt. Auch wenn die eigenen Medien die Wahloptionen im anderen Teil des ‚eigenen‘ Landes nicht oder eher verzerrt vermittelten, reichte das Hörensagen der eigenen Freunde und Familie.

Andere blieben in Leipzig, Dresden, Cottbus, auch wenn sie und ihre engste Familie unter Berufsverbot, verweigertem Studium oder Verlust des eigenen Bauernhofes heute schier unvorstellbare Leiden in Kauf nahmen – weil sie ihre Heimat, ihre Freunde, ihre Patienten nicht auch noch im Stich lassen wollten.

Die Zahl der 140 unmittelbar an der Mauer Gestorbenen steht als Mahnmal. Freiheit ist nicht verhandelbar.

Weil die Worte Joachim Gaucks nicht unerhört verhallen sollten, geht es darum, einmal pro Jahr eine Bestandsaufnahme wieder aufzunehmen, die von Dr. Ulrike Ackermann, dem John Stuart Mill-Institut sowie Dr. Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie in Allensbach vor Jahren ins Leben gerufen wurde. Und angesichts der 754.895, die im Saldo seit Regierungsantritt von Angela Merkel ihrer Heimat den Rücken glauben kehren zu müssen, soll es bei dem wieder aufgenommenen Freiheitsindex nicht allein um Umfragen und Mediensentiment und ihre etwaigen Wechselwirkungen gehen.

Aus der Schweiz und Österreich sind interaktive Varianten zur Messung des Grades der Selbstbestimmung in diesen Ländern mit Blick auf unternehmerische Freiheit, Steuern sowie das Rechtssystem sogar auf Bundesländer bzw. Kantonsebene bekannt. Von diesen Beispielen lernend möchte der Freiheitsindex Deutschland für die besonders relevanten Bereiche Bildung, Gesundheit, Inklusion, Justiz, Politik und Wirtschaft Daten und Trends bieten:

BILDUNG

Freie Schulwahl / Wahl der Universität (NC); Weiterentwicklung / Flexibilisierung des Schulsystems · Digitalisierung / Homeschooling · Unterrichtszeiten / Semesterzeiten · Leistungsbeurteilung / Prüfungen · Bezahlung / Hierarchie / Ausbildung Lehrkräfte · Lifelong Learning · Qualität der Ausbildung (Pisa) / Lehre / Evaluation · Anteil Schulabbrecher / Uniabbrecher · Durchlässigkeit des Schulsystems / Schulformen · Bezahlbare Auslandsaufenthalte / Schüleraustausch · Klassengröße / überfüllte Hörsäle

GESUNDHEIT

Freie Arzt- und Kassenwahl · medizinische Versorgung in ländlichen und strukturschwachen Regionen · Transparenz / Status / Dokumentation · Vorsorge · Bezahlung Pflegekräfte · Arbeitsbedingungen Pflege · Zugang Medikamente · Verhältnis Schul-/Alternativ-Medizin · Alkoholkonsumverbot / Nichtraucher-schutz · Entbürokratisierung · Selbstbestimmung

INKLUSION

Früh-Erkennung · Inklusions-Klassen in Schulen · transparente Arbeitsplatzangebote · Sichtbarkeit im Lebens-/Medienalltag · Anteil Arbeitsplätze Öffentlich – Privat · Pflegedichte · Barrierefreiheit · Berufswahl · Freizeitangebote · technische Innovationen · Förderung von Forschung / Wissenschaft · Selbstbestimmung

JUSTIZ

Laienrichter · Öffentlichkeitsvorgaben · politische Rechte für Ausländer · Wohnsitzfristen bei Einbürgerungen · Videoüberwachung · Datenschutz/-sicherheit · Vermummungsverbot · Besteuerung allgemein / Zweitverdiener · Legitimierung Parlament (Corona-Maßnahmen) · Informationsfreiheit · Hate Speech · Zusammensetzung der Richterschaft / Richterwahlausschuss · Karrierechancen · Bürokratiehemmnisse

POLITIK

Öffentliche Sicherheit · Steuer- und Abgabenlast einer Durchschnittsfamilie · Stand Umsetzung der 17 SDGs · Integration · Anträge bei Petitionsausschüssen · Anteil Bürgerbeteiligung/Plebiszite · Ergreifen politischer Mandate / Ämter · Durchlässigkeit · Vergütung politischer Ämter · Wahl-Möglichkeiten / Wahl-Turnus

WIRTSCHAFT

Beschäftigte im öffentlichen Sektor · Dauer bis zur Baubewilligung · Deregulierung, Regulierungsfolgenabschätzung · Ladenöffnungszeiten · Bonität des Bundeslandes; Schuldenbremse · Staatsquote · Dezentralisierung · Bürokratie · Absicherung · Zugang zu Kapital / Investoren · Verwaltungsapparat · Mobilität · Digitalisierung · Infrastruktur · Arbeitsmarkt / Mitarbeiter

Denn es fühlt sich falsch an, ein weiteres Fallen des Wertes beim Freiheitsgefühl in Deutschland noch abwarten zu wollen. Der bisherige Rückgang der Zahl derer, die sich in ihrem Leben frei fühlen und das Gefühl haben, ihre politische Meinung frei äußern zu können, ist bereits zuviel.

Gleichzeitig müssen wir Sozialwissenschaftler zugeben, dass Umfragen oder Medienanalysen zu wenig sind. Jedes Jahr verlässt bildlich gesprochen eine Kleinstadt die Bundesrepublik, weil den Menschen individuell die Luft zum Atmen fehlt. Das sind zwar noch nicht so viele, wie jedes Jahr in deutschen Krankenhäusern sterben müssen, weil dort die Hygienebedingungen nicht gut genug sind.

Aber der Umgang mit Corona hat eines gelehrt: Vollbremsungen sind nicht nur möglich, die Menschen und Institutionen in Deutschland – wie auch in anderen Ländern – sind überwiegend unerwartet stabil durch diese verordneten Schocks gekommen – zumindest mit Blick auf das Materielle.

Nach den Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach stufen derzeit nur zehn Prozent der Bevölkerung ihre wirtschaftliche Lage als schlecht oder gar sehr schlecht ein. Diese Zahl ist seit vielen Jahren konstant, meist liegt sich knapp unter 10 Prozent. Gemäß Allianz-Versicherung haben die Privatvermögen im Jahr 2020 sogar noch zugelegt.

Es sind also nicht die Geldkonten, die den Menschen in der Bundesrepublik Zweifel am Selbstbestimmtsein so enorm aufkommen lassen, dass sie bereit sind, das einzige, was ihnen eigentlich zusteht, aufzugeben: ihre Heimat.

Und weil die Motivlage so vielfältig ist, werden multiple Forschungsinstitute eingeladen sein, für die Bereiche Bildung, Gesundheit, Inklusion, Justiz, Politik und Wirtschaft Fakten und Trenddaten zusammenzutragen, damit neben den Umfragen und Medienanalysen auch die Zustände in den sechzehn Bundesländern besser nachvollzogen werden können.

Die Ergebnisse werden so aufbereitet, dass Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren in drei unterschiedlichen Schulwirklichkeiten interaktiv mit den Resultaten umgehen können. Die Intensität, mit der diese nächste Generation sich mit den Daten beschäftigt, sie sich in ihrem eigenen Alltag und ihren eigenen Foren austauscht wird ebenfalls erhoben und publiziert.

Denn eingangs haben wir davon geschrieben, dass Freiheit ein Muskel ist, der trainiert sein möchte, damit Anwendung möglich ist und bleibt. Von daher reicht es nicht, die Resultate eines Freiheitsindex einmal pro Jahr zu präsentieren und die Details in Gremiensitzungen erörtern zu lassen.

Erst wenn Freiheitsrechte in den Leitmedien wieder konstant oberhalb der Wahrnehmungsschwelle dargestellt werden, wenn in den Oberstufen

aller Schulformen das Selbstbestimmtsein nicht nur mit Blick auf die eigene Aus- und Weiterbildung, sondern auch die Optionen einer eigenen Arztwahl etc. verstanden sind, wenn Menschen mit Behinderungen sich als Teil des Ganzen empfinden, wenn Menschen Gerichtssäle verlassen im Bewusstsein, dass sie den Prozess verloren, aber an Erkenntnis dazugewonnen haben, Volksinitiativen nicht nur an Sichtbarkeit gewinnen, sondern ihre Ergebnisse nicht länger nur im Regionalen zu Verbesserungen beitragen können und wenn Deutschland bei den Neugründungen nicht länger Platz 43 von 44 gemessenen Staaten einnimmt: Erst dann besteht Hoffnung, dass sich zunächst die Umfragewerte bei der Freiheitsfrage wieder drehen und dann, später, der Saldo derer, die glauben, in ihrer Heimat keinen Platz mehr finden zu können, sich ins Positive dreht.

Als Roman Herzog seine Ruck-Rede hielt, stimmten viele zu. Und glaubten danach, sich wieder um ihren Status Quo mit gleicher Intensität kümmern zu müssen, sodass außer einem ‚Jawohl‘ zur Agenda wenig geschah, um den notwendigen steten Wandel auf Dauer umzusetzen.

Das Gute an jährlichen Präsentationen besteht darin, dass sie kleine ‚Neu-Jahre‘ sein können: sich an die Selbstverpflichtung vor 365 Tagen zu erinnern und nun mit den Erfahrungen der zwölf dazu gekommenen Monate einen smarteren Ansatz zu finden, dass aus dem Plan Realität wird. Oder gleich mehrere.

Zürich, Allensbach, Dezember 2023

«Gegen die Dummheit sind wir wehrlos. Weder mit Protesten noch durch Gewalt lässt sich hier etwas ausrichten; Gründe verfangen nicht; Tatsachen, die dem eigenen Vorurteil widersprechen, brauchen einfach nicht geglaubt zu werden – in solchen Fällen wird der Dumme sogar kritisch – und wenn sie unausweichlich sind, können sie einfach als nichtssagende Einzelfälle beiseitegeschoben werden. Dabei ist der Dumme im Unterschied zum Bösen restlos mit sich selbst zufrieden; ja, er wird sogar gefährlich, indem er leicht gereizt zum Angriff übergeht. Daher ist dem Dummen gegenüber mehr Vorsicht geboten als gegenüber dem Bösen. Niemals werden wir mehr versuchen, den Dummen durch Gründe zu überzeugen; es ist sinnlos und gefährlich.»

Dietrich Bonhoeffer

Bücher, die auf das Forschungsprojekt Einfluss hatten (Auswahl):

*Bonhoeffer, Dietrich: **Widerstand und Ergebung**, Gütersloher Verlagshaus*

*Bong, Jörg: **Die Flamme der Freiheit**, Kiepenheuer & Witsch*

*Druyen, Thomas/Mangel, Valeska: **Aus der Zukunft lernen**, Medizinisch
Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft*

*Eilenberger, Wolfgang: **Feuer der Freiheit – Die Rettung der Philosophie in
finsterner Zeit 1933–1943**, Klett-Cotta*

*Guérot, Ulrike: **Wer schweigt, stimmt zu**, Westend*

*Kant, Immanuel: **Ausgewählte kleine Schriften**, Ferdinand Meiner*

*Kuhn, Thomas S.: **Die Entstehung des Neuen**, Suhrkamp Wissenschaft*

*Nida-Rümelin, Julian: **Cancel-Culture – Ende der Aufklärung?**, Piper*

*Noelle-Neumann, Elisabeth: **Die Schweigespirale***

*Noelle-Neumann, Elisabeth/Petersen, Thomas: **Alle, nicht jeder**, DTV*

*Oschmann, Dirk: **Der Osten: eine westdeutsche Erfindung***

*Schatz, Roland (Hrsg): **Informationsqualität in Deutschland**, InnoVatio*

*Weil, Simone: **Von der Schwierigkeit, den Kopf zum Himmel zu heben**,
Westend*

*Winkler, Heinrich-August: **Wie wir wurden, was wir sind***

Die Autoren:

Dr. Thomas Petersen, geboren 1968 in Hamburg. Studierte 1987 bis 1992 an der Universität Mainz Publizistik, Alte Geschichte und Vor- und Frühgeschichte. 1993 Magister. Seit 1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demoskopie Allensbach, seit 1999 Projektleiter. 2001 Promotion. 2010 Habilitation an der Technischen Universität Dresden, seitdem Privatdozent an der TU. Past Präsident der World Association for Public Opinion Research (WAPOR).

Jüngste Buchpublikationen: Der Fragebogen in der Sozialforschung. Konstanz: UVK 2014. Die Vermessung des Bürgers. Konstanz: UVK 2015. Ende des Aufruhrs. Wie die Deutschen mit sich selbst Frieden schlossen. Baden-Baden: Tectum 2017 (mit Tilman Mayer).



Roland Schatz, geboren 1965 in Bielefeld. Studierte 1984 bis 1997 an den Universitäten Fribourg/CH sowie Bonn Philosophie, Geschichte, Politik- und Wirtschaftswissenschaften. 1985 Gründung des InnoVatio Verlags, 1993 Gründung von Media Tenor, 2014 Gründung der UNGSII Stiftung. Von 2013 bis 2019 war er Senior Advisor für den UN General Direktor in Genf und seit 2020 in gleicher Funktion für die Chefin des Climate Investment Fonds in Washington. 2020 wurde er von Papst Franziskus in die Covid-19-Kommission berufen.

Jüngste Publikationen: Bericht zur Lage der Informationsqualität in Deutschland. Zürich: 2021. Kann ein Blinder einem Blinden den Weg weisen? In: Das Corona Brennglas – Demokratie und Ökonomie nach der Pandemie. Edmund Stoiber & Bodo Hombach (Hg). Baden-Baden: 2021.



Prof. Dr. Ralph Erich Schmidt, geboren 1964 am Bodensee. Studierte Rechtswissenschaft und Psychologie an den Universitäten Zürich und Genf. Fortbildung in Psychotherapie in Genf, Paris und New York. Derzeit Titularprofessor für klinische Psychologie an der Universität Genf und Psychotherapeut an der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich. Grossnephew von Elisabeth Noelle-Neumann, Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Demoskopie Allensbach.

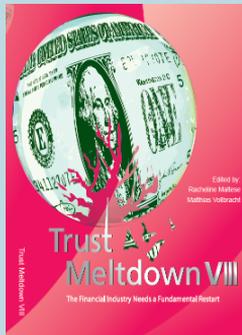
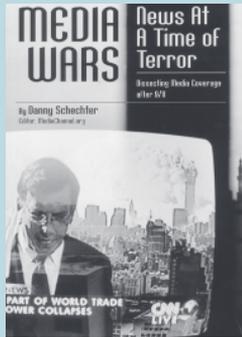
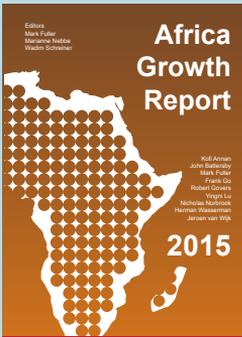
Jüngste Buchpublikation: Fred von Hoerschelmann/Elisabeth Noelle-Neumann: Briefwechsel. Göttingen: Wallstein 2021 (mit Hagen Schäfer).

INNOVATIO

Data Driven Solutions

InnoVatio entstand 1985 als Angebot für alle, die interdisziplinäre Lösungen suchten. Eine neue Form von Dialog von Regierungen, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien als sogenannter „Runder Tisches“ entstand in den Schweizer Alpen. Als „Verlag für die denkende Hand“ erhielten Autoren neben der Plattform für ihre Ideen, die in der gleichnamigen Zeitschrift oder als Buch ihre Verbreitung fanden, zudem über Seminare wie der Zukunftswerkstatt „Freiburger Gespräche“ einen Resonanzboden, damit aus Chancen Wirklichkeiten wurden. Neue Ausbildungskonzepte entstanden, die in Flensburg, Karvina, Koblenz oder Witten Realität wurden. Neue Formen der Arbeitswelt in Gestalt von Technologie-Parks wurden in Dresden und Ostrava eingeführt. Im Schloss Glücksburg begegneten sich seit 1988 an der Kultur-Management-Akademie Wirtschaft und Kultur, um voneinander zu lernen. Zwischen 1987 und 1990 bot InnoVatio denen in Ungarn, Tschechien und der ehemaligen DDR eine geistige Heimat, die auf der Suche nach einem Dritten Weg keine billigen Lösungen hinnehmen wollten. Nach 1989 entwickelte InnoVatio gemeinsam mit Prof. Elisabeth Noelle-Neumann und Kollegen das Forschungsinstitut Media Tenor.

Da Medien (off- und später auch online) eine Schlüsselrolle in Veränderungsprozessen einnehmen, wurden ab 1994 Wirkungsmechanismen tagesaktuell erforscht und mit im Rahmen der Internationalen Agenda Setting Conference diskutiert. Nach den Terroranschlägen von 9/11 2001 wurde InnoVatio vom World Economic Forum gebeten, den Annual Dialog Report zu konzipieren: Die Bereitschaft von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen sollte kontinuierlich erfasst und Lösungsmodelle für ein verbessertes gegenseitiges Verständnis entwickelt werden. Für Unternehmen wurden praktische Lösungen wie die Reputationsschutzversicherung oder Kommunikations-Cockpits auf den Markt gebracht. Für Wissenschaftler entstanden Indices wie das FAZ-Ökonomen-Impact-Ranking. Für die UN wurde mit dem Perception Change Programm sowie den Unlearning Intolerance Masterclasses und der UNGSII-Stiftung Formate geschaffen, die Erfahrungen der 80iger Jahre weltweit zu teilen. Auch nach 30 Jahren bleibt InnoVatio offen für Autoren, die ihre Ideen weltweit diskutiert und umgesetzt sehen wollen.



MEDIA TENOR wurde 1993 von Wissenschaftlern wie Peter Glotz, Hans Mathias Kepplinger, Wolfgang Donsbach and Hartmut Schiedermaier und Journalisten auf Initiative von Elisabeth Noelle-Neumann und Roland Schatz in Bonn gegründet. MEDIA TENOR verfolgt seit dieser Zeit das Ziel, die Inhalte der Leitmedien im In- und Ausland Tag für Tag mit jedem Beitrag intersubjektiv nach Thema, Zeit- sowie Ortsbezug als auch Quellen und Bewertungen tagesaktuell wissenschaftlich zu erfassen. Dank dieses weltweit einmaligen Ansatzes konnten die Researcher von Media Tenor gemeinsam mit anderen Instituten im In- und Ausland die Agenda-Setting-Forschung um die Definition der Wahrnehmungsschwelle bereichern und zudem Medien-Impakt-Analysen vorantreiben. Seit 1995 wird für Redaktionen anhand des Media Tenor Zitate-Rankings eine Datenbank zur Qualitätssicherung im Bereich exklusive Inhalte zur Verfügung gestellt. 2013 hat Media Tenor mit Partnern das FAZ-Ökonomen-Ranking konzipiert und damit beigetragen, die Sichtbarkeit und Vielfalt von Experten der Wirtschaftswissenschaften in der Berichterstattung von 0,7 Prozent in 2013 auf mittlerweile 5 Prozent zu erhöhen.

Auf dieser Grundlage konnte zum Beispiel die Allianz Versicherung ein Produkt zur Reputationsversicherung weltweit auf den Markt bringen, Studien zum besseren Verständnis von Einflussfaktoren auf die Impf(un)willigkeit von Menschen konnten europaweit 2013 für die EU durchgeführt werden und nach 9/11 wurde gemeinsam mit dem World Economic Forum der Annual Dialog Report for Religions and Values konzipiert und umgesetzt.

Das Shorenstein Center der Harvard Kennedy School mandatiert seit 2004 für ihre Analysen zu den Einflussfaktoren auf das Wählerverhalten während der US-Präsidentenwahlen Media Tenor mit den kontinuierlichen Medien-Analysen. Seit Gründung hat das Forschungsinstitut über 1000 wissenschaftliche Arbeiten im In- und Ausland unterstützt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt seit 1998 in der gemeinsamen interdisziplinären Forschung, inwieweit künstliche Intelligenz auf dem Gebiet der qualitativen Texterkennung valide Lösungen anzubieten vermag.



Allianz Global Corporate & Specialty

Allianz Reputation Protect

Protecting your company's
reputation in a crisis

Allianz 

The background features a dark red color with faint, stylized human figures in a lighter shade of red. A prominent orange line graph is overlaid on the right side, showing a fluctuating upward trend. The text is positioned on the left side of the page.

Zum ersten Mal, seit das Institut für Demoskopie in Allensbach die Deutschen fragt: «Traut Ihr Euch, Eure Meinung zu sagen», antworten weniger als 40 Prozent mit «Ja». Die Unterschiede zwischen Ost und West, alt und jung, Männern und Frauen oder den Ausbildungswirklichkeiten sind aufschlussreich. Warum sind die Menschen so skeptisch, wo sie doch nach dem Fall der Mauer 1990 noch zu 78 Prozent eher zugestimmt hatten? An den ökonomischen Realitäten kann es kaum liegen: Der DAX feiert ständig neue All-Zeit-Hochs, es waren noch nie so viele Menschen in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen und im Sorgen-Barometer der Forschungsgruppe Wahlen geben seit Jahrzehnten konstant weniger als zehn Prozent zu Protokoll, dass sie sich Sorgen um ihre wirtschaftliche Zukunft machen.

Der Freiheitsindex 2023 hat sein Forschungsprofil deshalb ausgeweitet und gibt bislang ungekannte Einblicke in die Stetigkeit und den Wandel des Informationskonsums der Deutschen – wie sie sich über die Realitäten im eigenen Land und darüber hinaus informiert halten, wie und wo sie sich mit wem über diese Informationen austauschen. Gleichzeitig werden Daten aus der Langfrist-Inhalts-Analyse der deutschen Leitmedien herangezogen, um die Modelle der Agenda-Setting- bzw. Cutting-Surfing-Theorie auch auf das Freiheitsempfinden der Menschen anwenden zu können.

Mutmachend ist gleichzeitig der Sprung, den der Freiheitsindex 2023 im Vergleich zum Vorjahr beim Bekenntnis für die Freiheit offenbart: Inzwischen entscheiden sich erstmals 56 Prozent der Befragten für die Freiheit und sehen die Notwendigkeit, auf Gleichheit zu achten, nur noch bei 29 Prozent. Vor zwölf Monaten lagen die Werte noch bei 47 für die Freiheit bei 41 für die Gleichheit. Seit der Wiedervereinigung waren sich die Deutschen in dieser Einschätzung noch nie so einig wie zur Halbzeit der Ampelkoalition. So wie sie als Hauptwunsch an alle formulieren: «Sprecht eine klare Sprache.»

Deutschland verfügt in jedem Bereich über ausreichend Exzellenz-Cluster, um auf jede noch so große Herausforderung eine solide Antwort zu finden. Aber das gelingt allein in einem Klima, in dem Kritik als das wahrgenommen wird, was sie ist: ein Ringen um und für Besseres.